

Nr. 26 – 2022/4

# EINDRUCK

*das Magazin für Politik  
von Bündnis C*

**In dieser Ausgabe**

Berichte vom  
Bundesparteitag

Familienorientierte  
Unternehmen

Bürgergeld

Juden in der Ukraine



**Das Blatt wenden**

**bündnis**

Christen für Deutschland



[www.buendnis-c.de](http://www.buendnis-c.de)



EINDRUCK  
das Magazin für Politik  
von Bündnis C

Nr. 26 – 2022/4 – Inhalt

Editorial . . . . .	4
Bericht vom Bundesparteitag 2022 . . . . .	6
Das Blatt der Geschichte wenden . . . . .	8
Familienorientierte Unternehmen als Fokus einer beziehungsorientierten Wirtschaft . . . . .	11
Zum Finanzpolitischen Programm. . . . .	16
Bündnis C beim Willow Creek Leitungskongress in Leipzig . . . . .	17
Tagung Christ und Politik . . . . .	17
Aus den Landesverbänden . . . . .	20
Petition „Hände weg vom Berliner Stadtschloss!“ . . . . .	27
Arbeitsgruppe Lebensschutz . . . . .	28
Bürgergeld: Pro und Kontra. . . . .	30
Diskussion zum Wirtschaftskrieg. . . . .	32
Energiemärkte regulieren statt Entlastungspakete . . . . .	34
Krisenbewältigung auf Kosten unserer Kinder . . . . .	35
Ist es eine gute Idee, jetzt eine Immobilie zu kaufen? . . . . .	37
Deutschland – Israel: Staatsräson oder Herzenssache? . . . . .	38
Die Achse Frankreich – Deutschland – Polen festigen . . . . .	39
Aus unfassbarem Anlass . . . . .	40
500 Jahre Reformation – 500 Jahre Neues Testament in deutscher Sprache . . . . .	46
Gebetsaufruf & Spendenaufruf . . . . .	48
Formular zum Anfordern von Infomaterial. . . . .	49
Schlusswort . . . . .	50
Impressum. . . . .	Rücks.

Es begrüßt Sie herzlich der Bundesvorstand:

Karin Heepen, Frank Brandenburg,  
Ute Büschkens-Schmidt, Mathias Scheuschner,  
Verena Thümmel, Hermann Bohnenkamp  
und Andrea Rehwald



## Liebe Mitglieder und Interessenten, sehr geehrte Damen und Herren,

Im November trafen sich die Delegierten von Bündnis C zum diesjährigen **Bundesparteitag**. Im Mittelpunkt standen der Beschluss des Finanzpolitischen Programms sowie ein Vortrag zu familienorientierten Unternehmen und wie sie zu Impulsgebern für eine beziehungsorientierte Wirtschaft werden können. Damit haben wir uns auf den Weg gemacht, **innovative Ansätze für die Wirtschafts- und Finanzpolitik** zu erarbeiten – zum richtigen Zeitpunkt. Viele Menschen plagen Sorgen, wie sie ihren Lebensunterhalt weiter bestreiten können. Die Wirtschaft leidet unter den Energiekosten und immer mehr staatlichen Auflagen. Immer neues gedrucktes Geld heizt die Inflation an und bringt das Finanzsystem ins Wanken. **Wir danken allen, die dazu beigetragen haben, im Finanzpolitischen Programm Alternativen zu erarbeiten, und den Delegierten für ihre Zustimmung!**

Die Berichte vom Bundesparteitag lesen Sie in diesem Heft. Unser Dank gilt dem Hauptsprecher des Tages Rainer Lohfeld, Geschäftsführer von LEUCHTTURM Akquise, dass wir seinen sehr lebendigen **Vortrag zu einer familienfokussierten Wirtschaft** hier veröffentlichen und ihn damit unseren Mitgliedern und Interessenten zugänglich machen dürfen. Sein Referat war der inhaltliche Schwerpunkt des Parteitages und Inspiration dafür, das Blatt in der Wirtschaftspolitik zu wenden.

**Bestimmende Themen der Politik sind leider weiter der Krieg Russlands in der Ukraine mit seinen Auswirkungen und die Energieverknappung.** Im letzten Heft hatten wir einen Beitrag zum Wirtschaftskrieg zur Diskussion gestellt. Wir danken allen Lesern, die uns dazu ihre Gedanken geschrieben haben, die wir in Auszügen in diesem Heft abdrucken. Daran wird das große Meinungsspektrum sichtbar wie auch bedenkenswerte Ideen, wie wir Frieden stiften können. Ein längerer Artikel von Lothar Klein, dem Vorsitzenden der Sächsischen Israelfreunde, beleuchtet das Verhältnis der Ukraine zu Russland und zu Deutschland in der Geschichte und insbesondere die der ukrainischen Juden. Er setzt den Krieg in Europa in Beziehung zu den Entwicklungen im Nahen Osten und zu den biblischen Verheißungen für Israel. Wir danken auch hier für die Erlaubnis zur Veröffentlichung.

Inmitten der krisenhaften Bedingungen für die Wirtschaft brachte die SPD-geführte Bundesregierung den Entwurf für ein Bürgergeld in den Bundestag, das das bisherige Arbeitslosengeld II (Hartz IV) ablösen soll. Die CDU blockierte die Reform im Bundesrat und die Ampel-Regierung musste Kompromisse eingehen. Wir stellen dagegen unser Konzept der bedingten Grundversicherung und bringen ein **Pro und Kontra zum Bürgergeld**.

Ein Hauptthema von Bündnis C ist weiter der Lebensschutz. Auf dem Bundesparteitag wurde die **Bildung einer Arbeitsgruppe Lebensschutz** angeregt. Wir laden interessierte Mitglieder herzlich ein, in dieser Gruppe thematisch mitzuarbeiten. In diesem Heft finden Sie als Impuls dazu eine Auseinandersetzung mit humanistischen Positionen zum Schwangerschaftsabbruch, die auf dem letzten Landesparteitag in Baden-Württemberg erarbeitet wurde.

Kurzzeitige Wellen hat die Ankündigung von Kulturstatsministerin Claudia Roth geschlagen, das **Bibelzitat an der Kuppel des Berliner Stadtschlosses** zu überblenden. Wir haben gegen dieses Vorhaben eine Petition gestartet und die Bundesregierung aufgefordert, diese Pläne zu stoppen und sich zu unserem geistigen, materiellen und immateriellen Erbe zu stellen. **Bitte unterzeichnen und verbreiten Sie die Petition**, damit dieser Akt geschichtsvergessener Zensur nicht unbemerkt weiterverfolgt wird.

Nicht zuletzt berichten wir wie immer aus unseren Landesverbänden. **Wir danken Hermann Bohnenkamp für seinen engagierten Einsatz bei der Landtagswahl in Niedersachsen** als einziger Direktkandidat von Bündnis C und gratulieren herzlich zu seinem Wahlergebnis! Der Landesverband Hessen bereitet sich auf die Landtagswahlen 2023 vor und Schleswig-Holstein auf die Kommunalwahlen im nächsten Jahr. In Hessen wurde dafür ein neuer Kreisverband gegründet, den wir herzlich willkommen heißen. Bitte unterstützen Sie die Wahlvorbereitungen und die neuen Verbände im Gebet!

In diesen Tagen ging in Deutschland – wieder einmal – eine neue konservativ-bürgerliche Partei an den Start. Ich hatte einige Gespräche mit der Plattform, aus der sie hervorgegangen ist. Es sind hochmotivierte junge Leute dabei, die wissen wollten, ob ich „Bündnis Deutschland“

eine Chance für einen Durchbruch gebe. Ich glaube, dass niemand mehr aus eigener Kraft in Deutschland eine politische Wende herbeiführen wird. Und ich glaube, dass im Krisenmodus unserer Zeit niemand mehr den Menschen Freiheit, Wohlstand und Sicherheit versprechen kann, womit das neue Bündnis wirbt.

**Ich glaube aber, dass es eine geistliche Wende geben wird inmitten der zunehmenden Unfreiheit, Not und Unsicherheit, die Auswirkungen auf die Politik und die Gesellschaft haben wird.** Insofern ist es symptomatisch, dass im Namen der neuen Partei gerade das C für Christen fehlt, das bei uns in der Mitte steht. Es geht nicht mehr um konservativ, sondern innovativ aus einer biblischen Fundierung.

Spuren einer biblisch-innovativen Bewegung sind in der besonderen Geschichte von Herrnhut zu entdecken, wo Nikolaus Ludwig Reichsgraf von Zinzendorf und die von ihm gegründete Brüdergemeinde im 18. Jahrhundert nicht nur eine der größten deutschen Gebets- und Missionsbewegungen in Gang setzten. Auch der Ort Herrnhut wurde von der Gemeinde aufgebaut, Unternehmen gegründet, die den Lebensunterhalt und die Unabhängigkeit der Gemeinde sicherten, und die zum Teil heute noch existieren. Sie fassten die Grundsätze ihrer Unternehmensführung so zusammen: „Die Grundlage unseres ganzen Commerci ist die aufrichtige, ehrliche und – soviel möglich – auf beiden Seiten vorteilhafte Bedienung unseres Nächsten.“<sup>1</sup> Die Spuren der Gemeinde und das Wirken Gottes sind überall im Ort spürbar. Auf dem Gottesacker, wo hunderte Missionare der Brüdergemeinde begraben liegen, befindet sich die oben abgebildete Grabplatte für Deutschland 1933–1945 mit dem Schriftzug „Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern. Führe uns nicht in Versuchung.“ Mein Eindruck in diesem Sommer an dieser zerbrochenen Grabplatte war: **Wie 1945 auf den Trümmern der deutschen Hybris das Nachkriegsdeutschland, so wird auch jetzt auf den Trümmern unserer Selbstgerechtigkeit Neues wachsen** – damals aus menschlicher Kraft mit dem Segen Gottes, jetzt aus der Kraft Gottes durch die, die Ihm hingegeben sind – so wie es die Herrnhuter Handwerker, Missionare, Brüder und Schwestern waren und Neues geschaffen haben aus der Kreativität Gottes.

Um das Blatt unserer Geschichte noch einmal zu wenden, ist der Hauptschauplatz der Umbrüche **der Kampf**



**um die junge Generation**, zu dem wir auch als Bündnis C entscheidend herausgefordert sind: Wie bringen wir die Generationen zusammen? Wozu können wir die jungen Leute motivieren? Der Erhalt unseres Wohlstandes ist offensichtlich für viele keine Motivation mehr. Im Gegenteil radikalisiert sich unter linksgrüner Doktrin viele, um diesen Wohlstand zu zerstören. Wie gehen wir auf diese Generation

zu, damit aus ihr keine neue RAF wird? Wie sprechen wir sie an, damit ihre Energie aus der Verzweiflung in Hoffnung gelenkt wird? Wie unterstützen wir junge Menschen, proaktiv eine Vision mit zu entwickeln und umzusetzen, statt nur gegen das Bestehende anzugehen?

**Sie nennen sich die letzte Generation, und vielleicht sind sie es.** Wie erreichen wir sie mit der guten Nachricht, dass sie den Planeten nicht retten können, es aber einen Retter gibt, der es mit ihnen zusammen tun will? Dass sie so, wie Er sie geschaffen hat, gut und richtig sind? Und dass die Wahrheit radikal anders ist, als ihnen erzählt wurde?

**Ein Vorschlag: Schicken Sie uns die Geburtsanzeige für unser Magazin, wenn in Ihrer Familie ein Kind geboren wird. Wir wollen unseren Nachwuchs mit Ihnen zusammen willkommen heißen!**

Der Kampf um die nächste oder letzte Generation ist der entscheidende politische Auftrag dieser Zeit. Lassen Sie uns diesen Auftrag gemeinsam ergreifen und angehen: in unseren Verbänden, in Ihrem Umfeld, Ihren Familien und Unternehmen.

Möge in diesem Advent unser westliches Weltbild geöffnet werden und der Herr der Geschichte in unserem begrenzten Verstand, in Hass und Verzweiflung der jungen Leute, in der Angst der Menschen vor Krieg und Zerstörung neu geboren werden.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien frohe Weihnachten und für 2023 Segen auf den Wegen Gottes.



Karin Heepen

Bundesvorsitzende  
Bündnis C

<sup>1</sup> Quelle: Ausstellung der Herrnhuter Sterne GmbH

## Bericht vom Bundesparteitag 2022

Am 12. November 2022 versammelten sich die Delegierten sowie einige Mitglieder und Gäste von Bündnis C in Bad Blankenburg zu ihrem Bundesparteitag 2022. Schon im Vorfeld trafen sich am Freitagnachmittag ca. 25 Vertreter aus dem Bundesvorstand und den Landesvorständen zum gemeinsamen Gebet für die Situation in Deutschland und den Bundesparteitag.

Die Andacht zu Beginn des Bundesparteitages hielt Hermann Bohnenkamp mit Bezug auf seinen Wahlkampf als Direktkandidat für die Landtagswahlen in Niedersachsen. Sein Leitvers war: „Wirf die ganze Last auf den HERRN, so wird er für dich handeln“. Psalm 37,5 f sagt, dass wir schwere, mittelschwere und leichte Wege dem HERRN im festen Vertrauen anbefehlen sollen und so mit seiner Hilfe, seinem Wohlmachen und Handeln rechnen dürfen. „Er wird unsere Gerechtigkeit durch richtiges Handeln sichtbar machen wie das Licht.“

Bundesvorsitzende Karin Heepen eröffnete den Parteitag mit einem Überblick über die politischen Umwälzungen in Deutschland und Europa, die auch einen Angriff auf die christlichen Grundlagen unserer Kultur und Gesellschaft beinhalten. „Wo das Funktionieren der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialsysteme auf dem Spiel steht, arbeiten wir an biblisch begründeten Alternativen, etwa für die Wirtschafts- und Finanzpolitik.“

Als Repräsentant der European Christian Political Movement (ECPM) gab Vorstandsmitglied Jacques Bazen einen Einblick in die aktuellen Aktivitäten unserer europäischen Partei. Er sicherte den Delegierten die Unterstützung der ECPM für Bündnis C zu. „Wir helfen unseren Mitgliedsparteien, damit sie effektiv Einfluss nehmen können auf die Politik und Gesellschaft in ihrem Land. Wir brauchen einander in Europa als Christen mehr denn je.“

Hauptsprecher des Parteitages war Herr Rainer Lohfeld, Geschäftsführer von LEUCHTTURM Akquise, mit einem Referat zu familienorientierten Unternehmen als Fokus einer beziehungsorientierten Wirtschaftspolitik. Sein Einstieg war: „Ich träume von einem Land in dem sich Familien geborgen und angenommen fühlen“. Er erklärte, dass Familien nicht länger für die Ziele der Wirtschaft benutzt werden dürfen, sondern in ihrer fundamentalen Funktion als Wurzel einer gesunden Wirtschaft und Gesellschaft wiederhergestellt und gestärkt werden müssen. Als Resultat einer familienzerstörenden Politik sind Unternehmer mit einer demografischen Katastrophe konfrontiert, die zum Umdenken zwingt, um zufriedene Mitarbeiter und Familien und damit langfristig Nachwuchs und Fachkräfte zu generieren. Unternehmen, die die Bedürfnisse von Familien ins Zentrum ihrer Firmenphilosophie stellen, können so zu

Impulsgebern für die Politik werden, die notwendigen, förderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Der Bundesparteitag beschloss außerdem das Finanzpolitische Programm, dem eine biblisch fundierte, beziehungsorientierte Perspektive für ein alternatives Finanzsystem zugrunde liegt. Eine gedeckte Währung soll vor allem die ausufernde Schuldenpolitik beenden, und ein Finanzsystem ohne Zinsen Dienstleister für die Wirtschaft werden, statt sie zu dominieren.

Im Bericht des Bundesvorstandes über das vergangene Jahr erhielten die Teilnehmer einen Überblick über die inhaltliche Arbeit des Vorstandes, Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung mit anderen Organisationen und die



Arbeit der Bundesgeschäftsstelle. Micha Schlittenhardt gab eine Videobotschaft zum Beirat von Bündnis C. Nach dem Finanzbericht entlastete der Bundesparteitag den Bundesvorstand für das Jahr 2021.

Der letzte Tagesordnungspunkt war den Landesverbänden gewidmet. Verena Thümmel gab einen Impuls des Bundesvorstandes, wie wir stabile Gremien und davon ausgehend starke Verbände aufbauen können, und was für Schulungen für die Vorstände geplant sind. In der Diskussion brachten die Teilnehmer Fragen und Vorschläge ein, wie die aktiven und neue Mitglieder motiviert werden können für kontinuierliche politische Arbeit und anstehende Wahlen.

Viele nahmen das Angebot an, direkt beim Parteitag Feedback zu geben und schriftlich festzuhalten, was bei Bündnis C gut läuft, was verbesserungswürdig ist und welche politischen Themen wir stärker in den Fokus rücken sollten. Die Anregungen dazu wird der Bundesvorstand auswerten für seine weitere Arbeit.

Mit dem Schlusswort beendete die Bundesvorsitzende Karin Heepen den Parteitag, bei dem Sie auch in die Zukunft der Partei blickte und den Delegierten mitgab: „Wir müssen die Generationen zusammenbringen und junge Menschen gewinnen, die sich politisch einbringen“.

Vielen Dank für das zahlreiche Kommen zum Parteitag! Es war in meinen Augen ein gelungener Tag mit guter Atmosphäre und konstruktivem Austausch.



## Das Blatt der Geschichte wenden

### Eröffnungsrede Bundesparteitag

Liebe Delegierte, liebe Mitglieder und Gäste,

Wenn ich unsere Parteitage der letzten Jahre Revue passieren lasse, nehme ich eine sich zuspitzende politische Entwicklung wahr, die wahrscheinlich uns alle insbesondere in den letzten Monaten fragen lässt, ob daran noch etwas zu ändern ist und was wir dazu tun können. Der Krieg Russlands in der Ukraine, die für viele Unternehmen kaum noch zu stemmenden Auflagen durch den Wirtschaftskrieg gegen Russland und die explodierenden Energiepreise bringen unser Land in eine nicht absehbare Krisenlage. Gleichzeitig verdichten sich Gesetzesvorhaben unserer Bundesregierung, Gerichtsbeschlüsse und Entwicklungen in Europa, die nach einem **Generalangriff auf die christlichen Grundlagen unserer Kultur und Gesellschaft** aussehen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit nur einige Schlagzeilen der letzten Wochen:

- Nach dem **Selbstbestimmungsgesetz** der Ampel-Regierung sollen bereits Jugendliche ab 14 Jahren jährlich ihren Geschlechtseintrag beim Standesamt ändern können. Das Familienministerium empfiehlt Jugendlichen **Pubertätsblocker**, damit sie länger überlegen können, zu welchem Geschlecht sie gehören.
- Das Gesundheitsministerium will **Cannabis freigeben**, wohlgermerkt als Vorbild für Europa. Dagegen tritt sogar die EU-Kommission auf den Plan. Dafür werden im neuen **GKV-Finanzstabilisierungsgesetz** Hebammen, Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Logopäden, Heilerziehungspfleger und weitere Berufsgruppen aus den Pflegebudgets von Krankenhäusern gestrichen und damit neben der Versorgung der Patienten auch die Ausbildung in diesen Berufsgruppen gefährdet.
- Zur Energiepolitik: Selbst in der sozialistischen Mangelwirtschaft hätte die DDR-Führung es nicht riskiert, die **Energieversorgung** zu gefährden und damit die Grundversorgung der Bevölkerung. Stattdessen errichteten die Innenministerien der fünf Ostländer 33 Jahre nach dem Zusammenbruch des Stasi-Regimes der DDR ein **neues Abhörzentrum für Protestler** gegen diese Energiepolitik mit dem offiziellen Namen „Gemeinsames Kompetenz- und Dienstleistungszentrum“.

- Kulturstaatsministerin Roth will das historische **Bibelzitat am Berliner Stadtschloss** überblenden. Und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte spricht eine Feme frei, die in Frankreich rechtskräftig verurteilt wurde, weil sie 2013 in einer katholischen Messe eine Abtreibung Jesu inszenierte, und verurteilt stattdessen Frankreich zu Schadenersatz für die Frau. Das ist nur eins von mehreren Urteilen des Europäischen Gerichtshofs, wo **Angriffe auf Kirchen im Namen der Meinungsfreiheit** gerechtfertigt wurden.

**Eine lebensfeindliche, dezidiert antichristliche Tendenz der Politik breitet sich in Deutschland und Europa aus.** Wir haben in Deutschland seit einem Jahr eine Bundesregierung, die in schwindelerregendem Tempo die Ernte der 68er Neomarxisten einfährt. Deren Parole war: Kein Gott, kein Staat, kein Patriarchat. Sie haben in den letzten 50 Jahren den Marsch durch die Institutionen geschafft und die Medienlandschaft, Bildung, Universitäten und die Politik erfolgreich durchgesetzt. Die Erben der 68er sind die Grünen, die jetzt maßgeblich die Bundespolitik bestimmen.

Wenn man sich fragt, wieso weder die Koalitionspartner noch wenigstens die Opposition (abgesehen von der AfD) der Gewalt dieser Partei nennenswert etwas entgegenzusetzen, muss man anerkennen, **dass die Grünen die einzige Partei sind, die in Deutschland in den letzten Jahren noch meinungsbildend gewirkt haben.** Sie haben dafür fast die komplette Infrastruktur der Meinungsbildung zur Verfügung. Und es haben sich fast alle etablierten Parteien ihrer Hauptstoßrichtung der Gender- und Klimaideologie sukzessive angeschlossen und damit den neomarxistischen Mainstream herausgebildet, der jetzt den Ton angibt. Mit diesen Ideologien bemächtigen sie sich des Menschen und der Schöpfung nach selbstgesetzten Zielen und Doktrinen, die Gott nicht nur außen vor lassen, sondern **die Herrschaft über den Planeten antreten** wollen. Dafür sollen auch die Weltreligionen vereinnahmt werden.

Leider ist Deutschland für diese Agenda mit Vorreiter. Diesem ideologischen „Herrschaftswechsel“ hat die CDU/CSU bis vor einem Jahr den Weg mit bereitet mit vielen einzelnen Gesetzen, die sie als Regie-

rungspartei nicht nur mitgetragen, sondern unter links-grünem Einfluss selbst vorgelegt hat. Der Regierungswechsel vor einem Jahr stellt dennoch eine **Zäsur in Deutschland** dar. Es werden bis dahin noch mühsam gehaltene, ehemals christlich basierte Positionen seitdem in einem Tempo niedergedrückt, dass der nicht ausdrücklich politisch interessierte Bürger das meiste davon nicht einmal mitbekommt. Krieg, Energiekrise und Inflation sind die eigentlichen Sorgen der Leute, und viele Gesetzesvorhaben schaffen es kaum in die Medien, bevor sie durch den Bundestag gehen. Wer glaubt, dass unsere Regierungen und die EU mit dem Krieg, der Energieversorgung, mit Hilfen für die Wirtschaft und der Grundversorgung der Bevölkerung genug zu tun haben müssten, statt weiter ihre ideologischen Projekte durchzuziehen, die kein einziges dieser Probleme lösen, sieht sich schwer getäuscht.

Zwei Monate nach der Regierungsübernahme der Ampel-Koalition begann der Russland-Krieg in der Ukraine. **Er wirkt an vielen Stellen als Beschleuniger vorheriger Fehlentwicklungen** und verschärft lange angebaute Probleme. Das gilt für die unter politischen Vorgaben und Planungsunsicherheit leidende Wirtschaft, für die Energieabhängigkeit vom Ausland, für die überstürzte Energiewende mit immer öfter am Rand der Netzstabilität gefahrener Energieversorgung und für die kaum vorhandene Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Der Arbeitskräftemangel schlägt trotz stagnierender Wirtschaft mittlerweile in allen Branchen durch, und die vernachlässigte Infrastruktur ist zusätzlich von Anschlägen bedroht. Nicht mehr funktionierende Lieferketten lähmen Produktionsabläufe, und die während der Corona-Krise befürchteten leeren Supermarktregale haben wir nun öfter vor uns.

**Deutschland und dem Westen insgesamt wurden mit dem Krieg fast alle seine Stärken genommen,**

**politisch, wirtschaftlich und militärisch.** Internationale Verträge sind gescheitert. Die Wirtschaft knickt ein. Diplomatie ist vom Tisch, der Krieg muss militärisch gewonnen werden - obwohl die Bundeswehr und die Armeen der meisten anderen europäischen Länder dafür weder vorbereitet noch ausgestattet sind.

Zwar musste die Ampelregierung Beschlüsse fassen wie Waffenlieferungen an die Ukraine, die Wiederzulassung abgestellter Kohlekraftwerke oder den Nundoch-Weitertrieb der letzten Atomkraftwerke über den Winter, die dem Koalitionsvertrag diametral zuwiderlaufen. Und sie versucht mit immer neuem gedrucktem Geld die Situation zu stabilisieren. **Aber das „Wir schaffen das“ der Vorgängerregierung bröckelt.** Und ich denke, es ist für Deutschland **Zeit zur Kapitulation** – nicht vor anderen Mächten, sondern vor Gott, der unser Land seit dem 2. Weltkrieg so gewaltig gesegnet hat. Zu kapitulieren, bevor wir diesen Segen komplett verspielt haben.

Im letzten Jahrhundert kam diese Kapitulation erst nach dem Zusammenbruch am Ende des Zweiten Weltkrieges. Oft wird behauptet, dass sich die Geschichte wiederholt. Und wir stehen mit einem Krieg in Europa, einer grassierenden Inflation infolge Ausweitung der Geldmenge zur Begleichung der Kriegskosten und mit kriegsbedingter Güterverknappung tatsächlich in einer vergleichbaren Situation wie Anfang der 1920er Jahre. Aber **Geschichte wiederholt sich nicht, sondern schreitet fort.** Das glauben wir zumindest als Christen, dass unsere Welt einen von Gott gesetzten Anfang und ein Ende mit der Wiederkunft Jesu hat.

Ich glaube, dass es inmitten der Zunahme von Chaos und Finsternis in diesem Jahrhundert um die Wiederherstellung aller Dinge geht (Apg 3,21), an der wir mitwirken sollen. Wir haben einerseits die Aussagen der Bibel, dass immer mehr Menschen vom Glauben abfallen werden, so wie wir es erleben, und dass Nationen gerichtet werden. Es sieht seit Beginn dieses Jahres tatsächlich so aus, als ob unser Land und die westliche Welt in die Folgen unseres Glaubensabfalls dahingegeben werden. Dazu muss Gott gar nichts tun, die Erschütterungen führen wir mit unserer ideologischen Agenda und Autonomie von Gott selbst herbei. **Dass diese Hybris nicht die Welt retten, sondern zerstören wird, ist offensichtlich.**



**Wir lesen andererseits in Römer 8, dass die Schöpfung auf ihre Erlösung wartet und dass die Kinder Gottes offenbar werden.** Wir wissen nicht, wie viel von den jetzigen Systemen zusammenbrechen wird. Und wir dürfen um Gnade im Gericht für unser Land und für Europa bitten. Aber ich staune gleichzeitig immer wieder, wo überall Christen – auch zusammen mit anderen, die sehen, dass es so nicht weitergeht – an Lösungen arbeiten, die unserem Land und dieser Welt zum Guten dienen sollen. Da ist von einer Endzeittheologie, in der alles nur kaputtgeht und die wir nur noch überleben müssen bis zur Entrückung, keine Spur mehr. Sondern **Christen stehen auf und ergreifen, was sie vom Himmel her verstanden haben**, um es auf der Erde Wirklichkeit werden zu lassen inmitten zerbrechender Systeme.

Nicht zuletzt sind in Deutschland, Europa und weltweit in den letzten 20 Jahren **Gebetsbewegungen** gewachsen, die jetzt vernetzt zusammenstehen, **damit sich die Geschichte des letzten Jahrhunderts nicht wiederholt.** Und wo wir gemeinsam versuchen, die Zeichen der Zeit zu verstehen und dem Herrn zu folgen in dieser Zeit der Wehen bis zu Seiner Wiederkunft.

**In dieser Perspektive haben wir das Finanzpolitische Programm erarbeitet**, das wir bereits vor einem Jahr vorgestellt haben. Deutschland und Europa bringen mit immer neuen hunderten Milliarden neuer Schulden die Stabilität des Euro ins Wanken. Das globale Finanzsystem ist darauf angelegt, Reiche reicher und Arme ärmer zumachen. Es ist das herrschende System, durch das die Ungerechtigkeit weltweit überhandnimmt, wie wir es für diese Zeit in Matthäus 24 lesen. Wenn es zusammenbricht, wird das uns alle viel kosten. Aber es wird dann auch der Weg frei für ein gerechteres System, das der Wirtschaft und den Menschen dient, statt sie anzutreiben. Ein Mitglied schrieb im Vorfeld des Parteitages zu unserem Finanzpolitischen Programm: „Die Umsetzung scheint so utopisch wie die, dass Reich Gottes auf die Erde kommt.“ **Wofür sonst stehen wir als Christen in dieser Welt, wenn nicht dafür, Reich Gottes auf die Erde zu bringen?**

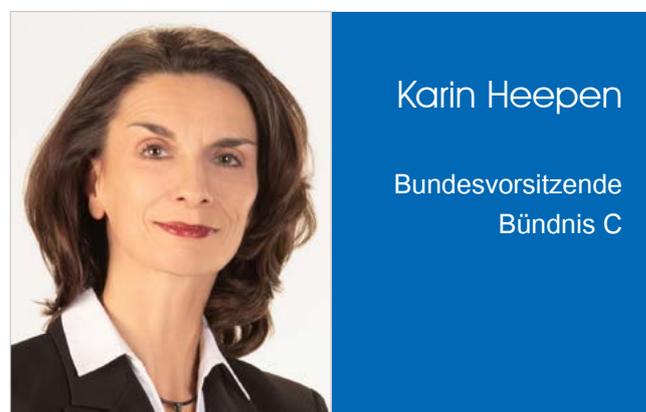
Weil Wirtschafts- und Finanzpolitik zusammengehören, befassen wir uns als nächstes mit dem wirtschaftspolitischen Programm. **Die Richtung dazu haben wir bereits mit dem Relationalen Denken vorgezeichnet**, das als biblische Fundierung auch dem Finanzpolitischen Programm zugrunde liegt. Eine beziehungsorientierte Vision für die Wirtschaft beteiligt alle Interessengruppen, und nicht nur die Anteilseigner. Sie ist nicht nur von Wachstum, Konkurrenz und Ausbeutung

von Ressourcen angetrieben, sondern braucht das Potenzial jedes Menschen und gestaltet mit ihm diese Welt als anvertraute Schöpfung zum Nutzen aller. Es ist 2018 in Deutschland eine wissenschaftliche Publikation mit dem Titel **Relational Economics**<sup>1</sup> erschienen, die diese Perspektive entfaltet. In diesem Jahr kam eine Vertiefung der Themen unter dem Titel **The Relational View of Economics** dazu. Wir sind mit dem Ansatz einer relationalen Wirtschaft also nicht auf dem Holzweg, sondern auf der Höhe der Zeit.

Kernpunkt für eine biblisch fundierte, relationale Gesellschaftsvision und auch für eine beziehungsorientierte Wirtschaft ist die Familie, von der alle anderen Beziehungen ausgehen und in ihrer Qualität geprägt werden. Deshalb starten wir in den Aufbau eines wirtschaftspolitischen Programms mit dem Vortrag von Rainer Lohfeld und seiner **Vision von familienorientierten Unternehmen** als Zentrum einer beziehungsorientierten Wirtschaftspolitik.

Ich glaube, es ist **Zeit für die Kirche, ihre geschichtsentscheidende Rolle zu begreifen und zu ergreifen**, nicht, indem sie der Politik nach dem Munde redet, sondern indem sie Gutes gut und Böses böse nennt, und zwar nach den Maßstäben der Bibel. Und indem sie Menschen dafür ausrüstet und sendet, das Gute in der Gesellschaft in Gang zu setzen. Im Fragen, was für uns als Partei in dieser Zeit wichtig ist, kam ein Wort aus Jeremia 15,19: **Wenn du recht redest und nicht leichtfertig, so sollst du mein Mund sein. Sie sollen sich zu dir kehren, doch du kehre dich nicht zu ihnen!**

Dafür stehen wir als Partei bereit, brauchen selbst Zusrüstung, Glauben und Handwerkszeug, um unser Mandat zu ergreifen und Reich-Gottes-Lösungen mit herzubringen für Deutschland und Europa.



Karin Heepen

Bundesvorsitzende  
Bündnis C

<sup>1</sup> Josef Wieland. Relational Economics: Ökonomische Theorie der Governance wirtschaftlicher Transaktionen (Marburg: Metropolis 2018)

# Familienorientierte Unternehmen als Fokus einer beziehungsorientierten Wirtschaft

Vortrag von Rainer Lohfeld auf dem Bundesparteitag 2022

„I have a dream“ – August 1963, Washington D.C. Martin Luther King hält seine berühmte Rede und träumt von einer Nation, in der weiße und schwarze Menschen gleichberechtigt sind. Er zürnt mit der Politik, doch er liebt sein Land.

Auch ich liebe mein Land. Auch ich habe einen Traum. Ich träume von einem Land, in welchem Familien willkommen sind, geschätzt werden. Ich träume von einem Land, in welchem in erster Linie Rücksicht auf die Belange der Familien genommen wird und diese als „Keimzelle unserer Gesellschaft“ Priorität auch allen politischen Handelns sind. Ich träume von einem Land, in dem Familien zuversichtlich sind, weil sie sich geborgen wissen.

Ein solches Land ... ist Deutschland nicht! Das hat Gründe und spiegelt sich in der demographischen Entwicklung unseres Landes. Diese Situation ist ja nicht vom Himmel gefallen, aber: Ist sie gewollt? Lieben wir unsere Familien nicht? „Lieben Sie Ihre Familie?“ – Wie ist unsere Herzenshaltung?

Wir wissen: Um eine Krankheit wirklich zu heilen, bedarf es zunächst einer treffenden Diagnose. Sonst ist eine Therapie sinnlos, wir doktern nur an den Symptomen herum. Also prüfe ich seit vielen Jahren die unterschiedlichsten Quellen, was die Ursachen für diese Situation sind. Engagiere mich in Initiativen wie der „Stiftung für Familienwerte“ und dem Bündnis „Rettet die Familie“.

**Ergebnis meiner Arbeit ist: Der „Beruf“, oder besser ausgedrückt, die Berufung der Mutter wird in unserem Land nicht geachtet und die Familie nicht wertgeschätzt.** Für diese Entwicklung gibt es meiner Ansicht nach fünf relevante Einflussfaktoren, wir sprechen heute über einen davon.

## Bevor ich dazu komme, kurz zu mir:

Ich, Rainer Lohfeld, geboren und aufgewachsen in Bremen, Ältester von 4 Brüdern, stamme aus einem Handwerker-Haushalt. Vater selbständiger Malermeister, Mutter macht das Büro – ganz typisch. 1985 bin ich der Liebe wegen nach Oberfranken gezogen. Meine Frau und ich sind seit über 35 Jahren verheiratet, ha-

ben drei Kinder und bisher 4 Enkel – Halleluja! Ich forsche also nicht nur nach den Ursachen für die Situation der Familien, sondern stamme auch aus einer und habe selbst eine gegründet – Ich bin ein Experte!

**Beruflich:** Nach meinem Wehrdienst habe ich für verschiedene mittelständische Unternehmen in unterschiedlichen Positionen als Angestellter gearbeitet, mich 2003 selbständig gemacht und 2006 LEUCHTTURM Akquise gegründet. Wir sind in der Vertriebsunterstützung und professionellen Neukundengewinnung für Unternehmen und Forschungsinstitutionen wie Fraunhofer u Helmholtz tätig. Ich arbeite also seit über 35 Jahren in und für KMU (kleine und mittelständige Unternehmen) und bin ein – Experte!

**Zu meinem Glaubensleben:** Ich bin Mitglied der Evangelischen Landeskirche Bayerns, doch mein eigentliches geistliches Leben findet statt mit zwei Mentoren und Seelsorgern, mit denen ich mich regelmäßig wöchentlich bzw. monatlich treffe. Einer davon ist Gottfried Hetzer, der vielen von Ihnen bekannt ist von seinen Vorträgen auf den letzten Bundesparteitagen.

Was die Bibelkenntnis betrifft, bin ich kein Experte. Aber ein Kind Gottes – bedingungslos geliebt und wertvoll, wie wir alle. Und das ist sehr wichtig. Auch für diesen Vortrag. Denn wenn ich behauptete, dass Familien wichtig sind, will ich das auch geistlich begründen.

## Zunächst also die Frage: Was ist der Mensch?

Der jüdisch-israelische Philosoph Martin Buber sagt, der Mensch ist ein Angesprochener, einer, der sich selbst gar nicht finden kann und der sein ganzes Sein nur begreift aus Beziehung. Wir sind Geschöpfe, geschaffen für einen bestimmten Zweck – für Beziehungen. In Genesis lesen wir, Gott schuf den Menschen als zwei: Mann und Frau – zusammen sind wir Gottes Ebenbild. Beziehung bedeutet Erlösung: Erlösung des Mannes aus der Einsamkeit, durch die Frau erkennt er sich. Erlösung der Frau aus dem Unbekanntsein, durch den Mann erkennt sie sich.

Als Kind kommen wir zur Welt und kennen nur zwei Wirklichkeiten: Mutter ist da = alles in Ordnung. Mutter

ist weg = ich bin verlassen. Als Heranwachsender: Stimmen Kleidung und Frisur, bin ich angenommen, wenn nicht – abgelehnt. Überwunden wird dieses schwarz-weiß-Denken nur durch Beziehung. Um das Leben zu meistern, müssen wir lernen, dass dieses nicht eine reine Aneinanderreihung von Glück, Lust, Gewinn, Können ist, sondern auch ein Umgehen mit Tiefen, mit Leid und Begrenzung. Wir nennen das Reife. Der Mensch wird und gewinnt Selbstwert nur durch das sich Anvertrauen einem anderen gegenüber in Freiheit, seine Gefühle und Bedürfnisse vertrauensvoll mitteilen und dafür nicht verurteilt werden.

Das muss in der Kindheit gelegt werden, sonst führt unser Leben zu Beschämung (ich bin falsch, ich störe). Wir fühlen uns allein und meinen, wir müssen stark sein, Schwäche verbergen. Kritik an uns sehen wir als Angriff statt Herausforderung. Und wir suchen uns Ersatzbefriedigungen, Sucht entsteht. Man spricht vom „Gesetz der unvollendeten Beziehungserfahrung“. Denn der Mensch kommt nur durch Beziehung zu seiner Ganzheit.

**Der Widerspruch:** Die Welt sagt, das Sein des Menschen definiert sich über seine Persönlichkeit, Selbstbewusstsein, seine Fähigkeiten, durch Freiheit und Unabhängigkeit. Das ist Individualismus. Die Bibel sagt, das Sein des Menschen definiert sich durch Beziehung – als Ebenbild Gottes, als Kind Gottes, als Volk Gottes (Juden), als Leib Christi (Christen).

**Segen bedeutet:** Sein in Beziehung. Sünde bedeutet Flucht aus der Beziehung, eigener Maßstab der Vollkommenheit, allein stark sein, Begrenzungen nicht annehmen, autonom sein. Das führt zu Nicht-Ganzsein, zu Schmerz, zu Sehn-Sucht. Als Geschöpfe Gottes brauchen wir zum Leben Beziehungen. Und die Fähigkeit dazu lernen wir in intakten, glücklichen Familien. Oder eben nicht.

## Kommen wir nun zur Wirtschaft

Für die Entwicklung in unserem Land bezüglich der Familien gibt es meiner Ansicht nach fünf relevante Einflussfaktoren, wir sprechen heute über einen davon, die Wirtschaft.

Ich sage nichts zur **Politik**, ob wohl diese ein ganz entscheidender Faktor ist. Ich erwähne nicht, dass unser Sozialsystem bekanntermaßen auf dem „Generationenvertrag“ aufbaut, einem Umlageverfahren, deren Pflichtbeiträge noch im selben Monat wieder ausgeschüttet werden, unabhängig davon, ob die Empfänger Kinder erzogen haben oder nicht. Die Versorgung wurde vergesellschaftet, die Kindererziehung nicht. Und so ist es – volkswirtschaftlich gesehen – sinnvoller, keine Kinder zu haben. Das kann jeder nachrechnen. Ich spreche zu Ihnen auch nicht über Krippen, die gesellschaftspolitische Allzweckwaffe, die gegen Fachkräftemangel, Benachteiligung von Frauen, Bildungsprobleme, Kinderarmut, Niedriglöhne, Wohnungsnot und ... hilft.

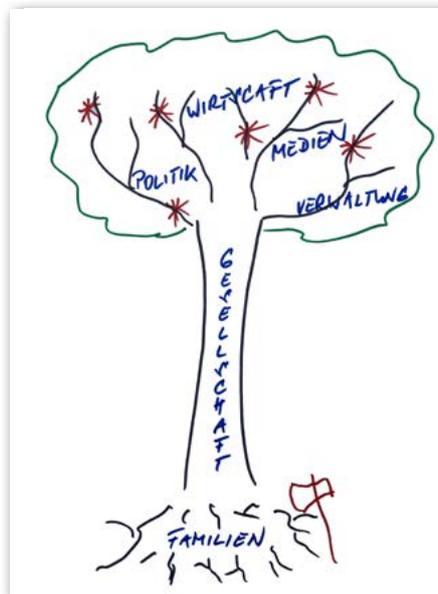
Auch nichts sagen werde ich zu den **Medien**. Ich frage nicht, warum wir im Fernsehen keine intakten Familien mehr gezeigt bekommen, sondern ausschließlich kaputte – mit der Folge, dass man denkt, dieses Zusammenleben wären heutzutage normal. Wer möchte schon so leben?

Ich befasse mich heute auch nicht mit dem Einzelnen in der Gesellschaft, dem **Individuum**, dass laut wiederkehrender Befragungen immer über 80 % der Jugendlichen heiraten wollen und sich eine Familie wünschen, wir real aber über 40 % Singlehaushalte in Deutschland haben – und das sind nicht alles alleinstehende alte Menschen!

Erwähnen werde ich auch nicht die **Gender-Ideologie** und wie es möglich ist, dass eine absurde Theorie, welche die Erkenntnisse der Naturwissenschaften ignoriert, innerhalb nur weniger Jahre äußerst erfolgreich in unser Bildungs- und Rechtssystem, in unsere Sprache und in jede Amtsstube einsickern konnte und uns manipuliert. Und das von der Öffentlichkeit weitgehend unerkannt.

Nein, heute konzentrieren wir uns ausschließlich auf die Wirtschaft: Inwieweit ist diese Einflussfaktor auf die Situation der Familien in Deutschland? Und wozu investiert sie in sogenannte familienfreundliche Maßnahmen?

**Meine Grundthese: In unserem Land passiert in hohem Maße das, was die Wirtschaft will und**



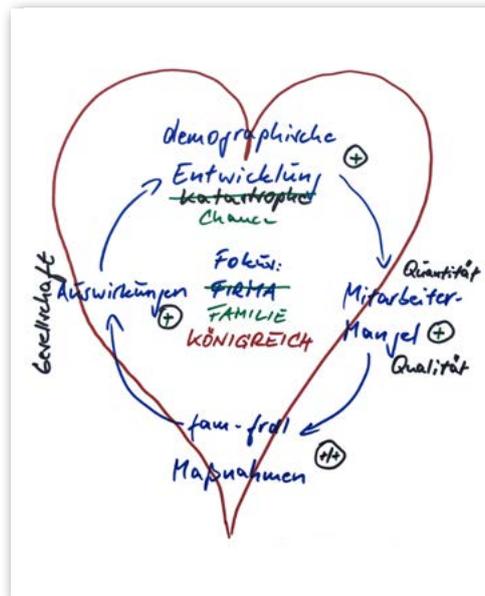
**braucht.** Die aktuelle Bundesregierung möchte mehr Staat, weil dieser ja bekanntlich besser weiß, wie Leben und Wirtschaft zu funktionieren haben. Dennoch ist steigender Wohlstand das erklärte Ziel, die Steigerung des Bruttoinlandsproduktes die Maxime allen Handelns. Das wiederum bedeutet: die Wirtschaft hat Einfluss!

Ich unterscheide grob zwischen der Großindustrie wie Siemens, den Automobilherstellern, Telekom usw. und den sogenannten KMU, den kleinen und mittelständischen Unternehmen in Deutschland. Zu Letzteren zählen alle Firmen mit bis zu 500 Mitarbeitern, das sind 99,3% aller Unternehmen, 3,6 Millionen Betriebe! Und 90% dieser sind familiengeführt! In den KMU sind 60% aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten angestellt und über 82% aller Lehrlinge werden dort ausgebildet – das, meine Damen, meine Herren, ist Einfluss!

Gleichzeitig unterliegt die Wirtschaft dem demographischen Wandel, wie das freundlich ausgedrückt wird. **Demographische Katastrophe trifft es meiner Ansicht nach besser.** Diese Entwicklung führt in der Wirtschaft zu Betroffenheit, damit zu Handlungszwang und das zu familienfreundlichen Maßnahmen.

Was ist die Motivation für das sogenannte familienfreundliche Engagement? Geht es wirklich um die Familien oder eher darum, zum Beispiel weibliche Arbeitskräfte nach einer Entbindung möglichst zügig wieder in den Erwerbsprozess einzugliedern? Für mich ist das eine entscheidende Frage: Wie ist die Herzenshaltung? Ist die Wirtschaft für die Menschen da ... oder die Menschen für die Wirtschaft?

„Die Lüge von der Vereinbarkeit“<sup>1</sup> titelte die WirtschaftsWoche vor einigen Jahren. Danach ist ein Hauptgrund für den starken Rückgang der Geburtenraten die rapide Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit seit den 1960er Jahren. Denn wenn beide Partner in einer Beziehung erwerbstätig sind, wird die Beziehung prekär. Zum einen macht eigenes Einkommen natürlich unabhängiger vom Partner, was vermutlich alle positiv sehen. Gleichzeitig müssen beide flexibel sein, Kinder aber machen unbeweglich. Das könnte man als



„Freiheitsgeschichte der Frau“ deuten, real aber brachte diese Änderung seinerzeit fast eine Verdoppelung des Arbeitskräfteangebotes und damit einhergehend den Umstand, keine Löhne zahlen zu müssen, die es einem Alleinverdiener ermöglichen, eine Mittelschichtfamilie zu versorgen. Gleichzeitig zehrt die totale Mobilisierung aller Erwerbsfähigen an der Substanz, und das bezahlen wir mit psychischer Erschöpfung der Menschen ebenso wie mit nichtgeborenen Kindern.

Heute begründen wir solches wirtschaftliches Handeln mit den

Zwängen durch die Globalisierung, mit der Digitalisierung, der dadurch zunehmenden Geschwindigkeit. Diese Argumente haben ihre Berechtigung, stellen jedoch die Bedürfnisse der Wirtschaft über die der Menschen.

**Deshalb die Frage: Wer sollte wem dienen?** Natürlich sind Wirtschaftsunternehmen nicht die Heilsarmee. Natürlich ist ein angemessener Gewinn das Ziel, doch mir geht es um die Herzenshaltung! Wenn ich mich als Unternehmer für Familien einsetze, für den Schutz und die Stabilität der Familien der mir anvertrauten Mitarbeiter – kollabiert dann die Firma? Oder sage ich: Ist das überhaupt meine Aufgabe, dafür gibt es doch die Politik, Verbände, Initiativen, ... Wenn wir Unternehmer erkennen, dass es einen deutlichen Zusammenhang zwischen den Lebensbedingungen in den Familien und der Qualität der Arbeitskräfte gibt, ist schon viel erreicht. Dann liegt es absolut im Interesse der Wirtschaft, wirklich familienfreundlich zu sein!

Der Wirtschaftsstandort Deutschland steht und fällt mit der Qualität der Arbeitskräfte. Wir haben keine Bodenschätze. Stabilität und Produktionskraft unserer Nation hängen von der Innovationsfähigkeit der Menschen ab. Diese ist eine Frage der Bildung, und dieser geht Bindung voraus.

Abgesehen von all dem sind Unternehmen, in welchen eine solche Herzenshaltung herrscht, total attraktiv für Menschen, denen die Familien wichtig sind. Laut einer bundesweiten Studie würden mehr als drei Viertel der Eltern zwischen 25 und 39 Jahren für mehr Familienfreundlichkeit die Stelle wechseln. Mehr als ein Viertel der befragten Eltern hat dies bereits getan. Familienfreundlichkeit ist unverändert für über 90 Prozent der

<sup>1</sup> <https://www.wiwo.de/erfolg/familie-und-beruf-die-luege-von-der-vereinbarkeit/11331314.html> 06.02.2015

jungen Beschäftigten mit Kindern bei der Arbeitgeberwahl mindestens ebenso wichtig wie das Gehalt, somit ein entscheidender Faktor für die Arbeitsplatzwahl und ein häufiger Grund für einen Arbeitgeberwechsel.

Gleichzeitig ist eine solche Positionierung, die Menschen wirklich in den Mittelpunkt des Unternehmens zu stellen, nicht nur für die Generationen Y und Z wichtig, sondern gesamt-gesellschaftlich. Gerade auch wegen der Globalisierung und der zunehmenden Unübersichtlichkeit der Welt wird die Familie für den Einzelnen wieder wichtig, ein Anker. Familienfreundlichkeit ist also auch marketing-technisch interessant, wenn sie gelebt wird. **Dann bekommt der Begriff „Familienunternehmen“ eine ganz neue Bedeutung.**

Wenn wir das Ganze als Regelkreis betrachten, mündet die demografische Entwicklung in den Mitarbeitermangel. Diese Betroffenheit führt zu sogenannten familienfreundlichen Maßnahmen, die bisher keinerlei Auswirkungen auf die Gesellschaft haben: Weder gibt es mehr Kinder, noch sind Familien zufriedener. Erkenntnis daraus sollte sein, dass sich alle Gesellschaftsbereiche für das Wohl der Familien einsetzen. Das wiederum bringt eine neue demografische Entwicklung – in ein bis zwei Generationen!

## Biblische Perspektive

Ich glaube, ohne Gottes Hilfe ist es völlig illusorisch, dass diese Entwicklung von über fünf Jahrzehnten rückgängig gemacht werden kann. Gleichzeitig glaube ich, dass Gott diese Situation nutzt, um besonders uns gläubige in der Wirtschaft Tätige zurück auf seinen Weg zu führen. Ich mache das an folgendem fest:

Als Jesus von den Gesetzeslehrern wiederholt herausgefordert wurde, das wichtigste Gebot Gottes zu nennen, zitierte er aus dem 5. und dem 3. Buch Mose: **„Liebe den Herrn, deinen Gott, von ganzem Herzen, mit ganzem Willen und mit aller deiner Kraft und deinem ganzen Verstand!“** Und: **„Liebe deinen Mitmenschen wie dich selbst!“** (Lukas 10,27 GNB) Es gibt kein Gebot, das wichtiger ist als diese beiden.

Das griechische Wort für die Liebe, von der Jesus hier spricht, ist Agape, etwas ganz anderes, als wir normalerweise unter Liebe verstehen. Agape basiert nicht auf

Gefühlen wie Eros (romantische, sexuelle Liebe), Phileo (brüderliche Liebe) oder Storge (Liebe unter Familienmitgliedern). Bei Agape geht es vielmehr um eine **freiwillige Entscheidung**, das Wohlergehen der anderen an die erste Stelle zu stellen, ohne etwas dafür zu erwarten. Selbst wenn dies Unbehagen, Unannehmlichkeiten oder Schlimmeres bedeutet. Agape ist eine Art Opferliebe, die Treue, Ausdauer und Verpflichtung seitens des Gebers erfordert, eine Herzenshaltung! So gibt Agape diesen beiden wichtigsten Geboten Gottes, die die Beziehung des Menschen zu Gott und zueinander bestimmen, eine einzigartige Dimension und Dynamik.



Für die meisten Menschen mag dieses zweifache Agape-Gesetz gut ins Privatleben passen. Das tut es auch. Aber im Berufsleben, in der Wirtschaft, der heutigen Ellbogengesellschaft scheinen diese beiden Agape-Gesetze völlig fehl am Platz zu sein. Doch Jesus hat sie nie begrenzt. Sie sind für das gesamte Leben der Gläubigen von zentraler Bedeutung, sowohl privat wie beruflich.

Die Wirtschaftswissenschaft lehrt, dass in einer Volkswirtschaft potenzielle Gewinne und Verluste bestimmen, was machbar ist und was nicht. Infolgedessen ist alles und jeder finanziellen Zielen untergeordnet und das BIP Prämisse allen Handelns. Menschen werden auf Produktionsfaktoren oder Einnahmequellen reduziert. Ihr Wert beruht ausschließlich auf dem monetären Vorteil, den sie anderen bieten.

Die Bibel aber sagt: „Passt euch nicht den Maßstäben dieser Welt an. Lasst euch vielmehr von Gott umwandeln, damit euer ganzes Denken erneuert wird. Dann könnt ihr euch ein sicheres Urteil bilden, welches Verhalten dem Willen Gottes entspricht, und wisst in jedem einzelnen Fall, was gut und gottgefällig und vollkommen ist.“ (Römer 12,2 GNB)

Die Herausforderung ist: In der Regel sind wir weltlich geprägt. **Deshalb ist eine solche Art des Wirtschaftens ein Spagat, bedeutet einen Paradigmenwechsel.** Und es ist ein Prozess, kein Knopfdruck! Doch ich behaupte, Agape-Liebe ist in uns angelegt. Als gläubige Christen müssen wir wissen, dass wir im Grunde genommen gegen unser Naturell handeln, wenn wir gesunde Beziehungen materiellen, finanziellen Zielen

opfern. Wir sind im Ebenbild Gottes geschaffen, und Gott missbraucht oder vernachlässigt die Beziehung zu uns ja auch nicht zugunsten anderer Ziele.

Ebenso bin ich überzeugt, dass so handelnde **KMU als „besondere Familienunternehmen“ die Grundlage sind für den Ansatz einer beziehungsorientierten Wirtschaft.** Denn: Beziehungsfähigkeit wird in Familien gelernt, in guten, intakten, glücklichen Familien!

## Wie wird man ein familien-begeistertes Unternehmen?

Wie kann das in der Praxis aussehen? Dazu kurz meine Erfahrung:

Aus der Erkenntnis heraus, dass unsere Akquise-Dienstleistung deshalb interessant ist, weil wir es tun und nicht nur dazu beraten, habe ich mich bemüht, eine herzverändernde Dienstleistung zu entwickeln und den KMU einen Großteil der Arbeit abzunehmen, damit es trotz ihres hektischen Tagesgeschäfts voran geht mit der Transformation in ein „neues Familien-Unternehmen“. **Ich unterscheide dabei zwei Varianten: die kleine und die gute Lösung. Die gute Lösung funktioniert nur mit Glauben.** Daher sind meiner Ansicht nach im 1. Schritt vor allem von Christen geführte Unternehmen die für die Dienstleistung richtige Zielgruppe. Aktuell läuft ein Pilotprojekt mit einem solchen Mittelständler.

Grundsätzlich aber ist jedes Unternehmen individuell, sowohl von der Größe und Schlagkraft, von den Bedürfnissen der Mitarbeiter und vor allem von der Herzeshaltung her – von der Seele des Unternehmens. Deshalb gibt es keine Lösungen von der Stange, sondern immer einen Maßanzug. Jede Firma benötigt ein individuelles Konzept. Das ist dann ganz normales Managementvorgehen in der Planung: Situationsanalyse, Zielplanung, Vorgehensplanung, Vorgehen, Erfolgskontrolle.

Entscheidend ist aber auch hier die Herzeshaltung. Wenn es den Unternehmen gelingt, die Sehnsucht von uns Menschen nach Beziehung, nach Bindung und Heilung zumindest in Teilen zu erfüllen, werden die Menschen dort Schlange stehen, um mitzuarbei-

ten. Und das wirkt wie ein Stein, der ins Wasser geworfen wird. Mag er auch klein sein, er zieht Kreise. **Andere Unternehmen werden neugierig, müssen nachziehen. Die Presse und die Politik werden aufmerksam. Familien verändern sich, die Menschen „heilen“.**

## I have a dream – family first!

*Das Erste, was der Mensch im Leben vorfindet, und das Letzte, wonach er die Hand ausstreckt, und das Kostbarste im Leben, was er besitzt, auch wenn er es nicht achtet, ist das Familienleben. (Adolph Kolping).*

Ich habe Ihnen meine Sicht auf die Situation der Familien in Deutschland geschildert und die Rolle der KMU dabei. Als bildhaftes Beispiel dient uns dieser Baum und was wir tun: Wir sägen nicht den Ast ab, auf dem wir sitzen, schlimmer noch: Wir legen die Axt an die Wurzel, an die Familien.

Meine Bitte an Sie: prüfen Sie ihr Herz und sprechen Sie innerhalb der nächsten drei Tage mit mindestens drei Menschen über das Thema Familie. Sie werden feststellen: Jeder, jeder hat eine Meinung dazu! Jeder kommt aus einer Familie, selbst wenn er keine eigene hat. Wenn unser Herz entsprechend schlägt und Gott uns beisteht, werden wir unser Land verändern – positiv!

I have a dream. Ich träume von einem Land, in dem Familien sich geborgen wissen. Von einem Land, in dem Familien heilen. Ich träume von einem Land, in dem Familien geliebt werden. So wie Gott das vorgesehen hat.



Rainer Lohfeld

LEUCHTTURM  
Akquise

## Zum Finanzpolitischen Programm

### Beschluss am Bundesparteitag 2022

Auf dem Bundesparteitag am 12.11.2022 in Bad Blankenburg wurde das finanzpolitische Programm von Bündnis C durch die Delegierten verabschiedet. Obwohl dazu Fragen und auch Unsicherheit über die Durchführung bestanden, hat die überwiegende Mehrheit den Mut gehabt, dem Programm zuzustimmen.

„Eigentlich ist das doch eine Utopie.“ sagte jemand. Ja, möglicherweise, aber was bedeutet Utopie? Wikipedia sagt: „Utopie ist etwas, was in der Vorstellung von Menschen existiert, aber [noch] nicht Wirklichkeit ist.“ Und somit sind wir mit unserem Programm doch gar nicht so weit entfernt von der Wirklichkeit! Wenn jeder Erfinder immer von etwas real Existierenden ausgegangen wäre, also nie etwas zunächst Fantastisches hätte erforschen wollen, wäre nie etwas Neues erfunden worden.

Der springende Punkt ist allerdings nicht, etwas „Neues“ anzubieten. Die Finanzkrise 2008/09 war ein Warnschuss. Nur staatliches Eingreifen durch sogenannte Rettungsschirme verhinderte den Währungszusammenbruch. Daher muss einfach eine Alternative geboten werden, weil wir finanzpolitisch erneut am Abgrund stehen. Die Gelddruckmaschinen der Bundesbank laufen heiß. Immer mehr Schulden werden angehäuft, die der Staat, also wir Bürger, unsere Kinder und Enkel abtragen müssen. Offensichtlich scheint das die Regierenden nicht zu interessieren.

Die Bibel sagt: Schulden machen unfrei. Wenn wir von Bündnis C biblisch fundierte Politik machen wollen, dann ist es zwingend notwendig, darüber nachzudenken: Wie möchte Gott, dass wir mit Geld umgehen? Und da gibt er einige Anweisungen. In unserem Programm finden diese Anwendung.

Sehen wir uns die ersten Schritte an, die mit der Einführung einer gedeckten Währung umgesetzt werden sollen, hier in Kurzfassung<sup>1</sup>:

1. Zinsnahme-Verbot
2. Abschaffung des Mindestreserve-Bankwesens
3. Neuregelung Einlagen, Kreditvergabe und -laufzeiten
4. Schuldenabbau
5. Abschaffung von Subventionen

6. Neuregelung zur Haftungsbeschränkung.

7. Verbot von Kartellen, Monopolen, Großgrundbesitz

8. Regulierung der Börse(n)

9. Verkleinerung des Staates

Jeder, der sich damit näher beschäftigt, wird feststellen, dass diese Maßnahmen für alle Menschen – nicht nur für einige – wirtschaftlich gut sind. Und diese Dinge sind umsetzbar, wenn auch nicht von heute auf morgen.

Dass unser heutiges System durch ein anderes abgelöst werden muss, steht außer Frage. Ansonsten steuern wir auf eine Währungsreform zu. Die Regierungen wollen die Schulden los werden, die Bürger sind die Verlierer. In einer beziehungsorientierten Finanzpolitik, wie Bündnis C sie anstrebt, richtet sich das System am Menschen aus und schafft ein Umfeld, wo jeder von seiner Hände Arbeit unter Abzug angemessener Steuern sich und seine Familie gut versorgen kann. Für die Bürger muss gelten: Der Arbeiter ist seines Lohnes wert (Lukas 10,7).

Allen Zweiflern sei gesagt: Es ist nicht die Aufgabe des Programms, ein Durchführungskonzept zu liefern. Das muss jeweils von Experten erarbeitet und durch entsprechende Gesetze festgelegt werden. Zunächst herrscht die Idee vor, die Durchführung muss folgen.

Abschließend sei gesagt, dass dieses Finanzpolitische Programm in der deutschen Parteienlandschaft einzigartig ist, von seinem grundlegend anderen Ansatz, über die biblische Rückbesinnung bis hin zu seiner sachlichen Tiefe. Damit heben wir uns deutlich von den etablierten Parteien ab und man erkennt mehr und mehr den Unterschied zwischen denen, die Gott dienen, und denen, die ihm nicht dienen (Maleachi 3,18).

Insofern danken wir allen Delegierten für die Anerkennung der biblischen Grundwahrheiten, die in diesem Programm verankert sind, Ihr Vertrauen in die erarbeitenden Gremien und Personen und den Mut, dieses nun auch beschlossen zu haben.

*Ute Büschkens-Schmidt und Frank Brandenburg*  
Stellvertretende Bundesvorsitzende

<sup>1</sup> Das komplette Finanzpolitische Programm finden Sie unter <https://buendnis-c.de/wp-content/uploads/2022/11/Beschluss-Finanzpol-Programm-2022-.pdf>

## Bündnis C beim Willow Creek Leitungskongress in Leipzig

Wir waren mit einem Stand beim Willow Creek Leitungskongress vom 25.-27. August 2022 in Leipzig vertreten. Dies war eine sehr schöne Erfahrung. Wir hatten einen guten Platz, ein Weg zum Catering für die Besucher führte bei uns vorbei. Es waren zu verschiedenen Zeiten Karin Heepen, Frank Brandenburg, Thomas Lamowski und Rainer Simon zum Gespräch bereit. Erfreulich viele Teilnehmer interessierten sich für



Christen, die in der Politik Verantwortung übernehmen. 2020 nahmen beim Willow Creek Leitungskongress in Karlsruhe 11 000 Christen teil, in Leipzig waren es mit 3500 Teilnehmern deutlich weniger. Trotzdem hatte ich den Eindruck, dass dieses Mal an unserem Infostand mehr Leute stehen blieben und interessiert waren als am Stand vor zwei Jahren in Karlsruhe. Es half auch, die Vorbeigehenden anzusprechen und mit Anknüpfungspunkten zum Programm Interesse zu wecken. Wir hatten viele mutmachende, auch sehr lange Gespräche. Ein Besucher füllte vor Ort den Mitgliedsantrag aus. Der Segen Gottes sowie Erfolge bei den Wahlen wurden uns immer wieder gewünscht. Die Präsenz auf einem solchen Kongress macht Sinn, denn viele kannten Bündnis C noch gar nicht.

*Dr. Rainer Simon*  
Stellvertretender Landesvorsitzender  
Baden-Württemberg

*Frank Brandenburg*  
Stellvertretender Bundesvorsitzender

## Tagung Christ und Politik

**13. – 16.10.2022 Geistliches Rüstzentrum Krelingen**

Die ursprünglich als Kongress geplante Tagung „Christ und Politik“ wurde aufgrund der geringen Teilnehmerzahl anstatt von elf der vorgesehenen mit nur fünf, wie ich meine, sehr kompetenten Referenten durchgeführt. Am ersten Abend hielt das einführende Referat Uwe Heimowski, Beauftragter der Deutschen Evangelischen Allianz am Sitz des deutschen Bundestages und der Bundesregierung. Beeindruckt von seinem persönlichen Lebensweg konnten wir einen engagierten christlichen Interessenvertreter (Lobbyisten) erleben und seine Botschaft hören: Christ und Politik sind eine historische Notwendigkeit und bedingen einander.

**Uwe Heimowski:**

**Die drei Hügel des Abendlandes. Über den Ursprung unseres politischen Systems**

Anhand der Geschichte führte Uwe Heimowski aus, dass der Gedanke der Demokratie aus Griechenland von der Akropolis kommt, die Ideen von Rechtsstaatlichkeit bzw. das Recht des Einzelnen auf das Capitol der Römer zurückzuführen ist und das jüdisch-christliche Menschenbild den Menschen als Geschöpf Gottes betrachtet und ihm von daher seine Würde zuspricht. Recht und Gerechtigkeit (z. B. die Zehn Gebote) sind Bestandteil unseres christlichen Glaubens. Kein Mensch ist höher als Gott, der Schöpfer des Universums. Ordnung, die gerecht ist, führt zum Frieden. Gerechtigkeit heißt nicht, dass jeder das gleiche bekommt,

sondern etwas ihm Entsprechendes. In der Bibel kommt der Begriff Demokratie nicht vor, sie kennt aber schon die Gewaltenteilung:

- Könige als weltliche Macht
- Priester als Handelnde zwischen Menschen und Gott
- Propheten als kritische Stimme für den König.

Es gab Wahlen, die ersten Diakone wurden durch Wahlen eingesetzt. Freiheit und Verantwortung gehörten zusammen. Eigentum verpflichtet, Eigentum und Erbschaftsrecht gehören zusammen. Witwen und Waisen erhielten Unterstützung, sie lebten zur damaligen Zeit in struktureller Armut. In der Bibel heißt es, wer für sich selbst nicht eintreten kann, dem soll geholfen werden. Witwen und Waisen sollten deshalb besonders geschützt werden.

Bezogen auf die heutige Zeit könnte es bedeuten, dass jeder so viel verdienen muss, dass er bei einem Vollzeit-Job von seinem Einkommen leben kann. Wenn Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft gegeben sind, ist es nach der Bibel der Auftrag von Christen, an der Veränderung mitzugestalten.

## Frank Heinrich: Warum ich für die Freiheit kämpfe. Wie Freiheit und Demokratie zusammenhängen

Frank Heinrich ist in der ehemaligen DDR großgeworden und war dort mit Freiheit und Unfreiheit konfrontiert. Er ist sich seiner Prägung dadurch sehr bewusst. Er erlebte, dass die Eltern tief religiös waren und die Freiheit suchten. Für ihn wurde Rumänien zum Vorbild, wo potentiell die Religionsfreiheit gegeben war. Freiheit muss letztlich in der Person selber sein.

Wir leben Gott sei Dank in einer Demokratie, doch sie allein kann die Freiheit nicht schaffen. Wer Demokratie fordert, sollte über Rechte und Pflichten in der Staatsform nachdenken. Zur Wahl zu gehen, ist nicht nur ein Recht, sondern vielmehr eine Pflicht. Ungleichheiten, die uns auffallen, sollten dem Wahlkreisabgeordneten gemeldet werden, denn auf Dauer kann es sich kein Abgeordneter leisten, nicht zu reagieren. Frank Heinrich arbeitet seit vielen Jahren aktiv in einem Verein gegen Menschenhandel und Sklaverei mit.

Wann gerät Demokratie in Gefahr? Sind die Zunahme von Unruhen, Kriege, Unwetter etc. alles Zeichen der Endzeit? Die Bibel sagt: Die Liebe wird in vielen erkalten. Ist das nicht eher die Situation heute?

## Christine Lieberknecht: In Verantwortung vor Gott und den Menschen. Die Grundwerte unserer Demokratie

Christen wollen mitgestalten, nicht vorgeschrieben bekommen, was sie zu glauben haben. Christine Lieberknecht war eine sehr mutige Frau im System der ehemaligen DDR, nicht zuletzt durch ihre persönliche Prägung in einer Pastorenfamilie. Sie hatte schon in der Kindheit und Jugend Probleme, Aussagen der Kirchenkritiker wie „Religion ist Opium für das Volk“ anzunehmen, da sie in ihrer Umgebung und in ihrem Elternhaus etwas anderes wahrnahm.

Was hat zum gesellschaftlichen Umbruch 1989 in der DDR geführt?

Zunächst waren es wohl die vielen verschiedenen Gruppen (Umwelt-, Kirchen-, Sport- und andere Verbände), die es sich zum Ziel gesetzt hatten, die fast 100%igen Wahlergebnisse der DDR-Führung zu entlarven. Die Menschen hatten ein starkes Bedürfnis nach Freiheit. Freiheit stand für Frau Lieberknecht und viele DDR-Bürger an erster Stelle, gefolgt von Partizipation. Bei der heutigen Jugend steht an 1. Stelle die Partizipation und die Freiheit an 2. Stelle. Das A & O einer auf Freiheit basierenden Gesellschaft ist Bildung. Die Freiheit des Christen beinhaltet zugleich die Verpflichtung zur Liebe. Fehlt den Menschen das Bewusstsein, Verantwortung vor Gott zu haben, sind nur die humanistischen Inhalte zu erkennen und die Menschen haben sich von den christlichen Fundamenten entfernt.

## Gaetan Roy: Segen oder Fluch? Über den Umgang mit Politikern

Als Kanadier benennt er zuerst die Stärken der deutschen Kultur: Liebe zum Detail, Wahrhaftigkeit und Zuverlässigkeit. Er stellt dann die Frage nach den Schlagseiten:

In der Hingabe zum Detail steht leicht Kritik im Fokus. Aus Wahrhaftigkeit kann eine unverschämte Meinung werden und aus Zuverlässigkeit Unnachgiebigkeit bis hin zur Unerbittlichkeit.

Wir erleben in Deutschland eine elementare Krise der Hoffnungslosigkeit. Die Messlatte für Christen können darin Dankbarkeit, Unterscheidung und Verfügbarkeit sein: Passt euch nicht den Maßstäben dieser Welt an. Lasst euch vielmehr von Gott umwandeln, damit euer ganzes Denken erneuert wird (Römer 12,2).

Wie können wir ein Segen für die Politik sein?

Ein Politiker erhält überwiegend Kritik für seine Arbeit, auch viele Hasskommentare. Er wird meist nur aufgesucht, wenn es Probleme gibt, die er in den Augen der Menschen lösen soll. Auch von Christen kommen oft scharf formulierte Briefe.

Ein ganzheitliches Prinzip für die Arbeit in der Politik ist dienen lernen. Dabei wird Dienen nicht erstrangig als Tat gesehen, sondern ist eine Haltung. Die Taten folgen aus der dienenden Einstellung. Politiker sollten gute Beziehungen anstreben, aber dabei auch professionell überzeugen.

**Prof. Ralf Bergmann:**  
**Manipulation und Propaganda oder**  
**Argumente, Klarheit, Fairness?**  
**Von der Resignation zur Wirksamkeit**

Manipulation ist eine gezielte und verdeckte Einflussnahme, die auf eine Steuerung des Erlebens und des Verhaltens von Einzelnen oder Gruppen zielt und diesen verborgen bleibt. Methoden der Manipulation sind z. B. Angriffe auf die Person, die sog. Brunnenvergiftung („das Argument kommt aus der rechten Ecke“), Pauschalierung oder Schwarz-weiß-Malerei. Wie kann ich mich dagegen wehren?

- Eine Gegenfrage stellen: Was genau meinen Sie? Welche Faktoren sprechen dafür?
- Die Perspektive wechseln: Würden Sie an meiner Stelle den Vertrag unterschreiben?
- Gesprächsabbruch: Entschuldigung ich brauche Zeit, um darüber nachzudenken.

Am Beispiel der Corona Problematik wurde die politische Manipulation veranschaulicht:

- Die Menschen sind an und mit Corona gestorben
- Notfallzulassung neuer Impfstofftypen
- Haftungsausschluss der Hersteller
- Fehlende Suche nach Medikamenten
- Nötigung durch 2G Regel
- Diskriminierung als „Pandemie der Ungeimpften“.

Wie geht Verhandeln statt Manipulation?

Personen und Parteien haben unterschiedliche Interessen und müssen diese kommunizieren, um zu einer tragfähigen Lösung zu kommen. Es gilt, von der Resignation zur Wirksamkeit zu gelangen. Nicht wer Grundrechte ausübt, muss sich rechtfertigen, sondern wer sie einschränkt.

## Eine Zusammenfassung meinerseits

Es wurde eine Vielzahl von politischen Einstellungen vermittelt, auch viel Erkenntnis über den Zusammenhang von persönlicher Prägung und politischem Engagement. Der christliche Glaube spielte bei allen Referenten und Teilnehmern eine wesentliche Rolle bei ihrer Betrachtung der Vergangenheit und Gegenwart. Es ist gelungen, bei vielen Teilnehmern das Vorurteil zu entkräften, in der Politik und gerade im Bundestag spiele der christliche Glaube keine große Rolle. Es wurde berichtet, dass es Gebetskreise und andere Zusammenkünfte von Christen gibt.

Christ und Politik ist eine wichtige Verbindung, die für jeden Christen nach der Teilnahme an dieser Tagung untrennbar vorhanden ist. Christen agieren in der Verantwortung vor Gott und den Menschen in dieser Welt, jeder an seinem Platz. Der Abschlussgottesdienst am Sonntag in der Heinrich-Kemner-Halle unterstrich das.

Die Tagung wurde trotz der geringen Anzahl von ca. 30-40 Teilnehmern durchgeführt, was einen intensiven persönlichen Austausch ermöglichte. Ich frage mich andererseits: Sollte die große Diskrepanz von geplanter und tatsächlicher Teilnehmerzahl auch etwas über die Wertigkeit der Thematik für Christen aussagen? Im neuen Programmheft 2023 des GRZ Krelingen ist eine Veranstaltung zum Thema „Christ und Politik“ leider nicht mehr zu finden.

Uns wurde die Möglichkeit gegeben, Info-Material von Bündnis C auszulegen. Viele Teilnehmer haben Schriften zum Lesen mitgenommen, obschon wir mitbekamen, dass ein Großteil den etablierten Parteien zuzuordnen war.



Annegret  
Spilker

Beisitzerin  
Landesvorstand  
Niedersachsen

## Aus den Landesverbänden

### Niedersachsen

#### Wahlkampf für die Landtagswahl am 9. Oktober 2022

Zunächst haben wir als Mitglieder von Bündnis C in Niedersachsen ab Juni 2022 Unterstützungsunterschriften gesammelt, das Ziel: 2000. Der 1.8.2022 um 18:00 Uhr war der letzte Abgabetermin. Trotz unseres Eifers, Bemühungen und Anstrengungen sind wir nur auf 1017 Unterstützungsunterschriften gekommen. Es gab nur wenige Gemeinden, die uns das Sammeln bei ihnen erlaubt haben. Der Rest war harte Arbeit, von Haus zu Haus zu gehen mit etlichen Ablehnungen und einigen Unterschriften. Im Freundeskreis war es einfacher, an die Unterschriften zu kommen. Meine 105 Unterschriften für die Direktkandidatur im Wahlkreis 74 Melle habe ich durch kontinuierliches Gehen gut zusammen gekriegt.

Dann ging es ans Plakate aufhängen: 40 in Melle mit den Nebenorten, 70 in Bad Essen, Dissen, Hilter und Bissendorf, zusätzlich noch 30 Papierplakate. 3000 Flyer wurden 14 Tage vor der Wahl in unserem Dorfblatt, dem Bad Essener „Lindenblatt“ in die umliegenden Haushalte verteilt. An zwei Infoständen kurz vor der Wahl in Bad Essen haben wir Flyer verteilt und hatten einige Kurzgespräche. Drei Artikel von uns konnten wir im „Lindenblatt“ platzieren (Bibel & Politik, Ziele Parteiprogramm Bündnis C und Stellungnahme zu Corona). Den NDR-Faktencheck mit Videoaufnahmen haben wir mitgemacht und Wahlswiper 60 Fragen beantwortet. Das war, was wir schaffen konnten. Ich habe immer wieder gebetet, Herr, gib mir viele Stimmen, so viele wie möglich. Bei anderen Wahlen hatte ich meist 0,2 % der Stimmen, jetzt bin ich auf 0,5 % gekommen, eine Steigerung von 150 %. Lobe den HERRN. Darüber habe ich mich sehr gefreut. Das gibt mir Motivation und Mut, weiterzumachen und weiterzukämpfen.

Nun wird es unsere Beschäftigung sein, im Bündnis C Kreisvorstand Osnabrück Stadt und Land mit Freikirchen in Kontakt zu kommen. Wir gehen in die Gottesdienste alle 4-5 Wochen und sprechen im Anschluss mit einem der Leiter über das Zusammengehören von Christ und Politik, wie wichtig es ist, dass christliche Werte in die Politik kommen. Vielleicht öffnet sich der eine oder andere Pastor dafür, dass die Mitglieder uns Unterstützungsunterschriften geben bei der nächsten

Wahl. In einer Gemeinde hatten wir bereits Erfolg. Ein zweites, ich fange an dafür zu beten, dass wir junge Leute in Bündnis C hineinbekommen, dass kein Loch entsteht, wenn die Alten allmählich abtreten. Das dritte Anliegen ist es für mich und auch für uns im Landesverband Niedersachsen, Kreisverbände zu gründen, um vor Ort in die Kommunen zu kommen. Keine Kleinigkeit. Es gibt kein Patentrezept für diese Ambitionen, außer dass wir uns konkret vom Heiligen Geist führen lassen. Ein Gedanke, der mir gerade noch kommt, ist aktuelle, thematische Bündnis C-Vorträge anzubieten, die allerdings einer intensiven Vorbereitung bedürfen.

Der HERR helfe uns, Stück für Stück diese Ziele zu erreichen.



Hermann  
Bohnenkamp

Stellvertretender  
Landesvorsitzender  
Niedersachsen

### Schleswig-Holstein

#### Kommunalwahl 2023 in Schleswig-Holstein

Der Landesverband Schleswig-Holstein bereitet sich auf die Kommunalwahl am 14. Mai 2023 vor.

Hierzu findet am 14. Januar 2023 um 11 Uhr ein Aufstellungsparteitag in den Räumen der EFG Quickborn statt. Zur Vorbereitung hat der Vorstand beschlossen, die Mitglieder zu den wichtigsten politischen Themenfeldern zu befragen.

Der Fragebogen wird auf die Homepage des Landesverbandes gestellt. Wer keinen Zugang zum Internet hat, kann gerne telefonisch, per E-Mail oder Post zu den Themenfeldern seine Meinung äußern. Uns interessiert Ihre Meinung zu folgenden Themen:

1. Sollen weitere Schulden 2023 zu Lasten der nächsten Generationen gemacht werden?

2. Sollen Waffenlieferungen von Deutschland an die Ukraine erfolgen?
3. Sind Sie für die Einführung eines Bürgergeldes 2023?
4. Sind Sie dafür, dass die Kernkraftwerke weiter betrieben werden?
5. Soll die Nato um weitere Staaten erweitert werden?
6. Sind Sie für die Genderpolitik der Bundesregierung?

Die Parteimitglieder bekommen mit der Einladung zum Aufstellungsparteitag im Januar 2023 die Fragen in ausführlicher Form zugesandt. Wir freuen uns auch über alle Anregungen für die Kommunalpolitik, denn wir haben herausfordernde Zeiten, denen wir uns mit Gottes Hilfe stellen wollen und mit seinem Segen rechnen.



#### NACHRUF

Am 15.11.2022 ist schnell und unerwartet zu seinem himmlischen Vater heimgegangen

#### **Claus Bolz**

geb. 04.05.1948 gest. 15.11.2022

Claus Bolz war mehrere Jahre im aktiven Einsatz für die Partei Bibeltreuer Christen, einer der Vorgängerparteien von Bündnis C – Christen für Deutschland. 2021 trat er als Mitglied in den Landesverband von Bündnis C Schleswig-Holstein ein. Claus Bolz war durch seine ruhige, liebevolle und zugewandte Art eine Bereicherung für unseren Landesverband.

Er lebt in unseren Herzen weiter und wir freuen uns auf ein Wiedersehen in seinem himmlischen Zuhause.

In stillem Gedenken  
Der Landesvorstand von Bündnis C –  
Christen für Deutschland Schleswig-Holstein

## Bayern

### Landesparteitag in München

Der Landesparteitag fand am Samstag, den 29.10.2022 in den Räumen von „MMA & Combat Munich“ in München statt. Es war ein öffentlicher Mitgliederparteitag, elf stimmberechtigte Mitglieder waren anwesend.

Der Landesvorstand berichtete über das vergangene Jahr. So traten zur Bundestagswahl Verena Thümmel im Wahlkreis Hof-Wunsiedel und Horst Wodarz in München Ost als Direktkandidaten an. Auch als Landesverband mit acht Kandidaten konnten wir einige Stimmen auf uns vereinen, aber über 1 % kamen wir nicht hinaus. Dennoch war es gut, wichtige Erfahrungen im Wahlkampf zu sammeln.

Gern würden wir auch zur Landtagswahl 2023 hier in Bayern antreten. Im weiteren Verlauf des Parteitages wurde über diese Entscheidung diskutiert und man kam zum Entschluss, nicht zur Wahl anzutreten. Aufgrund der zu hohen Hürde von 8277 (!) zu sammelnden Unterstützungsunterschriften (plus zusätzlicher Splittung auf die einzelnen Regierungsbezirke) ist der Aufwand gegenüber zu wenig Mitgliedern im Landesverband deutlich zu hoch.

Hauptaugenmerk soll demzufolge in den nächsten Monaten auf Mitgliedergewinnung, Mitgliederbetreuung (z. B. regelmäßige Zoom-Treffen) und verstärkter Medienarbeit (neue Kampagnen, auch z. B. über TikTok) liegen.

Unser bisheriger Schatzmeister und dessen Stellvertreter stehen in der Zukunft nicht mehr zur Verfügung. Somit war eine Neuwahl nötig. Als neuer Schatzmeister wird Naim Kasniqi diese Aufgabe übernehmen. Wir wünschen ihm viel Erfolg dabei!

Für die Entsendung von Delegierten zu den Bundesparteitag wurden aufgrund der Mitgliederentwicklung in Bayern drei Ersatzdelegierte neu gewählt, so



dass wir als Landesverband möglichst viele stimmberechtigte Mitglieder schicken können.

Michael Krug (Beisitzer im Landesvorstand) und Norbert Höhl (Gast aus dem LV Hessen) berichteten von ihrer Teilnahme am Lebensrechtskongress auf dem „Schönblick“ in Schwäbisch Gmünd und warben um verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Landesverbänden, was dieses wichtige Thema betrifft.

Im Anschluss an den Landesparteitag fand für alle Interessierten und Mitglieder des Bezirks Oberfranken ein gemeinsamer Austausch zur parteipolitischen Zukunft in der Region statt. Man einigte sich darauf, die Gründung eines neuen Gebiets-/Bezirksverbandes nicht zu überstürzen, aber gezielt darauf hinzuarbeiten.



Der neue Landesvorstand Hessen

Innerhalb des letzten Jahres konnte Bündnis C einige neue Mitglieder willkommen heißen. Christian Kast hat von der FDP durch seinen Glauben zu Bündnis C gewechselt und übernimmt nun einige Aufgaben. Es gibt ein neues Public Relation Team, welches aus Andrea Rehwald, Norbert Höhl, Alain Kaffo, Christian Kast und Sascha Feuring besteht.

Abschließend gab die alte und neue Vorsitzende Andrea Rehwald einen kurzen Ausblick auf die geplanten Aktivitäten der Partei im laufenden Jahr. Sie wies auf die anstehende Landtagswahl 2023 hin und sprach sich für das Ziel aus, eine Landesliste und für alle Wahlbezirke eine/n Direktkandidaten/in aufzustellen. Dazu wird es noch einen Sonderparteitag geben.

Am Ende des Parteitages hielt Michael Heilmann einen Vortrag zum Thema Windräder. Er hat die Vor- und Nachteile darstellt, den IST-Zustand referiert sowie die verschiedenen Sichtweisen erläutert. Michael lenkte den Blick der Anwesenden auf die Tatsache, dass die Erstellung, Genehmigung, der Betrieb wie auch die schlussendliche Entsorgung der Windräder nicht so einfach sind, wie vielfach dargestellt.

Wir freuen uns darauf, Sie wiederzusehen, und auf neue Mitglieder und Interessenten, um mit Ihnen gemeinsam Ideen und Strategien für Bündnis C zu entwerfen und umzusetzen. Dazu melden Sie sich gerne bei uns ([pr-hessen@buendnis-c.de](mailto:pr-hessen@buendnis-c.de)).



Matthias Thümmel

Landesverband Bayern

## Hessen

### Landesparteitag in Fulda

Der Landesparteitag von Bündnis C Hessen fand am 10.09.2022 von 14.00 Uhr bis ca. 18.00 Uhr in der Jesus Haus Gemeinde in Fulda statt. Der Parteitag fand als öffentlicher Mitgliederparteitag statt, es waren alle anwesenden Mitglieder stimmberechtigt. Gäste und Interessenten für Bündnis C wurden herzlich willkommen geheißen. Neben den Wahlen zum neuen Landesvorstand standen Informationen zu anstehenden Wahlen auf Landesebene an.

Als Landesvorsitzende wurde Andrea Rehwald wiedergewählt. Die Stellvertretung wurde mit Norbert Höhl und Edith Hoffmeister besetzt. Zur neuen Schatzmeisterin wurde Ute Stähling bestellt. Als Beisitzer wurden in den Vorstand gewählt: Sascha Feuring, Michael Heilmann, Jenifer Idahosa, Alain Kaffo, Christian Karst, Reinhard Lehmann und Dieter Rühl. Als Delegierte zum Bundesparteitag wurden Sascha Feuring, Michael Heilmann und Alain Kaffo gewählt.



Sacha Feuring

Beisitzer  
Landesvorstand  
Hessen

## Gründung Kreisverband Darmstadt-Dieburg

Die Partei Bündnis C hat nun auch einen Kreisverband in Darmstadt-Dieburg: Am 05.11.2022 ist in Pfungstadt der Verband gegründet und ein Vorstand gewählt worden. Den Vorsitz übernimmt Christian Kast aus Pfungstadt. Christine Törner-Roos aus Groß-Umstadt übernimmt das Amt der Stellvertretenden Kreisvorsitzenden. Als Schatzmeister ist Reinhard Lehmann aus Roßdorf gewählt. Im Fokus der künftigen Arbeit des Kreisverbandes wird die kommunalpolitische Verankerung stehen. Dazu wird vom Vorstand und den Mitgliedern in den nächsten Monaten ein auf die Region zugeschnittenes Kommunalprogramm erarbeitet. Die Mitglieder und Interessierten sind dabei eingeladen, ihre Vorstellungen bei den regelmäßigen Treffen einzubringen. Mein besonderer Dank gilt Andrea Rehwald, Dr. Norbert Höhl sowie Sascha Feuring, die die Gründung des Kreisverbandes Darmstadt-Dieburg ermöglicht haben.



## Landesliste für die Landtagswahl 2023

2023 ist in Hessen wieder Landtagswahl. In Vorbereitung auf die Wahl trafen sich die Mitglieder des Landesverbandes Hessen am 24.09.2022 in Fulda in der Jesus-Haus-Gemeinde, um die Landesliste aufzustellen.

Trotzdem der Sonderparteitag so kurz nach dem regulären Parteitag angesetzt war, kamen viele interessierte Mitglieder. Zu Beginn wurde Gott das vorzubereitende Anliegen im Gebet dargebracht. In Vorbereitung auf die noch zu wählenden Direktkandidaten erklärte Norbert Höhl das Ausfüllen der Unterlagen und die Wichtigkeit der Einhaltung der Regularien genau und ausführlich.

Dann wurde die Landesliste aufgestellt. Es gab eine Vielzahl an Bewerbern. Auch schriftliche Bewerbungen von Mitgliedern, die zur Ehre Gottes die Liste um Ihren Namen verlängert sehen wollten, gingen im Vorfeld ein. Am Ende des Tages wurde eine Landesliste mit mehr als 40 Namen aufgestellt. Als Spitzenkandidaten wurden Andrea Rehwald, Dr. Norbert Höhl, Edith Hoffmeister und Alain Kaffo Tallaffo gewählt.

Norbert Höhl wurde damit beauftragt, den Landeswahlleiter über die Aufstellung der Landesliste zu informieren und die Zusendung der Formulare für die Unterstützungsunterschriften zu beantragen. Das Formblatt liegt auch digital vor und kann gern unter der E-Mail-Adresse: [lavo-he@buendnis-c.de](mailto:lavo-he@buendnis-c.de) zum Ausfüllen und Weitergeben angefordert werden. Für die Zulassung zur Landtagswahl werden wieder 1000 Unterstützungsunterschriften benötigt. Die Veröffentlichung auf der Homepage des Landesverbandes Hessen ist zeitnah geplant.

Am Ende des Parteitages gaben Andrea Rehwald und Norbert Höhl einen Ausblick auf die kommenden Monate. Unter anderem wurde angesprochen, dass der Landesverband Hessen neben der Landesliste auch möglichst viele Direktkandidaten in den einzelnen Wahlkreisen ins Rennen schicken möchte. Dafür brauchen wir neben den Kandidaten auch viele treue Beter.

Wir danken für die Kandidaten, die sich haben aufstellen lassen, und für den friedlichen und konstruktiven Ablauf des Sonderparteitages. Und wir beten um viele Direktkandidaten, dass die 1000 Unterstützerunterschriften erreicht werden, um viele Helfer für Aktionen rund um die Wahl und viele Beter für den Landesverband.



## Baden-Württemberg

### Landesparteitag in Karlsruhe

Am Samstag, 29. Oktober 2022 fand in Karlsruhe der Landesparteitag Baden-Württemberg von Bündnis C statt. Herr Jürgen Graalfs, unser Vorsitzender, konnte 18 Mitglieder und vier Gäste begrüßen. Dieses Mal standen keine Wahlen auf dem Programm. So konnten wir uns auf Sachthemen, Gespräche und Arbeitsgruppen konzentrieren. Es herrschte eine offene und liebevolle Atmosphäre.

Pfarrer Andreas Haller stellte schon am Anfang mit seiner Andacht die Weichen in die richtige Richtung: „Gott ist der Schöpfer und Erhalter der Erde. Das heißt, nicht der Mensch kann und muss es richten. Der Mensch soll im Rahmen der Gaben und der Verantwortung, die ihm Gott gegeben hat, die Schöpfung bebauen und bewahren. Jesus spricht von Zeichen, die geschehen werden. Wenn wir diese sehen, dürfen wir unsere Häupter erheben, denn es naht sich unsere Erlösung.“

Der Vorstandsbericht von Jürgen Graalfs war hochinteressant. Zunächst gab er anhand von drei Beispielen (Energie-, Finanz- und Verteidigungspolitik) eine gute Analyse der aktuellen politischen Entscheidungen. Jürgen Graalfs betonte, dass das Fehlen stabiler Werte zu vielen verfehlten politischen Weichenstellungen führt.

In der praktischen Parteiarbeit hob Herr Graalfs die gute und verlässliche Arbeit unserer Landesverbands-Assistentin Frau Miriam Gräber hervor. Mit ihr haben der Vorstand, alle Mitglieder und Interessierte eine kompetente Ansprechpartnerin bei Bündnis C. Als Landesvorstand haben wir uns regelmäßig per Videokonferenz getroffen. Wir starteten auch eine monatliche Online-Veranstaltung für unsere Mitglieder und

Gäste. Zum Schluss hob Herr Graalfs noch hervor, dass wir als Vorstandsmitglieder immer montags für die Anliegen von Bündnis C, jeder an seinem Platz, beten. Dabei kann jeder mitmachen. Norbert Giessler, unser Schatzmeister, konnte uns bescheinigen, dass wir mit einem kleinen Budget effektiv gewirtschaftet haben. Für unsere Parteiarbeit sind jedoch größere und kleinere Spenden notwendig und sehr willkommen.

Als Highlight des Tages hörten wir den Vortrag von Kathleen Engelhardt zum Thema Lebensschutz. Frau Engelhardt ist Vertreterin von „Kaleb“, einer überkonfessionellen und überparteilichen Lebensrechtvereinigung. Sie gab uns einen gut recherchierten Überblick über den Umgang mit ungewollten Schwangerschaften in der Antike bis heute. Das hatten viele von uns so noch nicht gehört. Wir erfuhren auch über die Beratungspraxis und Hilfe, die Kaleb Frauen in schwierigen Schwangerschaftssituationen anbietet. Zum Schluss empfahl sie uns das Buch von Nancy R. Pearcey: Liebe deinen Körper. Sexualität, Gender und Ethik aus Sicht von Medien, Politik und Bibel (2019 Betanien Verlag). Darüber hinaus wurden wir von ihr durch die Übergabe von zwei Exemplaren des Buches „Lebensrecht“ von Alexandra Maria Linder geehrt. Diese können über die Geschäftsstelle ausgeliehen werden.

Nach einer Mittagspause, in der wir uns durch Pizza stärkten, teilten wir uns in vier Arbeitsgruppen auf. Die Gesprächsthemen lauteten:

- Die Aufgabe von Politik in Krisenzeiten
- Lebensschutz
- Energiewende gescheitert?!
- Was mir an Bündnis C fehlt

In diesen Kleingruppen kam jeder zu Wort. Es wurde lebhaft diskutiert und 40 Minuten waren schnell vorbei.



Im Plenum trug dann jeweils ein Sprecher das Wichtigste aus seiner Gruppe vor.

Der Parteitag wurde von unserem Vorsitzenden Jürgen Graalfs mit einem Gebet beendet. Zufrieden, gestärkt, fröhlich und Gott dankbar reisten die Teilnehmer nach Hause zu ihren verschiedenen Wohnorten in Baden-Württemberg.

Dr. Rainer  
Simon

Stellvertretender  
Landesvorsitzender  
Baden-Württemberg



#### Arbeitsgruppe: Erwartungen an Politiker in Krisenzeiten

Mit diesem Thema beschäftigte sich am Landesparteitag 2022 ein kleines Team von fünf Parteitagsteilnehmern. Es ging darum festzuhalten, was aus unserer Sicht der Fokus politischer Arbeit insbesondere in Zeiten von Krisen sein sollte.

Wir stellten eingangs fest, dass Krisenfestigkeit stets verbunden ist mit Glaubensfestigkeit. Wenn wir uns unserer Geborgenheit und Würde in Gott bewusst sind, gehen wir mit Krisen anders um, als wenn wir uns von Krisen getrieben und geängstigt fühlen. Glaubensfestigkeit aber bedeutet nichts anderes als das unerschütterliche Stehen auf einem festen und unveränderlichen Wertefundament.

Diese Basis braucht es, wenn wir Vertrauen vermitteln und Vorbild geben wollen. Nur auf dieser Basis sind wir fähig, Zuversicht und Hoffnung glaubwürdig zu vermitteln, uns als vertrauenswürdig zu erweisen und Ehrlichkeit und Transparenz (auch in unseren Fehlern) zu zeigen. All das sind Eigenschaften, die wir uns besonders in Krisenzeiten von Politikern wünschen. Krisen gab es immer und wird es immer wieder geben. Politik aber wird nicht mit Angst gemacht. Ängste zu schüren heißt, das Land und seine Bevölkerung zu spalten. Stattdessen sollte Politik davon beseelt sein, Zusammenhalt, Eigenverantwortung und Eigeninitiative zu fördern und wo nötig einschränkende Regularien abstatt aufzubauen. Das schafft am Ende Volksnähe und

Vertrauen bei Wählerinnen und Wählern, den Auftraggebern der Politiker.

Allerdings bedingt dies auch, dass Entscheidungsfindungsprozesse transparent und mit der nötigen Fachlichkeit und Sachlichkeit geführt werden. Im Rat vieler liegt Weisheit, lesen wir in den Sprüchen Salomos. Beratung durch unabhängige Fachgremien ist unerlässlich, wollen wir immer wieder neue Krisen wirklich gemeinsam überwinden. Unabhängigkeit aber wird nicht erreicht durch den Zuzug von Lobbyisten oder parteinahen Stiftungen. Wir fragten uns auch, wie unabhängig Lehre und Forschung in Deutschland noch sein können, da sie doch in grossem Maß von unterschiedlichsten Geldgebern aus Partei- und Wirtschaftslandschaften abhängen. Hier sehen wir ein weiteres wichtiges Handlungsfeld für unsere politische Arbeit.

Erreichen wir, dass Politik und Politiker wieder als vertrauenswürdig, ehrlich, transparent und aufrichtig wahrgenommen werden, dann sind sie auch legitimiert, diese Grundwerte zurück in unsere Gesellschaft hinein – quasi als Vorbild – zu vermitteln.

Wir wehren uns dagegen, dass Politik immer wieder auf dem Fundament von Angstmacherei betrieben wird. Und wir appellieren an unsere Vertreter in den gewählten Parlamenten, sich zurückzubedenken auf die genannten Grundwerte von Ehrlichkeit, Transparenz und einem offenen Umgang mit Fehlern. Wir appellieren, statt Ängste zu schüren und zwanghaft einen „Zusammenhalt“ in der Bevölkerung herbeizureden, Hoffnung und Zuversicht zu fördern und durch eigenes Vorbild den Zusammenhalt und ein „Füreinander“ in der Bevölkerung.

Zu guter Letzt erinnerten wir uns an Matthäus 6,34: „So seid nun nicht besorgt um den morgigen Tag! Denn der morgige Tag wird für sich selbst sorgen. Jeder Tag hat an seinem Übel genug“. Oder wie Luther gesagt haben soll: Wenn morgen die Welt unterginge, würde ich heute noch ein Apfelbäumchen pflanzen.

Jürgen Graalfs

Landesvorsitzender  
Baden-Württemberg



## Online-Treffen Berlin-Brandenburg

Am Freitag, 14.10.2022 wurde zu einem Online-Treffen mit Brandenburger und Berliner Mitgliedern und Interessenten eingeladen. Nach dem Eingangsgebet führte Herr Hans-Jürgen Brozio von God@Work in das Thema „Fundamente“ ein. Er kommt ursprünglich aus dem technischen Bereich. Insofern verglich er das Fundament für eine christliche Partei mit dem eines Hauses, das aus Beton (Grundsubstanz) und Bewehrung (Stahl gibt Festigkeit) besteht. Für Bündnis C bedeutet das Fundament der Glaube an Jesus Christus und der Wille, nach Gottes Weisungen zu handeln.

Für das gesamte Lebenskonzept eines Menschen und damit auch einer Nation gibt die Bibel Anweisungen. Das beginnt bereits im Kleinen, in jedem Liebesdienst an unseren Nächsten, und führt weiter in die Politik, dass jede Maßnahme zum Wohle des Volkes dient in Verantwortung vor Gott. Festgestellt wurde, dass in zunehmendem Maße von den Politikern Gott nicht mehr als maßgebende Instanz angesehen wird und dass Bündnis C hier verstärkt wirken muss.

Aus zeitlichen Gründen war eine Vorstellungsrunde ans Ende des Internet-Treffens gestellt. Die Teilnehmer berichteten aus dem eigenen und privaten Bereich, beruflich und zum Teil auch sehr persönlich. Fragen wurden gestellt und beantwortet: Wieviel Mitglieder gibt es zurzeit in dem jeweiligen Bundesland? Was gehört zur Gründung eines Landesverbandes? Wie kann Kontakt untereinander gehalten werden und wann findet das nächste Treffen statt?

Leider konnten nur wenige teilnehmen, was möglicherweise an der Technik lag oder weil die Zeit an einem Freitagabend nicht optimal gewählt war. Es wäre schön, wenn sich diejenigen melden, die nicht teilnehmen konnten, weil der Termin nicht passte oder sie mit der Technik Schwierigkeiten hatten. In jedem Fall werden Treffen in kürzerer Reihenfolge fortgesetzt mit dem Ziel, sich dann auch persönlich zu treffen. Die Zeit ist reif!

Ute Büschkens-  
Schmidt

Stellvertretende  
Bundesvorsitzende



## Offener Brief an den FIFA-Präsidenten Gianni Infantino

Sehr geehrter Herr Infantino,

am 20.11.2022 haben Sie in Ihrer Rede die ganze Welt daran teilhaben lassen, wie sie sich an manchen Tagen fühlen. Zur Erinnerung: mal als Katarer, mal als Araber, mal als Afrikaner, mal als Gastarbeiter mal als .... Leider haben Sie der Welt nicht mitgeteilt, was Sie oder die FIFA für Gefühle haben, wenn Sie an die Menschen denken, die in Katar ausgebeutet wurden und werden. Wir haben auch nicht gehört, welche Gefühle Sie haben, wenn Sie an die Angehörigen denken, die einen Ihrer Lieben in Katar durch schlechte Arbeitsbedingungen verloren haben.

Stattdessen erinnern Sie Europa an seine 3000-jährige Vergangenheit und an seine Menschenrechtsverletzungen. Ich hoffe sehr, dass weder Europa noch wir Deutschen vergessen, welche Verbrechen in der Vergangenheit von unserem Kontinent und unserem Land ausgegangen sind. Aber soll das bedeuten, weil wir so viele Verbrechen begangen haben, dürfen jetzt die anderen auch mal, und die Welt hat den Mund zu halten?

Nein, Herr Infantino, das kann nicht sein. Auch Ihre Aufforderung, Katar und andere Mitverantwortliche nicht anzuklagen, sondern stattdessen Sie allein für alle Fehler und Missstände zu kreuzigen, ist ein weiteres Zeichen Ihrer maßlosen Überheblichkeit. Es sieht gerade so aus, als sähen Sie gewisse Parallelen zwischen Jesus Christus und sich. Haben Sie auch nur eine Sekunde daran gedacht, wie Ihr Vergleichsversuch bei den 2,5 Milliarden Christen weltweit ankommt? Ich persönlich finde Ihr Angebot widerlich.

Für mich ist es nicht verwunderlich, dass man bereits im öffentlich-rechtlichen Fernsehen über die mafiotischen Strukturen bei der Fifa spricht. Es bleibt nur zu hoffen, dass so viel Menschen wie noch nie durch diese Fußball-Weltmeisterschaft in Katar das hässliche Gesicht des schnöden Mammon erkennen. Da auch ich, wie viele Menschen weltweit, den Fußball liebe, würde ich mich freuen, wenn der Sport wieder die Hauptsache wäre und nicht das Geld.

Für Ihre Zukunft wünsche ich Ihnen, dass Sie erkennen, was wahre Werte sind.

Mit freundlichen Grüßen

*Mathias Scheuschner*  
Bundesschatzmeister

## Petition „Hände weg vom Berliner Stadtschloss!“

Kulturstaatsministerin Claudia Roth plant, den Schriftzug am Berliner Stadtschloss zu verdecken: „Es ist in keinem andern Heil, (...) denn in dem Namen Jesu, zur Ehre Gottes des Vaters. Dass in dem Namen Jesu sich beugen sollen aller derer Knie, die im Himmel und auf Erden und unter der Erde sind.“

Die staatliche „Stiftung Humboldtforum im Berliner Schloss“ hat bereits neben der Kuppel auf der Dachterrasse eine Tafel aufgestellt mit dem Text: „Alle Institutionen im Humboldt Forum distanzieren sich ausdrücklich von dem Alleingültigkeits- und Herrschaftsanspruch des Christentums, den die Inschrift zum Ausdruck bringt.“

Das Stadtschloss und Berlin als deutsche Hauptstadt sind zum Kampfplatz linksgrüner, antichristlicher Regierungs- und Kulturpolitik geworden. Wer mit viel Aufwand ein königliches Schloss wiederaufbauen lässt, gleichzeitig aber dessen geistig-historischen Hintergrund auslöschen will, agiert vergleichsweise diktatorisch wie die DDR-Führung, die 1950 das Original sprengen ließ. Es geht bei Denkmälern eben nicht nur um erhaltenswerte Bausubstanz, sondern um historische Werke mit ihrer Botschaft. Mit der Beseitigung geistigen Eigentums werden zugleich Extremisten ermutigt, Kultur und Kunstschätze zu zerstören.

Die Inschrift an der Schlosskuppel ist offen für Gott und die Welt, diskriminiert niemanden und proklamiert keinen Gottesstaat. Aus dem Bibelzitat leitet sich kein Herrschaftsanspruch des Christentums ab, sondern dass jeder Mensch vor Gott rechenschaftspflichtig ist, auch unsere Regierung. Es bezeugt zugleich die Freiheit von menschlicher Herrschaft, wie sie mit Zensur und Geschichtsvergessenheit ausgeübt wird.

Das Neutralitätsprinzip des Staates bedeutet Gleichbehandlung von Weltanschauungen und nicht, sie auszulöschen oder Unglauben zu privilegieren.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Pläne von Kulturstaatsministerin Roth zu beenden und sich zu unserem geistigen, materiellen und immateriellen Erbe zu stellen.

**Bitte unterzeichnen Sie hier die Petition:**

<https://citizengo.org/de/pt/209409-haende-weg-vom-berliner-stadtschloss>

**CITIZENGO** Über uns Petitionerfolge Spenden Mitgliedschaft Deutsch Petition entwerfen

# Hände weg vom Berliner Stadtschloss!

**19.371 haben unterzeichnet. Lassen Sie uns 20.000 erreichen!**

E-Mail \*

Halten Sie mich bitte über diese und andere Kampagnen von Bündnis C - Christen für Deutschland auf dem Laufenden.

**Unterzeichnen**

**Hände weg vom Berliner Stadtschloss!**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

sehr geehrte Frau Staatsministerin Roth,

Sie planen, den Schriftzug am Berliner Stadtschloss zu verdecken: „Es ist in keinem andern Heil, (...) denn in dem Namen Jesu, zur Ehre Gottes des Vaters. Dass in dem Namen Jesu sich beugen sollen aller derer Knie, die im Himmel und auf Erden und unter der Erde sind.“

Die staatliche „Stiftung Humboldtforum im Berliner Schloss“ hat bereits neben der Kuppel auf der Dachterrasse eine Tafel aufgestellt mit dem Text: „Alle Institutionen im Humboldt Forum distanzieren sich ausdrücklich von dem Alleingültigkeits- und Herrschaftsanspruch des Christentums, den die Inschrift zum Ausdruck bringt.“

**EINDRUCK – da**

Bündnis C - Chr... hat diese Petition gestartet an Bundeskanzler Olaf Scholz und Kulturstaatsministerin Roth - Don, 03.11.2022 - 13:38 Uhr

## Arbeitsgruppe Lebensschutz

Auf dem Bundesparteitag wurde die Bildung einer Arbeitsgruppe Lebensschutz angeregt, mit dem Ziel, zum Thema auch öffentlichkeitswirksam zu werden. Beim Landesparteitag Baden-Württemberg erarbeitete eine Arbeitsgruppe die folgende Stellungnahme. Wir drucken diese als Impuls für eine bundesweite Arbeitsgruppe ab. Wer in dieser Gruppe mitarbeiten möchte, melde sein Interesse bitte bei der Bundesgeschäftsstelle.

Die Arbeitsgruppe „Lebensschutz“ des Landesparteitages befasste sich mit den „Humanistischen Positionen und Argumenten gegen die jetzigen Strafbestimmungen zum Schwangerschaftsabbruch“<sup>1</sup>, die der Delegiertenrat des Humanistischen Verbands Deutschland (HDV) am 8.10.2022 verabschiedet hat.

Auf den ersten Blick liest sich der Text recht sachlich. Eine totale Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs lehnt der Verband ab, da es sich ja immerhin um werdendes menschliches Leben handelt. Unstrittig achtet der Verband das Lebensrecht des geborenen Säuglings, geht aber davon aus, dass *„die Zygote und der frühe Embryo noch nicht über die menschlichen Eigenschaften verfügen, die einen unbedingten moralischen Schutzstatus erfordern“*.

Auf den zweiten Blick offenbarten sich uns einige **Schwachpunkte des Textes**:

- Wissenschaftlich falsche oder ungenaue Beschreibung der Embryonalentwicklung:
  - *„die Zygote hat das Potential, sich zu einem Mitmenschen zu entwickeln“*: die Zygote entwickelt sich nicht **zum** Menschen, sondern **als** Mensch. Das bedeutet, aus einer befruchteten Eizelle wird niemals etwas anderes werden als der durch die individuelle Mischung seiner Gene „codierte“ Mensch mit ebendieser Haarfarbe, Augenfarbe, Blutgruppe, Geschlecht, gesundheitlichen Konstitution usw.
  - *„Humanist\*innen (...) gehen (...) davon aus, dass die Zygote (...) noch nicht über die menschlichen Eigenschaften verfüg(t)“* und erkennen in *„gewollten Schwangerschaften einen hohen moralischen Wert, der durch den Kinderwunsch (...) begründet [ist]. (...) diese Zuschreibung [ist] subjektiv (...)“*:

<sup>1</sup> <https://humanismus.de/wp-content/uploads/2022/10/Positionen-des-HVD-zum-Schwangerschaftsabbruch.pdf>



Es wird hier der Eindruck erweckt, als liege der Wert eines Menschen vor seiner Geburt nicht in sich selbst, sondern werde ihm erst durch andere Menschen gegeben. Außerdem fehlt eine wissenschaftliche Definition. „... gehen davon aus“ ist keine Vokabel für empirisch gesicherte Erkenntnisse, die man für ein Thema dieser Tragweite erwarten muss.

- Tendenziöse Wortwahl bei der Erwähnung Andersdenkender:
  - *„religiöse Dogmatik“*, *„aggressive Einschüchterungsaktionen durch (...) radikale(r) Gegner\*innen“* und *„ein moralischer Konflikt zwischen Frau und Embryo oder Fötus [wird] konstatiert“*: Die Aussagen erwecken den Eindruck, dass auf dieser Seite keine Rationalität vorhanden ist. Dies wird aber nicht näher erklärt.
  - *„feministische (...) „Pro-Choice“-Anhänger\*innen (...) erwecken den Eindruck ...“*: Dieser Gruppe wird zwar auch nicht uneingeschränkt recht gegeben, aber immerhin werden ihre Forderungen als vernünftig und grundsätzlich „zu Recht“ beschrieben.
- Es fällt auf, dass niemals von Mutter und Kind gesprochen wird, sondern nur von Frau und Embryo bzw. Fötus oder „werdendem“ oder „entstehendem Leben“. Natürlich spiegelt sich hierin die Denkvoraussetzung des humanistischen Ansatzes wider und ist deswegen als folgerichtig anzusehen.

- Falsche Schlussfolgerungen: z. B. aus der Tatsache, dass unter gewissen Umständen Spätabtreibungen bis zum Eintreten der Wehen rechtlich geduldet werden, wird als „*ethisch und medizinrechtlich paradox*“ gefolgert, „*dass demgegenüber für einen wenige Zentimeter großen Embryo grundsätzlicher Lebensschutz gilt*“.

Auch unabhängig unseres Ansatzes als christliche Partei, dass jeder Mensch als Geschöpf Gottes seine Würde und Wert in sich selbst trägt, über die von keinem Menschen verfügt werden darf, finden wir einige Ungereimtheiten und **Widersprüche im humanistischen Ansatz**:

- Es wird (und kann auch nicht) kein Zeitpunkt oder Entwicklungsstadium genannt, ab dem der Mensch Mensch ist und ihm als solchem ein Recht auf Schutz seines Lebens zuerkannt werden muss.
- Der Zeitpunkt, ab wann das Leben zu schützen ist und bis wann darüber verfügt werden darf, kann zum einen nicht klar definiert werden und unterliegt zum anderen dem aktuellen Forschungsstand, der (Mehrheits-)Meinung, dem Wertewandel und der Definition durch Menschen, die selbst nicht betroffen sind, und deren Weltanschauung (denn den abzutreibenden Menschen selbst kann man ja nicht fragen).
- Wenn (was sie anprangern) „*für einen wenige Zentimeter großen Embryo grundsätzlicher Lebensschutz gilt*“, dann hat er ein Leben! Er lebt also und wird bei einer Abtreibung nicht einfach „entfernt“, sondern getötet.
- Wenn der Schutzstatus eines Menschen – ob geboren oder nicht – nur aufgrund einer ethischen Zuschreibung gegeben wird, gibt es keinen objektiven Maßstab. Damit öffnet sich der Willkür Tür und Tor.

Gerade nach den Erfahrungen in unserem Land, in dem eine Gruppe von Menschen sich anmaßte, den Wert anderer Menschen in lebenswert und lebensunwert einzuteilen, befremdet dieser Ansatz zutiefst. Auch wenn die verwendeten Begriffe viel barmherziger und „humaner“ klingen, weht doch unübersehbar der gleiche Geist aus ihnen.

In einem Punkt sind wir uns allerdings einig: Es fehlt eine breite öffentliche Diskussion über dieses wichtige Thema sowohl in der Politik als auch in der Gesellschaft, in der alle Beteiligten mit Wertschätzung und Offenheit behandelt werden. Dem schließen wir uns an.

## Empfehlung

Unser politischer Ansatz sollte im Wesentlichen damit beginnen, die naturwissenschaftlich eindeutige Definition des Embryos als altersentsprechend entwickelten Menschen und seine ab der Befruchtung kontinuierliche Entwicklung, die zu keinem Zeitpunkt eine Zäsur aufweist, wieder bekannt zu machen. Ebenso sollten wir die Willkür, Uneindeutigkeit und Unwissenschaftlichkeit aller Versuche herausstellen, ihm sein Menschsein abzuspochen. Denn wenn der Mensch als solcher anerkannt ist, steht seine Lebensberechtigung weniger zur Debatte.

Dies können wir durch unsere Publikationen und Programmentwürfe tun. Aber jeder einzelne von uns kann in seinem eigenen Umfeld ein Bewusstsein dafür zu schaffen helfen, indem wir die Dinge beim Namen nennen. Hören wir auf, von Abtreibung oder Schwangerschaftsabbruch zu reden, sondern sagen wir „vorgeburtliche Kindstötung“ und „bei jeder Abtreibung stirbt ein Mensch“. Sprechen wir nicht von „Mutter, Vater, Großeltern **werden**“ sondern von „Mutter usw. **sein**“. Stellen wir Fragen, wenn es sich in Alltagsgesprächen ergibt: Wie alt ist ein gerade geborenes Kind? Wie kann es sein, dass einem von seinen Eltern gewollten Kind jegliche medizinische Hilfe zur Verfügung steht, ein nicht gewolltes aber nicht einmal Mensch genannt wird? Was unterscheidet ein soeben geborenes Kind von ihm selbst einen Tag früher? Gibt es ein Leben vor dem ersten Atemzug?

Lernen wir nicht nur von unserem politischen Gegner, sondern viel mehr noch von unserem Gott, dass Worte Macht haben und etwas „schaffen“, und gebrauchen wir unsere Worte weise.



Birgit Graalfs

Landesverband  
Baden-Württemberg

## Bürgergeld: Pro und Kontra

**Das Bürgergeld ist eine Richtungsentscheidung in der Sozialpolitik. Die CDU blockierte die Reform im Bundesrat und die Ampel-Regierung musste Kompromisse eingehen. Wir veröffentlichen hier ein Pro und Kontra zum ursprünglichen Entwurf.**

### PRO: Fördern und Fordern statt Sanktionen

Wer bekommt Bürgergeld

1. Erwerbsfähige Personen ab 15 Jahre
2. Hilfebedürftige unter 15 Jahre und über 65 Jahre
3. Personen, die ihren Lebensunterhalt nicht alleine decken können
4. Personen, deren Leistung nach ALG I auslaufen.

Was ändert sich zum bisher bestehenden System „Hartz IV“

Geplant ist, dass alleinstehende Erwachsene ab dem kommenden Jahr 502,- Euro und Jugendliche 420,- Euro pro Monat erhalten. Das sind etwa 50,- Euro mehr als bisher, der Hartz IV Satz liegt im Moment bei 449,- Euro im Monat. Zudem sollen Arbeitssuchende in Jobcentern künftig weniger Druck ausgesetzt sein.

So werden jetzt innerhalb der ersten sechs Monate nur eingeschränkt Leistungen gekürzt, wenn jemand Termine beim Jobcenter versäumt. Bei Pflichtverletzungen wie Ausschlagen zumutbarer Arbeit soll es im ersten halben Jahr gar keine Sanktionen mehr geben. Geplant ist auch eine Weiterbildungsprämie von 150,- Euro.

Es ist kein Geheimnis, dass zwei Drittel der Langzeitarbeitslosen keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Bundesarbeitsminister Heil widersprach dem Vorwurf, dass das Bürgergeld ohne eigenes Engagement ausgezahlt werde. Das Thema Mitwirkungspflichten bleibt, aber es wird konzentriert, wo es notwendig ist. Vermögen bis zu 60 000 Euro pro Leistungsempfänger und pro Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft 30 000 Euro sind auf den ersten Blick eine unvorstellbar hohe Summe an Schonvermögen in den ersten beiden Jahren des Leistungsbezuges. Auch muss aufgrund einer unangemessen großen Wohnung, nicht sofort ein Wohnungswechsel vorgenommen werden, aber die Kosten für die Heizung werden nicht in voller Höhe gezahlt. Dabei gebe ich zu bedenken, dass bei

der bisherigen Regelung Menschen mit ALG II sofort in die soziale Armut abrutschen konnten, weil sie zunächst all ihr Ersparnis verbrauchen mussten, ehe sie eine Berechtigung zum Leistungsbezug hatten. Das möchte man mit der Neuregelung begrenzen.

### Neue Perspektiven für Menschen ohne Arbeit

Es gibt nicht den erwerbslosen Menschen, sondern man sollte eine Unterscheidung in drei Gruppen vornehmen: Zunächst die Menschen ohne Schul- und/oder Berufsabschluss, dann die Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und insbesondere mit psychischen Erkrankungen und die Gruppe der Alleinerziehenden, die ständig mehr werden. Ohne es zu kommentieren, erkennt jeder, dass es sich um „Problemfälle“ handelt. Der Job sollte zum betreffenden Menschen passen, gerade auch im Hinblick auf die individuelle Situation. Wenn wir es also zukünftig schaffen, für Erwerbslose den richtigen Job zu finden, kann der sogenannte Drehtüreffekt (Jobs werden ebenso schnell wieder aufgegeben, wie sie angenommen wurden) reduziert werden. Dahin passt für mich auch der Gedanke, dass Erwerbslose mehr Weiterbildung erhalten sollen.

Menschen, die lange aus dem Arbeitsprozess raus sind, haben ungleich schwerere Bedingungen als Menschen mit guten Bildungsabschlüssen, qualifizierten Berufen, einer stabilen Gesundheit, und das muss bei der Bewertung in den vielen Einzelfällen unbedingt Berücksichtigung finden. Wir sollten nicht länger so tun, als ob wir Sozialbetrüger jagen, und sie mit möglichst harten Sanktionen belegen. Sozialbetrüger gibt es, aber es ist nicht die Mehrzahl der Fälle. Wir sollten uns lieber auf die Menschen konzentrieren, die neue Arbeit finden wollen, und sie dabei unterstützen.

Ich halte die Blickrichtung weg von weiteren Sanktionen und hin zum Fördern und Fordern für dringend erforderlich, um langfristig Veränderungen in der Arbeit mit Leistungsempfängern zu bekommen. Es geht um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Mitarbeitern des Jobcenters und „ihren Kunden“. Wie soll aber eine solche Basis entstehen, wenn von Anfang an, die Angst vor möglichen Sanktionen z. B. bei Nichteinhaltung eines Termins im Raum steht?

Mitarbeiter von Jobcentern sind wie allgemein bekannt, sehr stark belastet. Forderungen nach Begleitung und

Hilfe, so wie ich sie dargelegt habe, erfordern auf den ersten Blick noch größere personelle Ausstattung, werden sich aber dauerhaft auszahlen. Jeder Erwerbslose, der in den Arbeitsmarkt integriert werden kann, entlastet den Steuerzahler und unser gesamtes Sozialsystem.

*Annegret Spilker*

Beisitzerin Landesvorstand Niedersachsen

## KONTRA: Bedingte Grundsicherung statt Bürgergeld

**Die Bundesregierung will ab Januar 2023 das ALG II in ein Bürgergeld überführen. Die geplante Hartz-IV-Reform verschlimmert absehbar den Personalmangel in allen Branchen und setzt falsche Signale für die nächste Generation. Bündnis C plädiert für eine bedingte Grundsicherung.**

Die Agenda 2010 musste unter Bundeskanzler Gerhard Schröder gegen die sozialpolitischen Prämissen der regierenden SPD umgesetzt werden, weil der Sozialstaat in der bisherigen Ausprägung auch und vor allem aufgrund des demografischen Wandels nicht mehr finanzierbar war. Der Mangel an Nachwuchs riss seitdem immer größere Lücken in die Personaldecke der Wirtschaft und zwingt spätestens seit der Corona-Krise immer mehr Branchen zu Einschränkungen ihrer Leistungen. In dieser Situation bringt das SPD-geführte Arbeitsministerium einen Gesetzentwurf für ein Bürgergeld in den Bundestag, das längere Zeiten ohne Arbeitsaufnahme und einen hohen Selbstbehalt an Vermögen erlaubt, zudem die Regelsätze und Zahlungen für Miete und Energiekosten erhöht.

Menschen können unverschuldet in Arbeitslosigkeit und Not geraten. Ein soziales Netz muss in einer humanen Gesellschaft eine Absicherung für die existenziellen Grundbedürfnisse wie Nahrung, Kleidung und Wohnen schaffen, wie es das ALG II tut. Die immerwährende Forderung, dass sie auch Teilhabe an der Gesellschaft gewährleisten muss, übersieht, dass diese Teilhabe mit Pflichten für das Gemeinwohl beginnt, zu denen Arbeit gehört, und nicht mit vermeintlichen Rechten wie Kultur oder Reisen, und dass alle Sozialleistungen des Staates erarbeitet werden müssen.

Wir befürworten am Entwurf für das Bürgergeld insbesondere für junge Menschen den Vorrang für Ausbildung, wenn sie über keinen Berufsabschluss verfügen, und die Befähigung dazu. Ein Schonvermögen für selbstgenutztes Wohneigentum ist existenziell und unbegrenzt zu gewähren, um Menschen nicht in größere Armut zu stürzen und in die Abhängigkeit von Miete

und staatlichem Wohngeld. Und es braucht aktuell zu recht einen Ausgleich für Inflation und Energiekosten.

Sozialleistungen dürfen sich aber nicht auf einen Betrag summieren, der wie das Bürgergeld in bestimmten Konstellationen dem Monatseinkommen einer Vollzeittätigkeit nahekommt. Die sogenannten Mitwirkungspflichten müssen wie bisher durch Leistungskürzungen untermauert sein, wenn Arbeit oder Ausbildung verweigert werden. Die Reform setzt auf mehr Vertrauen und Augenhöhe statt Sanktionen, leistet damit aber gleichzeitig Leistungsmissbrauch Vorschub. Der reklamierte menschenwürdige Umgang mit Arbeitslosen zeigt sich nicht in der Aussetzung von Forderungen, sondern in Unterstützung, um sich seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen, statt Bittsteller beim Amt zu sein.

Die sozialdemokratische Umverteilungspolitik unternimmt mit dem Bürgergeld einen nächsten Schritt, die natürlichen Aufgaben der Familie, der zwischenmenschlichen Gemeinschaft und ihrer privatgesellschaftlichen Organe immer mehr durch den Staat und die Gesellschaft zu ersetzen. Damit wird die nächste Generation in mehrfacher Hinsicht geschädigt: Sie lernt keine Eigen- und Sozialverantwortung für ihr Umfeld. Und die ausufernden Kosten für den Sozialstaat werden mit noch mehr Schulden finanziert, die sie niemals abzahlen kann.

In der Tendenz ist das geplante Bürgergeld mit höheren Regelsätzen und weniger Mitwirkungspflichten ein Schritt in Richtung bedingungsloses Grundeinkommen, das Eigenverantwortung, unternehmerische Initiative und Mitverantwortung für das Gemeinwohl immer mehr überflüssig macht. Es ist in Teilen ein Freibrief, nicht zu arbeiten, und finanziert damit gleichzeitig zerstörerische Energie wie den Klimaterrorismus, während immer weniger Menschen versuchen, die Versorgung des Landes aufrecht zu erhalten. Und es untergräbt die Würde und Kreativität des Menschen, indem es ihn in die Abhängigkeit von staatlicher Alimentierung bringt.

Die Sozialpolitik von Bündnis C sieht die Familien und nicht eine anonyme Gesellschaft autonomer Individuen als Zentrum des sozialen Gefüges. Familien sind für ihre natürliche Sozialverantwortung und gegenseitige Fürsorge zu stärken, damit die nächste Generation die Verantwortung des Einzelnen für sein Leben und für seine Angehörigen erlernt. Diese familiäre Verantwortung wird mit einer einfach strukturierten, bedingten Grundsicherung der existenziellen Bedürfnisse kombiniert, wo Einzelne und Familien unverschuldet in Not geraten.

*(Pressemitteilung Bündnis C vom 09.11.2022)*

## Diskussion zum Wirtschaftskrieg

**In Heft Nr. 24 S. 33 – 35 haben wir den Beitrag „Das Ende des Wirtschaftskrieges?“ zur Diskussion gestellt. Wir danken unseren Lesern für die eingegangenen Zuschriften, aus denen wir hier die prägnantesten Aussagen veröffentlichen, um ein Spektrum an Meinungen und Vorschlägen abzubilden.**

*Die Parteilinie von Bündnis C ist unser Grundsatzprogramm. Zu Berichten über aktuelle Themen – auch wenn vieles gut und gründlich recherchiert wurde – haben wir dennoch für andere Sichtweisen ein offenes Ohr. Wir wollen eine offene und faire Diskussion pflegen und uns nicht hinreißen lassen zu dogmatischem Verhalten. Es muss nicht jeder von der Meinung des anderen überzeugt werden. Zu sehr ist unsere Gesellschaft von ideologischen Verhärtungen geprägt. Wir ermutigen Sie weiter, Ihre Meinung zu aktuellen Themen kundzutun.*

### Der Krieg ist ein Ruf zur Umkehr

Dieser Konflikt ist alleine mit militärischen und politischen Mitteln nicht zu beenden, es sei denn durch die Unterwerfung der Ukraine unter Russland. In früheren Kriegen verlor eine Seite irgendwann, kapitulierte und wurde von den Siegern „gerupft“. Ein Krieg zwischen Atommächten macht ein solches Ende unwahrscheinlich.

Auf der anderen Seite muss man bedenken: Welche „westlichen Werte“ werden in der Ukraine denn verteidigt? Freiheit, Liberalismus, Demokratie, Pressefreiheit? Dazu Individualismus, Egoismus, Materialismus, Genderismus. Natürlich lebe ich lieber hier als in Russland, das sich immer mehr zu einer Diktatur entwickelt. Aber auch hier darf man nicht mehr alles sagen oder denken. Eine neue atheistische „Moral“ bestimmt zunehmend unseren Alltag. Ziel ist die Eliminierung aller christlichen Bezüge aus Kultur, Politik und Geschichte. [...] So ist nach meiner festen Überzeugung der Ukraine-Krieg mit all seinen geplatzten Illusionen und negativen Auswirkungen auf uns

1. eine Folge der Abkehr der meisten Menschen vom Gott der Bibel
2. eine Maßnahme Gottes, diese Menschen zu Demut vor ihm, Buße und Umkehr zu ihm zu bewegen.

Bleibt diese geistliche Umkehr aus, wird der Konflikt um die Ukraine infolge der Globalisierung die gesamte Welt in den Strudel der endzeitlichen Ereignisse reißen.

*Johannes Granitza*

### Jede Nation wird an ihrer Unterstützung für die Unterdrückten gemessen

Die Verwerfungen der sowjetischen Geschichte wurden auch nach 1990 nie aufgearbeitet und aus geistlicher Sicht ist klar, dass somit keine Trennung von der extrem menschenfeindlichen kommunistischen Ideologie sowie des Stalinismus stattgefunden hat. Die alten Geister leben ewig, solange man sie eben lässt. Die in die Freiheit entlassenen ehemaligen Sowjetrepubliken sind seit 30 Jahren mit dem demokratischen Aufbau beschäftigt mit regional unterschiedlicher Intensität und Ergebnissen. Gemeinsam ist ihnen, nie wieder unter der Gewaltherrschaft Russlands leben zu wollen.

Im Falle der Ukraine muss man in Betracht ziehen, dass der Kampf um die Eigenständigkeit als Nation in den vergangenen 100 Jahren mit riesigen Opfern an Menschenleben verbunden war, was sich tief in die ukrainische Seele eingebrannt hat. Unvergessen sind die Millionen vermeidbarer Hungertoten aufgrund der sowjetischen Zwangskollektivierung in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts. Diese Ereignisse bewirkten die Sympathie der Ukrainer für Nazideutschland (nach dem Motto „der Feind meines Feindes muss mein Freund sein“), was Putin heute noch als Rechtfertigung seines Angriffs dient. [...] Jede Nation der Erde wird vom Allmächtigen an ihrer Unterstützung der Unterdrückten gemessen werden und die göttlichen Maßstäbe sollten uns ohne Rücksicht auf die Konsequenzen leiten.

*Kristina Voß*

### Hunger kann mehr Opfer fordern als Bombenangriffe

Selig sind die Frieden stiften, denn sie werden Gottes Kinder heißen (Matthäus 5,9). Wirtschaftskrieg ist Krieg, wenn auch die Waffen andere sind. Die Zahl der



Todesopfer durch Hunger kann größer sein, als die Toten durch Bombenangriffe. Politisch ist es wichtig im Auge zu behalten, welche Folgen Maßnahmen und Sanktionen für die Ärmsten in unserer Welt haben. Aus meiner Sicht haben wir als Christen den klaren Auftrag, im Wirtschaftskrieg als Friedensstifter unterwegs zu sein.

*Hans Martin Konzelmann*

### Entscheidungen über Leben und Tod nicht der politischen Führung überlassen

Der einzige Fehler den ich (als politisch nicht gebildeter Mensch) als solchen empfinde, war die Abschaffung der Bundeswehr. Ein Mensch mit gesundem Instinkt und demütigen Intellekt weiß, dass jeder Mensch sein Gegner sein kann und sogar Jesus seinen Gegner in einem seiner besten Freunde, fand. Es gehört zur Polarität unserer Erde, dass wir immer das Gegenteil des Guten mitdenken müssen, dass die Liebe unbemerkt in Hass umschlagen kann usw. [...]

Könnte man über die Frage, ob Krieg oder nicht, eine Volksabstimmung anregen? Es werden über viel weniger wichtige Dinge in den Bundesländern Volksabstimmungen gemacht - warum sollte man da eine Entscheidung über Leben und Tod der politischen Führung überlassen? Eine Politik, die Krieg führt, kann eigentlich nicht mehr demokratisch sein. Außerdem haben wir in zwei Weltkriegen erlebt, dass letztlich das Volk verurteilt wird und die Folgen austragen muss.

*Lucia Tentrop*

### Opfer für die Freiheit Europas bringen

Ich bin Bündnis C-Mitglied, jedoch ein wenig erschrocken darüber, wie lapidar in der Zusammenfassung im Namen einer „beziehungsorientierten Außenpolitik“ mal eben so die Souveränität von Staaten und die damit verbundene Bündnisfreiheit abgeräumt wird. Ich bin der gegenteiligen Meinung. Es ist doch das Gegenteil von Beziehungsorientierung, wenn ein Staat von außen fremdbestimmt zum „Pufferstaat“ degradiert wird (ein verräterisches Wort – der Puffer zwischen Zugwaggons wird sein Leben lang herumgestoßen). Ich würde etwas anderes vorschlagen, nämlich den Wirtschaftskrieg konsequent weiterzuführen und endlich schwere Waffen zu liefern (die Opfer, die wir für die Freiheit Europas bringen, sind unendlich kleiner als die, die die Ukraine bringt).

*O. M.*

### Als Vermittler und mit humanitärer Unterstützung positiv eingreifen

Das ist ein Krieg, den der Westen gegen Russland führt mit unabsehbaren Folgen. Deutschland ist mit massiven Waffenlieferungen und logistisch militärischer Unterstützung bereits Kriegsgegner Russlands. Die Ukraine und der Westen hat jegliche Verhandlungen abgelehnt [...]. Deutschland hat in der Ukraine nichts verloren und sollte die korrupte ukrainische Regierung nicht unterstützen, sondern vielmehr als Vermittler oder mit humanitärer Unterstützung hier positiv eingreifen. Alles andere verlängert, verschärft diesen Krieg und führt immer mehr in ein Weltkriegsszenario mit unkalkulierbaren atomaren Risiken.

*Gottfried Sohn*

### Wirtschaftssanktionen und Waffenlieferungen einstellen

Bekannt ist, dass die Energieabhängigkeit durch die Abschaltung der AKW selbst verursacht wurde, China und Ostländer kräftig AKW weiterhin planen und Kohle abbauen, und Energie aus angrenzenden AKW-Ländern dann teuer zugekauft werden muss. Die AKW müssen ohne Einschränkungen weiterlaufen um die Preisexplosion zu stoppen. Wirtschaftssanktionen sind eine ... Waffe, die nur weiter den eigenen Bürgern schadet. Diese sind schnellstens einzustellen, weil gegen jede Vernunft und nicht ergebnisorientiert hilfreich. [...] Waffenlieferungen sind ebenfalls einzustellen.

*Armin Steinmeier*

## Energiemärkte regulieren statt Entlastungspakete

**Die Gefahr eines längeren Blackouts im kommenden Winter nimmt zu, auch wegen einer künstlichen Verknappung durch Börsenspekulationen auf dem Strommarkt. Bündnis C fordert die Regulierung der Finanzmärkte und das Verbot von Spekulationen mit Rohstoffen und Dienstleistungen der Daseinsfürsorge.**

Spekulationen auf dem Gasmarkt begannen bereits Mitte 2021. Hinzu kam in Deutschland die CO<sub>2</sub>-Abgabe 2022 und der Wirtschaftskrieg mit Russland, die die Gaspreise hochtrieben und den Strompreis mit. Der Strommarkt funktioniert nach dem Merit-Order-Prinzip, das die Vergütung der Stromanbieter regelt. Strom aus Windkraft und Sonne sind in der Produktion besonders günstig und sollen nach Umweltvorgaben bevorzugt eingespeist werden. Da aber alle Anbieter ihren Strom nach dem Preis des teuersten Erzeugers abrechnen, kommt weder der Preisvorteil den Kunden zugute, noch werden günstigere Produkte vorrangig eingespeist. Im Gegenteil werden Windparks häufig abgeregelt und damit das Angebot künstlich verknappt, bekommen ihren nicht produzierten Strom aber dennoch zum Marktpreis voll vergütet – auf Kosten der Kunden<sup>1</sup>. Gaskraftwerke werden nur bei Bedarf zuletzt zugeschaltet, bestimmen aber aktuell mit den höchsten Erzeugerkosten den Strompreis – und das bereits über den Sommer, wo der Stromverbrauch insgesamt niedriger ist, der Anteil aus erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung über 50 % lag und Gaskraftwerke kaum zum Einsatz kommen dürften. Auch die Preise für Sprit und Weizen spiegeln weder den Ölpreis noch Angebot und Nachfrage wider.

Die Politik reagiert auf die steigenden Energiepreise mit Entlastungspaketen für Verbraucher, geht aber die Wurzel der Preisexplosionen nicht an. Die letzte Nachricht war, dass die drei letzten laufenden deutschen AKW Ende des Jahres abgeschaltet und nur noch zwei in Notreserve vorgehalten werden. Jetzt sollen sie doch weiterlaufen, um die Stromversorgung nicht zu gefährden. Die gerade beschlossene Gasumlage soll einem Preisdeckel weichen. Zurecht werden Steuer-senkungen auf Gas gefordert, wo der Staat an den hohen Preisen mitverdient.

Bündnis C fordert die Regulierung der Finanzmärkte und das Verbot von Spekulationen mit Rohstoffen und Dienstleistungen der Daseinsfürsorge, um die Wurzel der Preissteigerungen für Energie und Lebensmittel zu kappen, damit der Markt reale Preisstrukturen bildet, die die Erzeugerkosten decken. Entlastungspakete für Verbraucher sind weder nachhaltig noch der Wirtschaft förderlich. Während die Regierung zum Ausgleich für sozial Schwache finanzielle Zuschüsse beschlossen hat, fressen die steigenden Energiepreise vor allem die Einkommen und Rücklagen der Mittelschicht auf und gefährden mittelständige Unternehmen in ihrer Existenz.

Deutschland hat mit einem starken industriellen Sektor eine sehr widerständige Wirtschaftsstruktur aufgebaut, trotz seit Jahren hinderlichen Rahmenbedingungen. Eine verfallende Infrastruktur, fehlender Nachwuchs und ein ideologisch dysfunktionales Bildungswesen, rückständige Digitalisierung, ausufernde Bürokratie und zu hohe Steuer- und Abgabenlasten behindern zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Hinzu kommt „... eine Klimapolitik, die darauf setzt, durch eine überproportionale Verteuerung der Energie die hiesige Wirtschaft in eine Vorreiterrolle zu drängen, ohne die Frage zu prüfen, ob sie eine solche Rolle überleben kann.“<sup>2</sup> Bereits vor dem Krieg Russlands in der Ukraine musste die deutsche Industrie im europäischen Wettbewerb mit höheren Energiekosten bestehen. Angesichts der jetzigen Kostenschocks verlegen internationale Unternehmen zunehmend ihre Produktion ins Ausland, während der Mittelstand seine Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft zu verlieren droht.

Neben der Regulierung der Energiemärkte und Sparanreizen muss vorübergehend der Gaspreis für den Grundbedarf von Privathaushalten und Unternehmen gedeckelt werden. Die Mehrkosten für den Staat wiegen den volkswirtschaftlichen Schaden, der bei Nicht-intervention entsteht, längerfristig mehrfach auf. Entlastungspakete für Verbraucher hingegen werden mit neuen Schulden finanziert, die von der Inflation aufge-fressen werden und diese zusätzlich anheizen. Den Finanzmarkt mit immer neuem Geld zu fluten, erzeugt ein immer prekäreres Missverhältnis zwischen Geld-

1 Wolfgang Kiene, Geschäftsführer Maka Windkraft <https://www.makawind.de/index.php?show=news>

2 Daniel Stelter [https://www.focus.de/finanzen/news/oekonom-daniel-stelter-zweifel-ob-wirtschaft-die-klimapolitik-ueberleben-kann\\_id\\_153560194.html](https://www.focus.de/finanzen/news/oekonom-daniel-stelter-zweifel-ob-wirtschaft-die-klimapolitik-ueberleben-kann_id_153560194.html)

menge und abnehmender Wirtschaftskraft. Sie erhöhen die Schuldenberge auf Kosten der nächsten Generation und machen Privathaushalte und Unternehmen von staatlichen Zahlungen abhängig. Wir wollen stattdessen die Lebensgrundlagen und die Freiheit zum Wirtschaften auch für unsere Kinder erhalten.

Gleichzeitig muss die künstliche Verknappung von Energie an den Börsen beendet und alle im Land vorhandenen Ressourcen mobilisiert werden, um das Angebot an Energie mittelfristig zu stabilisieren. Moderne Kohlekraftwerke müssen unter wirtschaftlich rentablen Bedingungen wieder ans Netz gehen können. Die ver-

fügbaren AKW sollten so lange wie nötig und mit Planungssicherheit weiter betrieben werden. Und mittels risikoarmer neuer Technologien für Fracking könnte innerhalb weniger Monate in Deutschland das erste Gas gefördert werden, statt Flüssiggas aus den USA oder den Arabischen Emiraten um die halbe Welt zu schiffen. Energiewende heißt jetzt, auf die veränderten Rahmenbedingungen zu reagieren und die Energieversorgung für das Land zu sichern.

*(Pressemitteilung 28.09.2022)*

## Krisenbewältigung auf Kosten unserer Kinder

Welche Eltern kennen das nicht? Man will, dass es den eigenen Kindern bessergeht, als einem selbst. Dafür werden Entbehrungen in Kauf genommen. Man spart Geld für die Zukunft der Kinder und nimmt sich selbst zurück, damit der Nachwuchs eine gute finanzielle Basis für das eigene Leben hat. Wie verantwortungslos würden wir Eltern nennen, die Kredite aufnehmen, von denen sicher ist, dass diese von ihren Kindern zurückgezahlt werden müssen? Welcher Vater oder welche Mutter hinterlässt seinem Kind schon gerne Schulden statt Vermögen?

In Bezug auf Elternschaft ist sicherlich jedem klar, dass man im negativen Beispiel schnell von Rabeneltern sprechen würde. Aber ist es nicht genau das, was wir gerade in Sachen Finanzpolitik erleben? Realisieren wir, dass die Schulden, die Deutschland heute aufnimmt, das Geld unserer Kinder und Kindeskinde ist? Unsere Politik tut genau das, was wir bei Eltern verurteilen würden. Auf Kosten der nächsten Generationen werden Gelder verteilt, die zum Erhalt des Wohlstands notwendig wären. Stattdessen hinterlassen wir knapp 2 500 Milliarden Euro Schulden – fast 30 000 Euro pro Kopf. Das ist kein guter Start ins berufliche Leben junger Menschen in einem der reichsten Länder der Welt.

Gleichzeitig ist Deutschland hinter Belgien das Land, in dem die Bürger die europaweit höchste Steuerlast (48,1 %) zu tragen haben. Inmitten der Energiekrise sind über 15 % der Bevölkerung von Armut bedroht.

Rentner und Alleinerziehende leiden besonders unter den steigenden Kosten. Aber auch die Mittelschicht ächzt mittlerweile unter der Last und Unternehmen bangen um ihre Zukunft. Der Staat hingegen verzeichnet aufgrund der Inflation, die das Vermögen der Deutschen auffrisst, Milliarden an Steuerüberschüssen. Im Jahr 2021 betragen die Steuereinnahmen insgesamt 833 Milliarden Euro, 93 Milliarden mehr als im Vorjahr. 2022 werden Einnahmen von 890 Milliarden erwartet. Nach der Verteilung auf Bund, Länder und Gemeinden liegt der Bundeshaushalt aktuell bei 495,8 Milliarden Euro. Trotz – oder auch wegen – der sprudelnden Steuereinnahmen kommen viele Menschen in Deutschland nicht mehr über die Runden. Und das, obwohl die Hälfte des Bundeshaushalts in das Sozialwesen fließt. Deshalb ist es nötig, die Steuern zu senken und die Ausgaben zu prüfen:

An erster Stelle stehen hier die Sonderausgaben – irreführenderweise Sondervermögen genannt. 100 Milliarden für die Bundeswehr, 111 Milliarden Corona-Zusatzschulden und geplante Kosten in Höhe von 17 bis 100 Milliarden für die Energiewende – pro Jahr bis 2050. Ein Energie-Hilfspaket mit über 200 Milliarden Euro wird gerade auf den Weg gebracht.

Deutschland leistet mit 28 Milliarden Euro den höchsten nationalen Beitrag zum EU-Haushalt. Und der Entwicklungshilfeetat betrug im Jahr 2020 38,7 Milliarden Euro. Es ist gut und richtig, Ländern unter die Arme zu greifen, wenn dies zur Armutsbekämpfung nötig ist.

Dass Deutschland allerdings China, das uns wirtschaftlich schon überholt hat, im Jahr 2020 mit 475 Millionen Euro „fördert“, ist nicht nachvollziehbar. Oder dass Deutschland Indien für den Klimaschutz 10 Milliarden Euro an Entwicklungshilfe zugesagt hat, während Indien sein eigenes Geld für Raumfahrtprojekte verwendet, ist ebenso fragwürdig. Dazu kommen steigende Ausgaben für die Finanzierung der WHO: Nachdem die USA ihre Zahlung halbiert hat, verdreifachte Deutschland seinen Beitrag nahezu von 500 Millionen auf 1 258 Millionen Euro.

Zudem verzeichnen wir, auch aufgrund der starken Zuwanderung in den letzten Jahren, einen Kostenanstieg im Bereich der Sozialleistungen in Milliardenhöhe. Wer kann es unter diesen Umständen verantworten, ein nahezu bedingungsloses Grundeinkommen wie das geplante Bürgergeld zu verteilen?

Nicht zuletzt werden in Deutschland an vielen Stellen Steuergelder verschwendet. Überteuerte Masken, IT-Chaos, Autobahn-App, Lobbyismus und teure Regierungsbauten, während andererseits viele Schulen marode sind. Es liegt in der Verantwortung der Regierenden, mit dem Geld der Bürger genauso umzugehen, als wäre es das eigene.

Statt Ausgaben zu überdenken, wird darüber diskutiert, ob weitere Schulden aufgenommen werden sollen, um beispielsweise einen Energiepreisdeckel zu realisieren. Wir müssen uns als Gesellschaft darüber klarwerden, dass Schulden immer das Geld unserer Kinder und Enkel ist! Wir bewältigen die aktuellen Krisen auf Kosten der nächsten Generationen. Statt Wohlstand zu hinterlassen, geben wir das Geld aus, das unsere Kinder in der Zukunft erwirtschaften müs-

sen. Das 9-Euro-Ticket ist ein Beispiel von vielen, wo wir uns ideologisch und moralisch verrannt haben.

Wir appellieren an die Regierung, ihrer Verantwortung den Bürgern gegenüber gerecht zu werden. Bundeskanzler und Minister haben geschworen, ihre Kraft zum Wohle des Deutschen Volkes einzusetzen und Schaden von ihm abzuwenden. Steuereinnahmen sind nicht das Geld der Regierung, es ist das Geld der Bürger. Zum einen brauchen wir Streichungen von unnötigen Ausgaben, zum anderen müssen auf breiter Ebene Steuern gesenkt werden. Vor allem im Energiebereich, damit die Bürger hierzulande ihren Lebensunterhalt bestreiten können und der Wirtschaftsstandort Deutschland auch für Unternehmen interessant bleibt. Hilfspakete sind unserer Ansicht nach kontraproduktiv, wenn sie mit neuen Schulden finanziert werden. Sie führen in die Abhängigkeit von Zahlungen des Staates und sind durch Inflation und weiter steigende Kosten nicht nachhaltig. Wir wollen die Lebensgrundlagen und die Freiheit zum Wirtschaften auch für unsere Kinder erhalten.

Horst Wodarz

Landesvorsitzender  
Bayern



ANZEIGE

### **Berührender Winter- und Weihnachtsroman der Autorin Susann Nitz Eine Geschichte über die Kraft der Vergebung und des Glaubens**

Marens Leben scheint nichts Gutes für sie bereit zu halten. Ihre Kindheit als ungeliebte Adoptivtochter hat sie geprägt. Ihre Ehe droht an dem unerfüllten Kinderwunsch zu zerbrechen. Dann findet sie Adventsbotschaften in ihrem Briefkasten, die sie ermutigen.

Doch wer ist der oder die Unbekannte, die ihr diese Botschaften zukommen lässt? Als sie einem Geheimnis aus ihrer Vergangenheit auf die Spur kommt, wird eine Kette von Ereignissen in Gang gesetzt, die ihr Leben vollkommen auf den Kopf stellen.

Und dennoch werden diese zu einem Schlüssel zu Versöhnung, Hoffnung und Veränderung. Denn diese Adventszeit hält neben einiger heftiger Lebensstürme viele nicht geahnte Überraschungen für Maren bereit.

Erhältlich bei: [www.autorin-susann-nitz.de](http://www.autorin-susann-nitz.de) oder überall im Buchhandel



## Ist es eine gute Idee, jetzt eine Immobilie zu kaufen?

Als Familienunternehmer und Eltern von vier Kindern kennen wir diese Frage nur all zu gut. Seit ca. 15 Jahren hören wir: „Es kann nicht mehr so weitergehen, dass die Preise nur eine Richtung kennen, und zwar nach oben.“

Dass es nun so weit ist und die Preise fallen, glaubt der ein oder andere. Aber ist das wirklich so? Laut Statistischem Bundesamt lag die Inflationsrate im Oktober bei über 10 Prozent. Die Preissteigerung zieht sich durch fast alle Bereiche des Lebens, was wir täglich beim Einkaufen merken. Die Zinsen steigen erstmals wieder spürbar an, allerdings nur für Kredite. All diese Faktoren führen auch bei den Immobilienpreisen zu einer Verlangsamung des Anstiegs. Ist das aber die Trendwende? Wir glauben nicht.

Die Nachfrage ist noch immer höher als das Angebot. In den Großstädten werden auch in Zukunft die Preise auf einem sehr hohen Niveau bleiben. Für viele Käufer lohnt es sich, aufs Land mit guter Verkehrsanbindung zu ziehen. Benötigt man z. B. in Nürnberg für eine ca. 90 m<sup>2</sup> Neubauwohnung ca. 13,5 Jahreseinkommen (bei ca. 49 500 €), braucht man für eine vergleichbare Wohnung z. B. in Postbauer-Heng nur ca. 10 Jahreseinkommen.

Auch wir können nicht in die Zukunft blicken, aber wir kennen den Markt seit über 35 Jahren. Noch zu keinem Zeitpunkt waren die gesetzlichen Vorschriften für Neubauten so hoch wie heute. Genau diese hohen Anforderungen werden auch in Zukunft zu immer höheren Preisen führen. Für uns ist es nicht nachvollziehbar, dass die Politik immer höhere Auflagen für den Neubau verordnet, aber dieselben Politiker auftreten und günstigere Preise fordern. Ab 2030 fordert die EU-Kommission, dass Häuser, die neu gebaut werden, CO<sub>2</sub>-neutral sein müssen. Für Bestandsgebäude soll diese Pflicht ab 2050 gelten. Nach Auskunft unserer Energieingenieure werden allein durch diese Maßnahme die Kosten beim Neubau um über 600 € je m<sup>2</sup> Wohnfläche steigen. Bei Bestandsgebäuden werden die Kosten so hoch sein, dass man sich die Frage stellen muss, ob sich der Erhalt des Gebäudes überhaupt rentiert. Allein diese Tatsache wird zu immer höheren Preisen im Immobilienmarkt führen.

In den nächsten 10 Jahren werden in Deutschland ca. 10 Millionen Menschen in Rente gehen. Über 2 Millionen von ihnen verlassen Berufe, in denen schon heute ein extremer Fachkräftemangel herrscht. Leider können die fehlenden Fachkräfte nicht durch Nachwuchskräfte ersetzt werden. Dieser Zustand wird zu einer weiteren Verteuerung führen.

Die gleichen Schwierigkeiten hat man bereits heute in der Pflege. Jeder kann sich vorstellen, was passiert, wenn die geburtenstarken Jahrgänge im Alter Hilfe oder Pflege benötigen. Wer heute baut, sollte nicht nur an das Jetzt denken, sondern die Familie in sein Vorhaben mit einbeziehen und nach Möglichkeit gemeinsam Kapital für die Finanzierung einsetzen. Ein Neubau sollte bereits heute die Möglichkeit für ein Wohnen im Alter bieten. So kann man durch das Schaffen eines zusätzlichen Zimmers/Schlafzimmers in ausreichender Größe im Erdgeschoss das Wohnen auf einer Ebene im Alter vorbereiten. Bei guter Planung bietet sich dann die Möglichkeit, dass die Räume im Obergeschoss die Kinder bewohnen oder sie als eigenständige Wohnung zu vermieten. Im Ruhestand mietfrei zu wohnen und evtl. Mieteinnahmen zu generieren, ist gut für die Altersvorsorge und macht unabhängig. Der gemeinsame Familienbesitz kann sich gerade im Zusammenhang mit immer höheren Erbschaftssteuern rentieren.

Bewertet man die gesamte Situation, so muss man feststellen, dass es sinnvoll ist, auch und gerade jetzt den Schritt zu einer eigenen Immobilie zu wagen.

*Mathias und Barbara Scheuschner*  
Scheuschner Projekt



# Deutschland – Israel: Staatsräson oder Herzenssache?

**Antisemitische Machwerke auf der Documenta, und keiner will die Verantwortung übernehmen. 50 Jahre Gedenkfeier des palästinensischen Attentats auf die israelische Olympiamannschaft in München, und die Hinterbliebenen sagen ihre Teilnahme ab. Abbas bezichtigt Israel in Berlin des Holocaust an den Palästinensern und erhält dafür 340 Millionen Euro deutsche Entwicklungshilfe. Bündnis C fordert ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zu Israel in Wort und Tat.**

Nach Eröffnung der Documenta in Kassel - einer der meistbeachteten Ausstellungen für Gegenwartskunst – wurde ein Werk mit antisemitischer Bildsprache gesichtet und erst nach massiver öffentlicher Kritik von der Geschäftsführung entfernt. Schon Monate vorher hatte es Antisemitismus-Vorwürfe gegen das kuratierende Künstlerkollektiv Ruangrupa aus Indonesien gegeben und Warnungen, keine BDS-Sympathisanten einzuladen. Weder Kulturstaatsministerin Claudia Roth noch die Stadt Kassel schritten ein. Erst nach Rechtfertigungen trat die Documenta-Generaldirektorin Sabine Schormann von ihrem Amt zurück. Mittlerweile sind weitere antisemitische Werke entdeckt worden. Dennoch verweigert der Interims-Geschäftsführer Alexander Farenholtz eine genauere Untersuchung der Ausstellung auf jüdenfeindliche Inhalte. Die Documenta wird vom deutschen Staat mitfinanziert.

50 Jahre nach dem Attentat palästinensischer Terroristen auf die israelische Mannschaft bei den olympischen Spielen 1972 in München verweigern die Hinterbliebenen der elf Opfer ihre Teilnahme an der geplanten Gedenkfeier am 5. September. Sie werfen der deutschen und der bayrischen Regierung Schmähung, Lügen, Erniedrigung und Zurückweisung vor gegenüber ihren jahrelangen Forderungen: ein Schuldeingeständnis Deutschlands für die mangelhaften Sicherheitsvorkehrungen im Olympiadorf und für die Zurückweisung einer israelischen Spezialeinheit zur Befreiung der Geiseln, die Offenlegung aller Archive und eine adäquate Entschädigung der Angehörigen nach internationalen Standards.

Am 16. August sprach Palästinenserpräsident Abbas im Kanzleramt auf einer Pressekonferenz. Auf die Frage nach einer Entschuldigung für das Olympia-At-



tentat in München 1972 bezichtigte er stattdessen Israel mehrfach des Holocaust an der palästinensischen Bevölkerung. Die Pressekonferenz endete ohne Widerspruch von Bundeskanzler Scholz. Abbas erhielt stattdessen unmittelbar danach Zusagen der deutschen Regierung über 340 Millionen Euro für humanitäre Hilfe und Entwicklung. Deutschland gehört zu den größten Geldgebern der Palästinensischen Autonomiebehörde.

Den Vorfällen ist gemeinsam, dass hochrangige Verantwortliche auf deutscher Seite Angriffen auf Juden zögerlich oder nur notgedrungen entgegneten und sich zu Israel stellen. Doppelzüngigkeit und Hinken auf zwei Seiten gegenüber Israel und seinen Feinden ziehen sich durch offizielle Stellungnahmen. Unter Lippenbekenntnissen verborgene Gleichgültigkeit und Indifferenz kommen ans Licht und fordern Umkehr, damit Deutschland gegenüber Israel glaubwürdig ist.

Bündnis C fordert die Überprüfung sämtlicher Zahlungen an die palästinensische Autonomiebehörde, mit denen Märtyrerrenten und Bauten im Westjordanland finanziert werden, in denen niemand wohnt. Abbas darf in Berlin für seine bekannten antiisraelischen Äußerungen keine Bühne mehr bekommen. Nach weiteren Funden antisemitischer Werke in der Documenta muss die Ausstellung geschlossen und aufgearbeitet werden. Den Hinterbliebenen der Opfer des Olympia-Attentats 1972 ist von deutscher Seite Ehre zu erweisen mit dem Eingeständnis deutscher Mitschuld und der Bitte um Vergebung, mit Transparenz und angemessener Entschädigung.

Freundschaft mit Israel kann nur Staatsräson sein, wenn sie gleichzeitig Herzenssache ist.

(Pressemitteilung 30.08.2022)

## Die Achse Frankreich – Deutschland – Polen festigen

**Deutschland gerät innerhalb der EU unter Druck wegen seiner Alleingänge in der Energie- und Verteidigungspolitik. Besonders die Spannungen zu Frankreich und Polen verschärfen sich, deren Verbindung mit Deutschland die tragende Achse für die Stabilität Europas und in der jetzigen Kriegssituation bildet. Die deutsche Außenpolitik muss sich in ihrer Kommunikation als zuverlässiger Partner positionieren.**

Die von der Bundesregierung freigegebenen 200 Milliarden Euro zum Ausgleich der hohen Energiepreise für die Bürger und die Industrie werden in der EU als Wettbewerbsverzerrung gesehen. Grundsätzlich hat jeder EU-Staat das Recht, nationale Entscheidungen zu treffen. Deutschlands Industrie hat einen größeren Energiebedarf als andere Länder und musste schon vor Kriegsbeginn mit höheren Energiepreisen im europäischen Wettbewerb bestehen. 200 Milliarden Euro neuer Schulden sind aber kein Vorteil, weil sie Deutschland längerfristig eher destabilisieren und den hochverschuldeten Ländern Europas näherbringen. Die Kritik zeigt jedoch Verunsicherung und schwindendes Vertrauen in die Verlässlichkeit der deutschen Politik an, die bisher als integrierende Kraft in Europa gewirkt hat.

Bundeskanzler Scholz regte Ende August den Aufbau einer gemeinsamen Luftabwehr in Nordeuropa unter deutscher Führung an, ohne sich zuerst darüber mit den unmittelbaren Nachbarn Frankreich und Polen abzustimmen. Am 13. Oktober unterzeichnete Deutschland mit weiteren 14 Staaten am Rande des Nato-Rats in Brüssel eine Absichtserklärung für den „European Sky Shield“, einen europäischen Abwehrschirm, ohne die Beteiligung Polens und Frankreichs. Polen entwickelt bereits mit den USA und Großbritannien zusammen Luftverteidigungsprogramme und lehnt ein Luftabwehrsystem unter deutscher Führung ab. Frankreich hingegen will eine europäische Luftabwehr unabhängig von israelischer und amerikanischer Technik aufbauen, die in Scholz' Plänen vorgesehen ist.

Nach vorangegangenen Auseinandersetzungen zwischen Bundeskanzler Scholz und Frankreichs Präsident Macron wurden die für Oktober geplanten deutsch-französischen Regierungskonsultationen abgesagt wie auch ein trilaterales Treffen der Präsidien der Parlamente von Deutschland, Frankreich und Polen im Rahmen des Weimarer Dreiecks. Die Kom-

munikation und das Vertrauen in die deutsche Außenpolitik sind in Ost- und Westeuropa gestört.

Die Beziehung zu Polen ist seit Beginn des Krieges angespannt wegen der Zurückhaltung Deutschlands bei Energieembargos gegen Russland und bei Militärhilfe für die Ukraine. Die polnische Regierung hat Deutschland zudem am 3. Oktober per diplomatischer Note Weltkriegsschäden in Höhe von 1,3 Billionen Euro in Rechnung gestellt. Aus deutscher Sicht sind Reparationsforderungen mit dem Potsdamer Abkommen von 1945 und dem Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 abgeschlossen, bei denen polnische Ansprüche jedoch nicht berücksichtigt wurden. Die Beziehung zu unseren polnischen Nachbarn ist noch immer sehr verwundbar und braucht Kommunikation auf Augenhöhe. Die Verluste und Schäden, die Deutschland Polen im Zweiten Weltkrieg zugefügt hat, sind nur bedingt bezahlbar, müssen aber verhandelt werden, wenn Polen es einfordert, damit der Weg für Heilung und Versöhnung gebahnt wird.

Die deutsch-französische Freundschaft, die seit dem Zweiten Weltkrieg gewachsen ist und zur treibenden Kraft der europäischen Einigung wurde, muss jetzt unter Kriegsbedingungen ihren Test bestehen. Die Streitpunkte in der Energie- und Verteidigungspolitik sind nicht neu und können in der jetzigen Krisensituation Lösungen zugeführt werden, die Europa insgesamt dienen. Deutschland muss nicht jede Forderung der Nachbarstaaten oder der EU erfüllen, aber Wege der Verständigung bahnen und offenhalten. Angesichts des Krieges Russlands gegen die Ukraine und der Energiekrise sind der Wille zu gemeinsamen Lösungen und die Stabilisierung der Beziehungen in Europa gefragt.



Karin Heepen

Bundenvorsitzende  
Bündnis C

## Aus unfassbarem Anlass

Der folgende, bereits Ende April dieses Jahres erschienene Artikel zeigt eine bisher von uns noch nicht näher beleuchtete Seite des Krieges Russlands gegen die Ukraine auf: die ukrainischen Juden und deren Geschichte unter sowjetischer und der deutschen Nazi-Herrschaft im Kontext der nationalistischen und antisemitischen Politik Russlands.

Wir danken dem Verfasser Lothar Klein, Vorsitzender der Sächsischen Israelfreunde e. V., für die freundliche Erlaubnis, den Beitrag in voller Länge abzdrukken.

Liebe Freunde,

nein, angesichts der Meldungen, Bilder und inzwischen auch Menschen, die uns erreichen, sah ich mich außerstande, einfach nur ein paar politische Wahrheiten über Israel und die Welt, garniert mit ein paar Bibelworten zu Papier zu bringen. Darum bitte ich schon jetzt um Verzeihung, dass ich mich des Themas etwas umfänglicher und damit in einer Weise annehme, wie es den Opfern dieses Krieges gegen die Ukraine angemessen ist, zumal dieses Morden und Zerstören eine längere Tradition hat. Der verbrecherische Krieg Putins gegen die ukrainische Zivilbevölkerung, kaum 700 Kilometer von Sachsen entfernt, geht uns als sächsische Israelfreunde in vielerlei Hinsicht etwas an! Es sind nicht nur die verstörenden Bilder von getöteten Menschen und zerstörten Städten, die uns die Tränen in die Augen treiben. Es sind nicht nur die unter die Haut gehenden Appelle des ukrainischen Staatspräsidenten Wolodymyr Selenskyj oder der Klitschko-Brüder aus Kyiv, die uns hohen Respekt abringen. Es sind nicht nur die Flüchtlingsströme von Frauen und Kindern, die auch uns erreichen und hier auf große Hilfsbereitschaft treffen. Ich denke an einen Freund, den ich 2018 bei Jerusalem Prayer Breakfast kennen gelernt habe. Er ist Pastor in Kyiv und schrieb am Tag nach Kriegsbeginn auf seiner Facebookseite, dass er seine Frau und seine Kinder in Sicherheit gebracht habe und nun seine Pflicht tue, um seinem Land zu dienen. Ich habe seitdem keinen neuen Eintrag gelesen. Gerade weil es unsere seit Jahrzehnten gewohnte Abwesenheit von Krieg ist, die plötzlich hier in Europa, und damit auch vor unserer Haustür infrage gestellt wird, trifft dieses brutale, menschenverachtende Vorgehen des Despoten im Moskauer Kreml auch uns.

Worin liegen die Ursachen dafür, dass fast 77 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und 33 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs die vereinbarten Friedensordnungen plötzlich nicht mehr zu gelten scheinen? Bei all dem Schrecklichen, was auf uns einströmt, ist uns als Israelfreunden natürlich besonders wichtig, wie es den vom Krieg betroffenen Juden geht. Denn immerhin lebten bis Kriegsbeginn unter den 44 Millionen Ukrainern rund 200 000 Juden, davon ca. 17 000 Holocaustüberlebende. Inzwischen sind es noch knapp 10 000. Die Geschichte der Ukraine ist also eng mit der Russlands und Deutschlands verbunden, aber insbesondere auch mit den Juden, die dort lebten und leben. Ohne Rückblick auf diese Geschichte wird es nicht möglich sein, den aktuellen Konflikt auch nur ansatzweise zu verstehen. Denn wir alle suchen angesichts der möglicherweise auch uns treffenden Bedrohung nach Antworten und Perspektiven. Ich wage hier einen sicher nicht erschöpfenden Versuch. Dazu ist jedoch ein tiefer Blick in die Geschichte und dann auch in das Wort Gottes, des Herrn der Geschichte, nötig.

Sehr bald nach der deutschen Wiedervereinigung bekamen auch sächsische Christen die Ukraine in den Blick. In diesem Nachfolgestaat der eben zerfallenen Sowjetunion lebten überraschend viele Christen, aber auch sehr viele Juden, und zwar unter teilweise erbärmlichen Bedingungen. Viele von ihnen Überlebende der Schoah. Schon in den 70er Jahren hatten sich Christen aus Deutschland von Gott in die Verantwortung nehmen lassen, diesen Menschen zu helfen. Manche machten sich allein auf den Weg, andere zusammen mit Geschwistern westdeutscher Vereine wie Eben Ezer oder des Christlich humanitären Bruderhilfe e. V., gegründet von Hans Heinrich, († 2009), der schon vor dem Fall des Eisernen Vorhangs in Ländern Osteuropas und seit 1991 vor allem Menschen in der Ukraine gedient hat. Dort waren es hauptsächlich jüdische Menschen, denen sie mittels Suppenküchen sowie dem Verteilen von Lebensmittelpaketen und Kleidung helfen durften. Ihr Motiv war der Bibelvers aus Jesaja 40,1: „Tröstet, tröstet mein Volk, spricht euer Gott“, der auch uns als Sächsische Israelfreunde seit unserer Gründung vor 24 Jahren leitet. Sehr bald gewann dabei auch die Hilfe für Juden an Bedeutung, die sich für die Aliya nach Israel entschieden hatten. Auch viele Christen aus Sachsen haben sich in diesen

Dienst hineingegeben, wie unser Gründungsmitglied Winfried Amelung aus Chemnitz, Freunde aus Bautzen oder auch Volker und Gitta Rabe aus Erlau. So erfuhren sie von Zeitzeugen, wie während des Zweiten Weltkrieges neben Polen gerade auch in der Ukraine deutsche Einsatztruppen besonders bestialisch wüteten. Allein am 29. und 30. September 1941 wurden innerhalb von 48 Stunden 33 771 jüdische Männer, Frauen und Kinder am Stadtrand der Hauptstadt Kyiv in der Schlucht von Babyn Jar erschossen. Und es ist auch kein Geheimnis, dass nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion die deutschen Truppen von Ukrainern als Befreier vom sowjetischen Joch bejubelt wurden und ukrainische Nationalisten die deutschen Einsatzgruppen bei der Ermordung von Juden tatkräftig unterstützten.

Dies hat jedoch zwei konkrete geschichtliche Hintergründe. Erstens wurde die brutale Sowjetherrschaft fälschlicherweise mit „den Juden“ identifiziert, weil manche russische Juden den Revolutionsführer Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt Lenin, beim Kampf gegen die Zarenherrschaft unterstützten. Sie hofften, damit den unerträglichen zaristischen Judenpogromen ein Ende zu bereiten. – Diese Pogrome waren übrigens 1882 bis 1893 der Anlass für die erste Aliya, die erste große Welle von jüdischen Einwanderern nach Zion in das damals zum Osmanischen Reich gehörende Palästina – In der Tat waren manche Schlüsselpositionen in der Moskauer Partei- und Staatsführung auch mit Juden besetzt. Doch unter Lenins Nachfolger Josef Stalin mussten diese bald erkennen, dass sie auf das falsche Pferd gesetzt hatten und nun von den eigenen Genossen umso brutaler verfolgt wurden. Der bekannteste unter ihnen war der aus der Zentralukraine stammende Lew Bronstein, genannt Leo Trotzki, der als maßgeblicher Organisator der Oktoberrevolution und Gründer der Roten Armee zunächst großen Einfluss hatte, aber von Stalin entmachtet und schließlich in dessen Auftrag 1941 im mexikanischen Asyl ermordet wurde. Trotzki hatte es gewagt, den sowjetischen Antisemitismus und die Kollaboration mit Nazi-Deutschland anzuprangern. Stalin unterstellte den Juden, eine Verschwörung gegen ihn zu betreiben und er ließ darum viele von ihnen im schon von Lenin eingeführten Straflagersystem, dem Gulag, verschwinden oder auch gleich hinrichten. In den 1920er Jahren eingerichtet und systematisch ausgebaut, wurden dort echte und auch angebliche Regimegegner durch Hunger, Kälte und Zwangsarbeit vernichtet. Doch traf das nicht nur die Juden. Wer Klassiker wie „Der Archipel Gulag“ oder „Das Schwarzbuch des Kommunismus“ gelesen hat,



erfährt, dass das Sowjetregime unter der Herrschaft Stalins rund 20 Millionen Menschenleben vernichtete.

Zu diesen Opfern gehörten auch viele Ukrainer. Denn am 26. Januar 1918 hatte sich die Ukraine für unabhängig erklärt. Nur zwei Wochen später besetzte die Rote Armee Kyiv. Die Sowjets wollten den Traum von der ukrainischen Unabhängigkeit beenden, bevor Realität wurde. Stalins Ziel war die „Liquidierung des Kulakentums als Klasse“, also der bäuerlichen Bevölkerung der Ukraine, die in der Sowjetunion für die Erzeugung von Lebensmitteln, insbesondere von Getreide sorgte. Schon damals galt die Ukraine als „Kornkammer Europas“. Millionen Bauern wurden ab 1930 zur Brechung ihres Widerstandes gegen die staatlichen Zwangskollektivierungen und den Raub ihres Eigentums in unfruchtbare Regionen umgesiedelt oder in Zwangsarbeitslager deportiert, wodurch die landwirtschaftliche Produktion stark zurückging. Davon unbeirrt ließ die Sowjetführung dennoch große Mengen an Lebensmitteln und Getreide – einschließlich des Saatgetreides – requirieren, um diese auf dem Weltmarkt gegen Devisen, Waffen und Industriegüter zu verkaufen, auch nach Deutschland. Als im Frühjahr 1932 auch noch eine Dürre hinzukam, war die Katastrophe perfekt. Dieser durch das Stalin-Regime herbeigeführten Hungersnot von 1932/33 fielen nach verschiedenen Schätzungen bis zu 7 Millionen Ukrainer zum Opfer, weitere 2 Millionen außerhalb der Ukraine. Während Diktator Stalin Urlaub am Schwarzen Meer machte, verhungerten in der Ukraine ganze Dörfer. Diese Erfahrungen des millionenfachen Massenmordes, der unter dem leider viel zu wenig bekannten Begriff Holodomor (zu Deutsch: Tötung durch Hunger) in die Geschichte einging, führten zu einer Verstärkung der nationalistischen Kräfte, die nach Befreiung der Ukraine von der sowjetischen Terrorherrschaft strebten. Doch bis zum Zusammenbruch des Sowjetimper-

riums und der Unabhängigkeit der Ukraine mussten noch fast 60 Jahre vergehen.

Kaum – und in der DDR gar nicht – beleuchtet ist das finstere Kapitel der ideologischen Geistesverwandtschaft zwischen den deutschen Nationalsozialisten und den sowjetischen Internationalsozialisten, aus der schon vor der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes am 24. August 1939 in Moskau eine intensive Zusammenarbeit erwuchs. Dieser auch Hitler-Stalin-Pakt genannte Vertrag wurde von Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop und dem sowjetischen Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Wjatscheslaw Molotow in Anwesenheit des KPdSU-Chefs Josef Stalin unterzeichnet. Dieser sah mit seinen Zusatzabkommen die Aufteilung Polens zwischen Nazi-Deutschland und der Sowjetunion sowie u. a. die Einverleibung der baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland in die Sowjetunion vor. Zum relativ gut dokumentierten, aber kaum untersuchten Kapitel dieser Kollaboration gehörte schon im Vorfeld das gründliche Studium des sowjetischen Geheimdienstes NKWD (dem Vorläufer des KGB) betriebenen Straflagersystems durch hochrangige SS-Vertreter, um bald darauf ganz Europa mit solchen Konzentrationslagern zu überziehen. Sogar zum Erlernen von Foltermethoden sind SS-Schergen bei ihren NKWD-Genossen in die Schule gegangen. Noch unfassbarer ist, dass die sowjetischen Genossen bis zum Überfall der deutschen Truppen auf die Sowjetunion ihren deutschen Freunden bei der Zuführung von Juden in die Vernichtungsmaschinerie der NS-Barbaren außerordentlich behilflich waren. Auch Stalin wollte die Juden loswerden. Dies soll in keinster Weise die in deutschem Namen begangenen Verbrechen an den sechs Millionen europäischen Juden relativieren! Nur muss erwähnt werden, dass auch nachdem Polen im September 1939 sowohl von der deutschen Wehrmacht als auch von der Roten Armee überfallen worden war, und sie gemeinsame Siegesparaden abgehalten hatten, z. B. viele polnische Juden glaubten, die Sowjets seien Kämpfer gegen den Faschismus, suchten Schutz bei ihnen vor der vorrückenden Wehrmacht, und liefen geradewegs in die Falle. Stalin ließ die Juden in seinem Bereich zusammentreiben und lieferte sie an die deutschen Einsatzkräfte aus, während sich sein Geheimdienst NKWD im Wald bei Katyn um die Ermordung von 4400 polnischen Offizieren und Intellektuellen selber kümmerte.

Erst nachdem die Sowjetunion unter Michail Gorbatschow 1990 die Massaker eingeräumt hatte und polnischen Archäologen in Katyn und andernorts Untersu-

chungen erlaubte, folgte eine gut 20-jährige Phase, in der Russland relativ offen mit diesem Verbrechen umging. Anfang April 2010 besuchte der damalige Ministerpräsident Wladimir Putin sogar gemeinsam mit seinem polnischen Kollegen Donald Tusk zum 70. Jahrestag des Massenmordes die Gedenkstätte in Katyn. Doch zehn Jahre nach Tusks Besuch schlägt der russische Autokrat einen völlig anderen Ton an, sobald es um den Zweiten Weltkrieg geht. Jede kritische Aufarbeitung der Verbrechen des Stalinismus wird inzwischen unterbunden. Stattdessen werden in den Staatsmedien wieder die Heldenmythen beschworen, die schon 1945 bis 1989 die sowjetische Selbstdarstellung des „Großen Vaterländischen Krieges“ dominierten und unter Putin zu einer Art nationalistisch-orthodoxer Ersatzreligion geworden sind. Nirgends wird das so anschaulich dargestellt wie in der Hauptkirche der Streitkräfte Russlands, die zwischen 2018 und 2020 in der Stadt Kubinka etwa 60 Kilometer westlich von Moskau errichtet wurde. Die Idee geht auf den russischen Verteidigungsminister Sergei Schoigu zurück, der zusammen mit Wladimir Putin und dem Moskauer Patriarchen Kyrill I. im September 2018 auch den Grundstein legte, nachdem die Kirche in einer Rekordbauzeit von 19 Monaten im Mai 2020 errichtet wurde. Dort werden Ikonen mit biblischen Personen mit der Glorifizierung Russlands und der Roten Armee genauso vermischt, wie das Kreuz Christi und das sowjetische Symbol von Hammer und Sichel. Und auf dem Wandmosaik zur Siegesfeier 1945 wird Josef Stalin im Hintergrund dargestellt. Ein anderes Mosaik zeigt sogar Putin und Schoigu bei der Siegesfeier anlässlich der Annexion der Krim 2014. Mit dieser ideologischen Haltung gewinnt Putins Ansicht, die er in seiner Kriegspropaganda vom 22. Februar noch einmal bekräftigte, eine ganz andere Bedeutung, dass er den „Zerfall der Sowjetunion vor 30 Jahren nach wie vor als größte globale Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ betrachtet, und nicht etwa den Holocaust oder den Zweiten Weltkrieg. Seit den 80er Jahren hat die russische Organisation „Memorial International“ die historische Aufarbeitung sowjetischer Gräueltaten betrieben. Am 22. Februar hat das Oberste Gericht in Moskau sie als „ausländischen Agenten“ verboten und die Auflösung angeordnet – zwei Tage vor dem Überfall auf die Ukraine. Vielleicht war „Memorial“ Putins Machenschaften als Verbindungsoffizier des KGB zur Stasi bis Dezember 1989 in Dresden auf der Spur? Wir wissen es nicht. Putin will sicherstellen, dass die Deutungshoheit über die Geschichte der Sowjetunion in staatlicher, also seiner Hand bleibt. Bei einem Treffen mit jungen russischen Historikern und Lehrern im November 2014



verstieg sich der russische Präsident sogar zu der Aussage, der „Hitler-Stalin-Pakt“ von 1939 sei in Ordnung gewesen. Und Polen sei letztlich selbst verantwortlich gewesen für die Teilung des Landes zwischen NS-Deutschland und der Sowjetunion. In Putins Augen war und ist alles gut, was – wenn auch unter Millionen Opfern

– der Expansion des russischen Imperiums diene und dient. Er und sein Außenminister Lawrow leugnen den Krieg gegen die Ukraine und deren Bürger, weil für den Kreml die Ukraine gar nicht existiert und dieses Gebiet zum eigenen Herrschaftsbereich zugehörig angesehen wird. Die alte Brutalität und Menschenverachtung, die unter Stalin Handlungsprinzip war, hat sich bei Putin wieder bahngelassen. Darum ist es umso wichtiger, den schmerzhaften Blick in die Geschichte zu wagen, um die schmerzhaft Gegenwart auch nur ansatzweise zu begreifen, die Zar Wladimir billigend in Kauf nimmt, um dem russischen Kolonialismus zu alter Größe zu verhelfen. Als alter KGB-Tschekist greift er dafür tief in die Trickkiste der Abteilung „Desinformation“ seines alten und neuen Geheimdienstes. Das krassste Beispiel ist die Lüge, die Ukraine werde von Nazis beherrscht und müsse „entnazifiziert“ werden, denn eine rechtsextreme ukrainische Partei, die bei den Parlamentswahlen nur rund zwei Prozent bekommen hat, ist weder für die Demokratie im eigenen Land noch für den russischen Nachbarn eine Bedrohung. Putin sollte mit der Entnazifizierung lieber zuhause bei seinen „Nachtwölfen“ oder der Söldner-Einheit „Gruppe Wagner“ beginnen, die für Kriegsverbrechen weltweit verantwortlich gemacht wird und deren mutmaßlicher Gründer, Dmitri Utkin, als bekennender Neonazi gilt.

Aufgedeckt hat die unfassbaren, unbequemen Wahrheiten über die Kollaboration der Sowjets mit Nazi-Deutschland bis hin zum Holocaust eine von Mitgliedern des Europäischen Parlaments initiierte und von renommierten Historikern und Zeitzeugen unterstützte Filmdokumentation mit dem Namen „The Soviet Story“. Deren deutschsprachige Version kann hier<sup>1</sup> angeschaut werden. Dazu braucht man allerdings starke

Nerven! Interessant ist es, in dem inzwischen 14 Jahre alten Film die sowjetische Kriegsrhetorik zum brutalen Vorgehen gegen die Ukraine im Holodomor und auch zum Krieg gegen Finnland zu hören, die einem angesichts des heutigen Krieges gegen die Ukrainer wie ein Déjà-vu vorkommt. An der nationalistischen und antisemitischen Politik Russlands hat sich von der Zarenzeit über die Sowjetunion bis zum Putin-Regime im Kern nichts geändert, auch weil niemals eine selbstkritische Aufarbeitung geleistet wurde, wie dies in Deutschland nach der Shoah oder auch in manchen osteuropäischen Ländern nach dem Abwerfen des kommunistischen Jochs geschehen ist. Im Gegenteil!

Als Kriegsgrund war auch immer wieder zu hören, Deutschland und mit ihm die NATO hätten mit der Aufnahme osteuropäischer Staaten ihr Versprechen im Zwei-plus-Vier-Vertrag über die deutsche Wiedervereinigung von 1990 gebrochen, „die NATO nicht östlich der Elbe auszudehnen“. Als Abgeordneter der letzten Volkskammer und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, der ich darüber mit zu beraten und zu beschließen hatte, kann ich sagen, dass dieser Vorwurf Putins falsch ist! Diese Aussage bezieht sich ausschließlich auf das Staatsgebiet des wiedervereinigten Deutschlands, und wird bis heute eingehalten. Östlich der Elbe – also auf dem Gebiet der ehemaligen DDR – sind bis heute keine ausländischen NATO-Truppen stationiert, sondern nur die Bundeswehr! Deutschland als Initiator des Zweiten Weltkrieges, infolge dessen die osteuropäischen Völker unter das sowjetische Joch gekommen sind, hätte sich niemals anmaßen dürfen, über deren Köpfe hinweg Entscheidungen zu treffen. Das Gegenteil ist vertraglich vereinbart worden, und zwar am 21. November 1990 mit der „Charta von Paris“, in der unter dem Thema „Sicherheit“ ausdrücklich festgehalten ist, dass die Unterzeichnerstaaten sich zum Recht der Staaten bekennen, „ihre sicherheitspolitischen Dispositionen frei zu treffen“. Das heißt: freie Wahl des Verteidigungsbündnisses! Für die Sowjetunion hat dies Michail Gorbatschow unterzeichnet und Putins Vorwurf selbst eine Abfuhr erteilt. Hinzu kommt, dass die Ukraine wie auch Weißrussland und Kasachstan im „Budapester Memorandum“ vom 5. Dezember 1994 über die Nichtverbreitung von Atomwaffen auf ihre aus der Sowjetzeit stationierten Atomraketen verzichtet haben und im Gegenzug alle Unterzeichnerstaaten, die USA, Großbritannien und die Russische Föderation diesen ehemaligen Sowjetrepubliken schriftlich zugesagt haben, deren Unabhängigkeit, Souveränität und Grenzen zu respektieren! Für Russland hat dies Staatspräsident Boris Jelzin unterzeichnet.

1 SOVIET STORY komplett in einem Film und deutscher Sprache  
<https://www.youtube.com/watch?v=uCE8ufy8AgU>

Wladimir Putin interessieren all diese Verträge nicht. Er konstruiert als Rechtfertigung historisch falsche Zusammenhänge, um seinen Vernichtungskrieg gegen die ukrainische Zivilbevölkerung zu rechtfertigen. Ja, er sieht sich sogar als Retter des Christentums gegen den „antichristlichen, dekadenten Westen“, unter dessen Einfluss die Ukraine geraten sei. Dafür bekommt er Rückendeckung vom Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche, seinem alten KGB-Freund Patriarch Kirill I., der diesen Krieg mit einer völkisch-religiösen Ideologie rechtfertigt und oppositionelle Demonstranten als „Kräfte des Bösen“ diffamiert. Auch die Bitten anderer orthodoxer Patriarchen, sich für ein sofortiges Ende des Krieges einzusetzen, weist er schroff zurück. Die russisch-orthodoxe Kirche macht sich damit heute genauso mitschuldig, wie einst die evangelisch-lutherischen sogenannten „Deutschen Christen“ im nationalsozialistischen Deutschland. Denn eine derartige religiöse Überhöhung politischer Macht kennt man sonst nur im politischen Islam und eben von diesen „Deutschen Christen“, die anstelle des Juden Jesus von Nazareth den österreichischen Kunstmaler und Gefreiten Adolf Hitler als Heiland der Deutschen verehrten und sich zum Teil bis zum bitteren Untergang politisch gleichschalten ließen. Das Verführungspotenzial ist auch heute groß, wenn ich in den fälschlich so genannten Sozialen Medien lese, dass manche Leute Verständnis für Putins Vernichtungskrieg haben. Selbst Christen waren und sind davor nicht gefeit. Leider scheint auch die Ideologieanfälligkeit unseres Volkes trotz braunem und rotem Totalitarismus unausrottbar. Darum ist es wichtig, am Wort Gottes festzuhalten und es unbedingt auch im Zusammenhang zu lesen! Markus 13,7+8 verheißt uns für „die letzte Zeit“: „Wenn ihr aber hören werdet von Kriegen und Kriegsgeschrei, so fürchtet euch nicht. Es muss so geschehen. Aber das Ende ist noch nicht da. Denn es wird sich ein Volk gegen das andere erheben und ein Königreich gegen das andere. Es werden Erdbeben geschehen hier und dort, es werden Hungersnöte sein. Das ist der Anfang der Wehen.“ Beten wir für die Ukrainer und ihr Land, dass sie bald wieder in Frieden leben können. Und beten wir darum, dass dieser Krieg sich nicht weiter ausbreitet, was angesichts des Geistes, der nicht „die Russen“ sondern allein Putin und seine Kreml-Clique treibt, nicht ausgeschlossen ist.

Hier haben auch die westlichen Demokratien eine Verantwortung für die Staaten Osteuropas, an die auch die Ukraine appelliert. Erstens wegen ihres Appeasements gegenüber Hitler im Münchner Abkommen, deren Schwäche den Despoten ermutigt hat, sich die

Tschechoslowakei einzuverleiben und dann ganz Europa in Brand zu setzen. Und zweitens wegen des Vertrages von Jalta, der die osteuropäischen Opfer Hitler-Deutschlands dessen einstigen Verbündeten unterworfen hat – der Sowjetunion. Das sind Polen, Estland, Lettland, Litauen, die Tschechen und Slowaken, Moldawien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Aufschlussreich ist, dass am 9. März der Vorsitzende der Christdemokraten im Europäischen Parlament, Manfred Weber, erklärt hat, dass angesichts der Tatsache, dass russische Raketen von Kaliningrad (Königsberg) aus Berlin und Wien erreichen können, Europa einen solchen Raketenschutzschirm diskutieren und organisieren sollte, wie ihn Israel mit seinem „Iron Dome“ erfolgreich entwickelt habe.

Für uns heißt das aber auch, für Israel zu beten, denn Soldaten des russischen Imperiums stehen als Schutzmacht des syrischen Assad-Regimes an der Grenze des jüdischen Staates! Russische Jagdflugzeuge beherrschen den Luftraum des schwierigen Nachbarn Israels und seit 1977 unterhält Russland eine Marinebasis in der syrischen Hafenstadt Tartus am Mittelmeer zur unbegrenzten Nutzung. Wozu? Eine mögliche Antwort gibt uns der Prophet Hesekiel, Kapitel 38, Verse 1 bis 6, wenn man auf der Landkarte von Jerusalem aus eine Verbindung zum äußersten Norden zieht und auf Moskau stößt: „Und des HERRN Wort geschah zu mir: Du Menschenkind, richte dein Angesicht auf Gog, der im Lande Magog ist und der Fürst von Rosch, Meschech und Tubal, und weissage gegen ihn und sprich: So spricht Gott der HERR: Siehe, ich will an dich, Gog, der du der Fürst bist von Rosch, Meschech und Tubal! Siehe, ich will dich herumlenken und dir einen Haken ins Maul legen und will dich ausziehen lassen mit deinem ganzen Heer, mit Ross und Mann, die alle voll gerüstet sind; und sie sind ein großer Heerhaufe, die alle kleine und große Schilde und Schwerter tragen. Du führst mit dir Perser, Kuschiter und Libyer, die alle Schild und Helm tragen, dazu Gomer und sein ganzes Heer, die vom Hause Togarma, die im Norden wohnen, mit ihrem ganzen Heer; ja, du führst viele Völker mit dir.“ Spätestens dann wird sich zeigen, ob die deutsche Staatsräson von der nicht verhandelbaren Sicherheit Israels nur auf Lippenbekenntnissen basiert, oder aber über gelieferte U-Boote hinaus tragfähig ist.

Wladimir Putin bezeichnete seinen „militärischen Spezialeinsatz“ sogar als Akt christlicher Nächstenliebe, „um einen Genozid zu verhindern“. Aus Anlass des 8. Jahrestages der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim zitierte er bei einer Propagandaveranstaltung ungenau das Jesuswort aus Johannes 15,13, dass

„...keiner größere Liebe hat, als wenn er seine Seele gibt für seine Freunde“, und erhebt sich damit de facto zum Messias der Russen. Doch dieser Zynismus wird rhetorisch noch überboten, die Ukraine mit 200 000 jüdischen Bürgern, darunter 17 000 Holocaustüberlebenden, und ihrem jüdischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, von dem drei Onkels im Zweiten Weltkrieg im Kampf gegen die Nazis umgekommen sind, „entnazifizieren“ zu wollen. Um das zu bekräftigen, hat die russische Armee die Gedenkstätte für die von den deutschen Einsatzkräften 1941 in Babyn Jar ermordeten Juden beschossen. Die Ukraine ist hingegen trotz einiger Rechtsextremisten laut dem Washingtoner Meinungsforschungsinstitut „Pew Research Center“ mit fünf Prozent neben Estland der Staat in Europa mit den geringsten antisemitischen Einstellungen seiner Bevölkerung, während die Niederlande die unrühmliche zweithöchste Rate an Antisemitismus hinter Frankreich aufweisen. Dies zeigt sich nicht nur innenpolitisch, sondern auch in der Einstellung gegenüber dem jüdischen Staat Israel. So hat die Ukraine kurz vor Putins Vernichtungskrieg Jerusalem als Israels Hauptstadt an erkannt. Dass viele ukrainische Juden bald darauf in Israel eine sichere Zuflucht finden würden, war damals noch nicht absehbar. Inzwischen sind fast 10 000 Juden sicher in Israel angekommen.

Fragen wir danach, wie wir bei uns den geflüchteten Frauen und Kindern, deren Ehemänner, Brüder und Väter tapfer ihr Land gegen den russischen Aggressor verteidigen, darunter viele Juden, helfen können, auch durch Spenden. Beten wir für die Menschen in der Ukraine, und entsprechend unserer Berufung und geschichtlichen Verantwortung besonders für die Juden, die von diesem furchtbaren Geschehen betroffen sind. Lasst uns den anrufen, den wir durch Jesus Christus Vater nennen dürfen, aber den das Wort Gottes auch HERR Zebaoth nennt, und das heißt: Herr der Heerscharen. Er hat die Weltgeschichte immer noch im Griff, auch wenn uns jetzt noch vieles unverständlich ist. Von ihm steht in Psalm 46,7-12 geschrieben: „Die Heiden müssen verzagen und die Königreiche fallen, das Erdreich muss vergehen, wenn er sich hören lässt. Der HERR Zebaoth ist mit uns, der Gott Jakobs ist unser Schutz. Kommt her und schauet die Werke des HERRN, der auf Erden solch ein Zerstören anrichtet, der den Kriegen steuert in aller Welt, der Bogen zerbricht, Speiße zerschlägt und Wagen mit Feuer verbrennt. Seid stille und erkennet, dass ich Gott bin! Ich will der Höchste sein unter den Heiden, der Höchste auf Erden. Der HERR Zebaoth ist mit uns, der Gott Jakobs ist unser Schutz.“ Über die Zeit vor seiner Wie-

derkunft sagt Jesus seinen Jüngern in Lukas 21,28: „Wenn aber dieses anfängt zu geschehen, dann seht auf und erhebt eure Häupter, weil sich eure Erlösung naht.“ Daran musste ich denken, als ich auf YouTube mitten in den Kriegswirren den Lobgesang einer Gruppe ukrainischer Christen in einer Kyiver U-Bahnstation sah. Auch da mittendrin, wo Satan, den das Wort Gottes den Mörder von Anfang nennt, meint, über das Leben zu triumphieren, ist Gott da und offenbart den Sieg des Lebens über den Tod. Möge dies doch ganz Europa erkennen!



Quelle: <https://www.zum-leben.de/aktuelles/aus-unfassbarem-anlass/>

*Lothar Klein – 1956 in Dresden geboren, zwei erwachsene Töchter und sechs Enkel – ist seit seiner Jugend in der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens engagiert. 1990 wurde er für die CSU-Schwesterpartei DSU in die letzte Volkskammer gewählt und saß dort im Auswärtigen Ausschuss. 1991 rückte er ins Europäische Parlament nach, war Mitglied im Innenausschuss, im Sozial- und im Petitionsausschuss sowie in der Delegation für die Beziehungen zu den USA und in der „Intergroup Israel“. In dieser Zeit wechselte er zur CDU. Nach seinem Ausscheiden aus dem EP absolvierte Klein eine Ausbildung zum Redakteur an einer privaten Journalistenschule, ist seitdem publizistisch tätig und Mitglied des Deutschen Journalistenverbandes. Als Vorsitzender des Sächsische Israelfreunde e. V. seit Gründung 1998 gibt er das Magazin „LeChaim – Zum Leben“ heraus und hält politische, geschichtliche und theologische Vorträge zu Israel, Judentum sowie weiteren peripheren Themen. Hauptamtlich war er bis zu seinem Ruhestand 2020 bei der Stiftung Sächsische Gedenkstätten tätig. Von 1999 bis 2017 war Lothar Klein als CDU-Kommunalpolitiker in Dresden aktiv, in Sachen Ordnung und Sicherheit, Stadtentwicklung und Bau u. a. m. Seit 1996 gehört er dem Landesfachausschuss „Innere Sicherheit“ der CDU Sachsen an. Er ist Mitglied der Sächsischen Bekenntnisinitiative, des Freundeskreises Dresdner Synagoge und weiterer Vereine. Gelegentlich hält er auch mal eine Predigt.*

## 500 Jahre Reformation – 500 Jahre Neues Testament in deutscher Sprache

Nachdem wir vor fünf Jahren des Beginns der Reformation im Jahr 1517 gedacht haben und uns im letzten Jahr an das mutige Bekenntnis Martin Luthers im Jahr 1521 auf dem Wormser Reichstag in Anwesenheit Karls V. (des Kaisers des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation) und der deutschen Fürsten erinnert haben, gedenken wir in diesen Tagen erneut eines Jahrtausendereignisses:

**Vor 500 Jahren, Ende September 1522, erschien die erste namhafte Ausgabe des Neuen Testaments in deutscher Sprache, das sogenannte „September-Testament“ Martin Luthers.** Das war im wahrsten Sinne des Wortes eine **Zeitenwende** für Deutschland und Europa.

WELT-online berichtete darüber mit den Worten: „Der September, in dem Deutschland erfunden wurde ... Warum der September 1522 **das wichtigste Datum der deutschen Geschichte** ist.“<sup>1</sup> Sogar Friedrich Nietzsche nannte interessanterweise die Luther-Bibel „das beste deutsche Buch“.

Und in der Tat muss man dieses Ereignis zusammen mit den Geschehnissen in Worms zu den bedeutendsten Momenten nicht nur der Kirchengeschichte, sondern auch zumindest der europäischen Geschichte zählen. Schließlich ist ein ganzes Zeitalter der europäischen Geschichte nach der Reformation benannt.

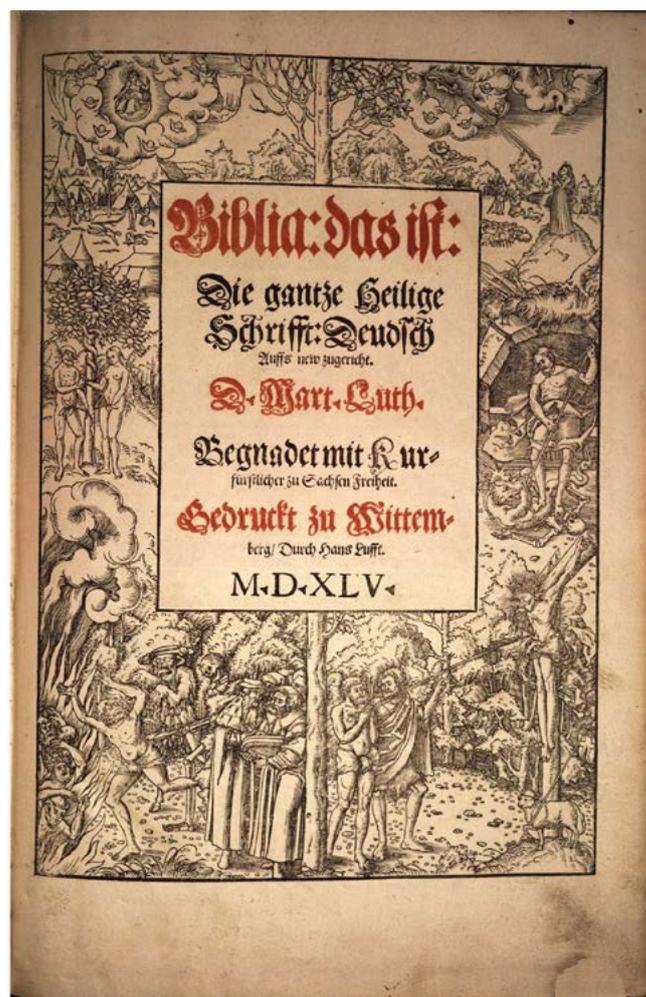
Wie bekannt, hatte Kurfürst Friedrich der Weise in seiner Weisheit „seinen Professor“ nach seinem Auftritt in Worms auf der Wartburg in Sicherheit gebracht, wo Luther dann zehn Monate als Junker Jörg getarnt verbrachte. Von seinem Freund Melancthon gedrängt, machte er sich daran, das Neue Testament, das gerade erst von Erasmus von Rotterdam (1476–1536) zum ersten Mal in griechischer Sprache und gedruckter Form verfügbar gemacht wurde, in nur elf Wochen (also ca. drei Kapitel pro Tag) in die deutsche Sprache zu übersetzen. Alle bisherigen Übersetzungen basierten auf der lateinischen Vulgata (die jedoch von Experten eher als „suboptimal“ eingestuft wird).

Nun lag erstmals eine namhafte Übersetzung des NT in einer anderen Sprache vor. Die „Lutherbibel“ bildete

den Anstoß für fast alle Übersetzungen in andere Nationalsprachen. Man übertreibt wohl kaum, wenn man von einem **Weltereignis** spricht.

Luther machte mit seiner Übersetzung die Bibel dem Volk zugänglich. Dabei war es ihm wichtig, dass auch die einfachen Leute das Wort Gottes verstehen konnten. Deshalb schaute er dem Volk „aufs Maul“. Welch ein Kontrast zur heutigen Genderideologie, die dem Volk eine künstliche Sprache von oben verordnen will, bei der man am Ende häufig nichts mehr versteht.

Dem Kirchenkreis Eisenach-Gerstungen war dieses Jubiläum Anlass wert, im September eine ganze Festwoche unter dem Motto „**Kraft der Worte**“ in Eisenach zu organisieren, um das damalige Geschehen in aus-



*Biblia: Das ist: Die gantze Heilige Schrift: Deutsch (Band 1), 1545*

<sup>1</sup> <https://www.welt.de/kultur/plus240807441/Luther-Bibel-1522-Der-September-in-dem-Deutschland-erfunden-wurde.html>

giebiger Weise zu würdigen und zu feiern. Natürlich hätte es auch heißen können „Die Kraft des Wortes“. Schließlich ist das Wort Gottes ja nicht „Schall und Rauch“, sondern wirksam (Hebr 4,12) und wird bewirken, was Gott gefällt, und ausführen, wozu ER es gesandt hat (Jes 55,11).

In seiner guten Predigt ging Landbischof Kramer auf den beeindruckenden und passenden Text im 8. Kapitel des Buches Nehemia ein, in dem berichtet wird, wie der Schriftgelehrte Esra dem ganzen aus der babylonischen Gefangenschaft zurückgekehrten Volk in Jerusalem sieben Tage lang die Thora vorlas und die Leviten dem Volk die Schrift auslegten, so dass jeder Einzelne auch verstand, was vorgelesen wurde. Das ganze Volk stand ehrfurchtsvoll auf und richtete seine Ohren von morgens bis mittags (welche Ausdauer!) auf das Buch des Gesetzes. Und als die Israeliten die Verkündigung gehört hatten, mussten sie vor Ergriffenheit weinen. Sie knieten mit dem Gesicht zur Erde geneigt nieder und beteten den HERRN an. Und anschließend feierten sie ein großes Freudenfest, weil sie das Wort Gottes gehört und verstanden hatten. Welch überragende Beschreibung einer Versammlung, wie wir sie uns öfters wünschen sollten.

Die Luther-Bibel erschien rechtzeitig und perfekt getimt zur Leipziger Buchmesse Ende September 1522 (die gab es schon damals), daher der Name „September-Testament“. Die 1. Auflage von 3 000 Exemplaren (von Lucas Cranach d. Ä. mit schönen Bildern illustriert) ging weg „wie warme Semmeln“, sodass schon im Dezember 1522 die 2. Auflage, das „Dezember-Testament“, mit nochmals 2 000 Exemplaren erschien. Darüber hinaus wurden viele einzelne Schriftstellen und -passagen in diversen Flugschriften massenhaft unter dem Volk verteilt. Der Reformator Johannes Bugenhagen (1485–1558), ein Freund Luthers, veröffentlichte dann schon 1524 ein Neues Testament in niederdeutscher Sprache.

Bis zu seinem Lebensende arbeitete Luther zusammen mit seinem „Revisionsbeirat“ immer wieder intensiv daran, seine eigene Übersetzung zu optimieren. Die Reformatoren setzten sich auch intensiv für eine bessere Bildung der Kinder ein, diese lernten dann mit der Bibel und dem Katechismus lesen. Insofern sorgten die Reformatoren für eine richtige Bildungsexplosion.

Die Luther-Bibel gehört zu den überragenden Werken der deutschen Kultur- und Literaturgeschichte. Sie inspirierte Komponisten, Dichter, Philosophen und Schriftsteller. Wer sprach, sang oder schrieb, verwen-

dete Luthers Sprache. Die Luther-Bibel trug damit wesentlich zur Entwicklung einer einheitlichen neuhochdeutschen Sprache aus einer Vielzahl von Dialekten bei.

Viele und bekannte Worte und Sprichworte leiten sich aus der Luther-Bibel ab, z.B.:

- Perlen vor die Säue werfen
- mit seinen Pfunden wuchern
- sein Licht nicht unter den Scheffel stellen (Das sog. „Eimer-Testament“, eine Revision der Luther-Bibel, die das Wort „Scheffel“ durch das Wort „Eimer“ ersetzte, kam nicht so gut an bei der Bibellesenden Bevölkerung)
- etwas auf Herz und Nieren prüfen
- Sündenbock, Nächstenliebe, Denkkettel, Wolf im Schafspelz, Machtwort

Wie z.B. Stephanus in seiner Verteidigungsrede in Apostelgeschichte 7 auf den 2 000 Jahre vor ihm lebenden Glaubenshelden Abraham hinwies, sollten auch wir dankbar sein für die Gnade, die Gott unserem Volk vor 500 Jahren durch Martin Luther und seine Weggefährten erwiesen hat, und unser geistliches Erbe lebendig halten.

Christian  
Hauser

Landesvorsitzender  
Mecklenburg-  
Vorpommern



#### Quellen:

- a) Alexander Schick „Geniestreich auf der Wartburg“ in „Faszination Bibel“, Ausgabe 3 / 2022
- b) „Martin Luther – Reformator und Bibelübersetzer“, Deutsche Bibelgesellschaft 2017
- c) Gunter Schuchardt „Martin Luther – Mönch, Prediger, Reformator“, Schnell & Steiner 2010
- d) Johannes Hartlapp „Die Bibel Martin Luthers“, Edition Akanthus

## Gebetsaufruf

### Liebe Mitglieder und Freunde,

Politiker brauchen unser Gebet. In Jeremia 29,7 steht: „**Bemüht euch um das Wohl der Stadt, in die ich euch verbannt habe, und betet für sie zu Jahwe! Denn wenn es ihr gut geht, geht es auch euch gut.**“

Wir wollen als Partei Bündnis C gute Politik für Deutschland erarbeiten und umsetzen. Auch wenn wir nicht in Regierungsverantwortung stehen, braucht es Weisheit und Gottes Führung für alle Entscheidungen und Arbeitsschritte und hörende Ohren derer, die mit uns zu tun haben. Wie betet man am besten?

Im Sommer befassten sich unsere Vorstände auf einer Klausurtagung mit der gesellschaftstransformierenden Kraft des irischen Mönchs St. Patrick und der keltischen Kirche. Vielleicht hilft Ihnen beim Beten für unsere Partei dieses Gebet von St. Patrick:

Ich erhebe mich heute  
Durch gewaltige Kraft,  
Durch Anrufung der Dreifaltigkeit,  
Durch Glauben an die Dreiheit,  
Durch Bekennen der Einheit des Schöpfers.

Wer regelmäßig unseren Gebetsbrief erhalten möchte, kann ihn bei der Bundesgeschäftsstelle beziehen oder über unsere Website bestellen: <https://buendnis-c.de/mitmachen/#beten>. Danke für jedes Gebet. Gott hört und wird sich darum kümmern.

Verena  
Thümmel

Beisitzerin im  
Bundesvorstand



## Spendenaufruf

### Liebe Mitglieder, Freunde, Interessenten und Spender,

Ich möchte Ihnen eine kurze Begebenheit schildern: Mein Telefon klingelt, es meldet sich eine Dame einer Organisation, die auf Spenden angewiesen ist. Sie schildert mir eingehend die Arbeit der Organisation, die ich allerdings kenne, weil ich regelmäßig E-Mails bekomme und ich mich dann – je nach Thema – an Petitionen beteilige. An den Petitionen hängt jeweils ein Aufruf mit der Bitte um eine Spende, die ich bisher ignoriert habe. Offensichtlich werden diese E-Mails entsprechend ausgewertet, denn die Dame bittet mich jetzt direkt um eine regelmäßige Spende. Und ich kann kaum Nein sagen.

Keine Angst, wir werden Sie nicht anrufen. Wir bitten Sie wie gehabt auf diesem Wege um Ihre finanzielle Unterstützung. Sie können Nein sagen, aber auch: Ja, ich unterstütze die Arbeit von Bündnis C. Obwohl alles teurer wird und wir alle materiellen Herausforderungen ausgesetzt sind: Investieren Sie in eine biblisch fundierte Politik! Das ist keinesfalls vergeblich. Denken Sie das bitte nicht! Die Zeit ist reif. Die großen Parteien

sind quasi hilflos. Sie wissen nicht oder wollen es nicht wissen, dass es einen Gott gibt, der hilft. Ich bin überzeugt, dass die Stunde nahe ist, dass wir in diesen Riss treten sollen, und dann müssen wir bereit sein.

All denen, die sich bereits regelmäßig finanziell beteiligen, möchte ich herzlich danken. Dadurch ist es uns möglich, an Wahlen teilzunehmen, unsere Angestellten ordentlich zu bezahlen, Werbung zu machen, an Veranstaltungen und Messen teilzunehmen und die notwendigen Tagungen durchzuführen.

Es grüßt Sie herzlich im Namen des Bundesvorstandes

Ute Büschkens-  
Schmidt

Stellvertretende  
Bundesvorsitzende



## Formular zum Anfordern von Infomaterial

Schneiden Sie diese Seite aus und geben Sie sie auch an Freunde weiter!

Ich habe von Bündnis C gehört und möchte mehr erfahren, bitte senden Sie mir Folgendes zu:

- Das Kennenlern-Infopaket (Aktuelle Faltblätter und die Grundsätze sowie die aktuelle Ausgabe des Magazins EINDRUCK).
- Ich brauche \_\_\_\_ Stück von den Handzetteln.
- Ich brauche \_\_\_\_ Stück vom Treppenfalz-Flyer.
- Ich brauche \_\_\_\_ Stück von der Minibroschüre zur Israel-Politik.
- Ich brauche \_\_\_\_ Stück vom aktuellen EINDRUCK-Magazin zum Auslegen und Verteilen im Bekanntenkreis.
- Ich brauche \_\_\_\_ Stück von den Grundsätzen und Eckpunkten.
- Ich brauche \_\_\_\_ Stück vom Kurzprogramm.



Erstinfo-Flyer: Unser Mini-Handzettel liefert einen Schnellüberblick über das Positionsspektrum von Bündnis C.



Minibroschüre zu unserer Israel-Politik, kurzgefasst



Kurzprogramm



Schick, kurz und bündig: Unser Treppenfalz-Faltblatt „Warum Bündnis C wählen?“

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße und Hausnummer: \_\_\_\_\_

PLZ und Ort: \_\_\_\_\_

Telefonnummer oder E-Mail-Adresse für Rückfragen: \_\_\_\_\_

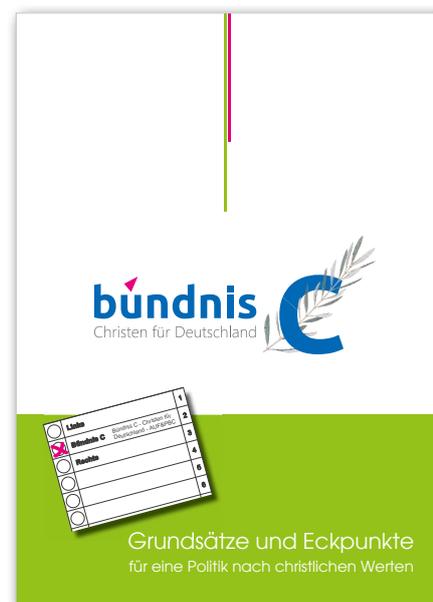
Bitte postalisch senden oder per Handyfoto mailen an:

**Bündnis C – Christen für Deutschland**

Bundesgeschäftsstelle

Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe

E-Mail: [info@buendnis-c.de](mailto:info@buendnis-c.de)



Anspruchsvoll: Unsere „Grundsätze und Eckpunkte für eine Politik nach christlichen Werten“

Liebe Mitglieder, liebe Freunde,

ein turbulentes Jahr neigt sich dem Ende entgegen. Im Februar griff Russland die Ukraine an und es begann ein Krieg mitten in Europa. Wir erleben in der ganzen EU eine Energiekrise wie noch nie. Die Inflation steigt auf über 10 Prozent. Diese Ereignisse treiben die Preise durch alle Branchen in die Höhe.

In vielen Gesprächen merke ich wie noch nie, dass die Menschen Angst vor der Zukunft haben. Rein menschlich betrachtet, kann man die Ängste und Befürchtungen unserer Mitmenschen verstehen. In der jüngeren Vergangenheit waren Kriege und Katastrophen weit von uns entfernt. Deutschland kennt seit Jahrzehnten nur eine Richtung, und zwar immer bergauf. Wir haben uns einen sehr hohen Lebensstandard geleistet. Dieser war nicht immer erarbeitet, sondern oft auch nur finanziert, und das nicht nur durch Banken, sondern über Steuern und auf dem Rücken kommender Generationen.

Die bereits erwähnten Umstände lassen es erahnen, dass es so wahrscheinlich nicht weitergehen kann. Wir müssen uns auf unsere christlichen Werte besinnen. Das Wort Gottes kennt nicht nur Wachstum, sondern auch ein Genug. In diesem Zusammenhang fällt mir das Wort aus Matthäus 6, 24-32 ein:

„Niemand kann zwei Herren dienen. Immer wird er den einen hassen und den anderen lieben oder dem einen treu ergeben sein und den anderen verabscheuen. Ihr könnt nicht gleichzeitig Gott und dem Geld dienen. Darum sage ich euch: Sorgt euch nicht um euer tägliches Leben – darum, ob ihr genug zu essen, zu trinken und anzuziehen habt. Besteht das Leben nicht aus mehr als nur aus Essen und Kleidung? Schaut die Vögel an. Sie müssen weder säen noch ernten noch Vorräte ansammeln, denn euer himmlischer Vater sorgt für sie. Und ihr seid ihm doch viel wichtiger als sie. Können all eure Sorgen euer Leben auch nur um einen einzigen Augenblick verlängern? Nein. Und warum sorgt ihr euch um eure Kleider? Schaut die Lilien an und wie sie wachsen. Sie arbeiten nicht und nähen sich keine Kleider. Trotzdem war selbst König Salomo in seiner ganzen Pracht nicht so herrlich gekleidet wie sie. Wenn sich Gott so wunderbar um die Blumen kümmert, die heute aufblühen und schon morgen wieder verwelkt sind, wie viel mehr kümmert er sich dann um euch? Euer Glaube ist so klein! Hört auf, euch Sorgen zu machen um euer Essen und Trinken

Du bist  
ein Gott,  
der mich  
sieht

1. Mose 16,13



oder um eure Kleidung. Warum wollt ihr leben wie die Menschen, die Gott nicht kennen und diese Dinge so wichtig nehmen? Euer himmlischer Vater kennt eure Bedürfnisse.“

Lassen Sie uns diese Zusage Gottes für uns persönlich nehmen und zu Menschen werden, die andere ermutigen und aufbauen. Lassen Sie uns einfach Salz und Licht sein. Ich möchte uns zu dieser Aufgabe Mut zusprechen.

Die Jahreslosung für das Jahr 2023 lautet **„Du bist ein Gott, der mich sieht.“** (1Mose 16,13)

Darauf wollen wir vertrauen.

Ich wünsche Ihnen mit Ihren Familien ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest, so wie Gottes Geleit und Segen für das neue Jahr.



Mathias  
Scheuschner

Bundesschatz-  
meister

**bündnis C**



## [buendnis-c.de/eindruck-magazin](https://www.buendnis-c.de/eindruck-magazin)

### IMPRESSUM

EINDRUCK – das Magazin zur Politik von Bündnis C – Nr. 26 – 2022/4

V.i.S.d.P.: Karin Heepen, Redaktion: Karin Heepen  
Layout: Katrin Müller, Müller Artwork Böblingen

Anfragen zum Magazin und Leserbriefe bitte an: [eindruck@buendnis-c.de](mailto:eindruck@buendnis-c.de)

Die Urheber- bzw. Nutzungsrechte der Texte, Bilder und Grafiken liegen (sofern nicht anders angegeben) bei den abgebildeten Personen oder Bündnis C.  
Abbildungen auf Seite 1: Pixabay free; S. 5: Karin Heepen; S. 9: Pixabay free;  
S. 12-15: Rainer Lohfeld; 37: Scheuschner privat; S. 41+43: Maksym Pozniak-Haraburda/  
Unsplash; 46: gemeinfrei; 50: Clement Eastwood/Pexels

Unveränderte Vervielfältigung einzelner Beiträge für nicht-kommerzielle Zwecke wird in der Regel erlaubt, wenn Sie Bündnis C, die Hefnummer (und bei Namensbeiträgen den Autor) als Quelle nennen und uns über eine Veröffentlichung vorab informieren, die jeweiligen Nutzungsrechte korrekt behandeln und uns nachträglich einen Publikationsbeleg zusenden.



**Bündnis C – Christen für Deutschland**

Bundesgeschäftsstelle

Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe

Telefon: 0721-49 55 96

E-Mail: [info@buendnis-c.de](mailto:info@buendnis-c.de)

Internet: [www.buendnis-c.de](https://www.buendnis-c.de)



Kontoverbindung: Partei Bündnis C, IBAN: DE60 6605 0101 0108 2325 62, BIC: KARSDE66XXX